

EUROPÄISCH DENKEN
LOKAL HANDELN



Volt
Gießen

Gemeinsam für unsere Region

Kommunalwahlprogramm
Landkreis Gießen

2026 – 2031



Europa beginnt hier – im Landkreis Gießen

Europa ist nicht nur Brüssel. Europa ist hier, in unseren 18 Gemeinden, in unserem Alltag. Europa ist der **Radweg von Lollar nach Gießen**, der mit EU-Mitteln ausgebaut wird. Es ist die **Kita in Staufenberg**, deren Erweiterung europäische Förderprogramme ermöglicht. Es sind die **Solaranlagen auf den Dächern** in Buseck und Reiskirchen, die durch europäische Klimaziele und Fördermittel Realität werden. Europa ist die **neue Hausärztin aus Rumänien**, die unsere Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sichert, und der **syrische Lehrling**, der in einem Handwerksbetrieb in Pohlheim die Fachkräftelücke schließt.

Europa bedeutet, dass unsere **Schülerschaft** nach Frankreich, Polen oder Spanien reist – und dort Freundschaften fürs Leben schließt. Es bedeutet, dass unsere **Beschäftigten in der Landwirtschaft** von europäischen Fördermitteln profitieren, dass unsere **kleinen und mittelständischen Unternehmen** Zugang zu europäischen Märkten haben, und dass unsere **älteren Menschen** in Würde altern können – mit Standards, die Europa durchgesetzt hat.

Europa ist der **Bus, der pünktlich kommt**, weil europäische Verkehrspolitik uns zu einem besseren ÖPNV verpflichtet. Es ist das **Frauenhaus**, dessen Ausbau durch europäische Gleichstellungspolitik vorangetrieben wird. Es ist die **digitale Beteiligungsplattform**, auf der die Bürgerschaft aus allen Gemeinden mitentscheiden kann – inspiriert von digitalen Pionieren in Estland und Spanien.

Volt denkt global, handelt lokal und lernt europäisch. Denn Europa ist voll von **Best Practices aus den Mitgliedsstaaten**, von denen unsere Gemeinden lernen: Wie macht man besseren ÖPNV? Wie gelingt Integration? Wie schützt man Biodiversität? Wie baut man bezahlbare Wohnungen? Europa ist der Raum, in dem **Erfahrungen geteilt werden** – und wir müssen nicht jedes Problem allein lösen.

Aber Europa ist auch die **Verantwortung**, Vielfalt zu schützen – ob es die jüdische Gemeinde ist, das queere Zentrum oder geflüchtete Familien. Die Verantwortung, unsere Lebensgrundlagen zu bewahren – mit saubere Luft, gesunden Böden und artenreicher Natur. Die Verantwortung, Demokratie zu schützen – durch Transparenz, Beteiligung und Antidiskriminierung.

Der Landkreis Gießen kann Europa aktiv mitgestalten. Nicht als passiver Empfänger von Richtlinien, sondern als **aktiver Partner**.

Wir zeigen, dass Europa kein fernes Konstrukt ist, sondern die **Antwort auf die Fragen, die uns hier beschäftigen**: Wie sichern wir gute Jobs? Wie schützen wir das Klima? Wie ermöglichen wir allen Menschen Teilhabe?

Die großen Herausforderungen unserer Zeit – **Klimakrise, demografischer Wandel, Digitalisierung, soziale Gerechtigkeit** – lösen wir nicht allein im Landkreis Gießen. Wir lösen sie gemeinsam: mit der Stadt, mit Hessen, mit Deutschland, mit Europa.

Europa beginnt hier – in unserer Nachbarschaft, in unserer Stadt und im Landkreis Gießen.

Gemeinsam gestalten wir unsere Zukunft – für die nächsten 30 Jahre und darüber hinaus.

INHALT

NACHHALTIGE REGION & LEBENSRAUM	5
Stadt- und Landentwicklung	6
Dorfentwicklung im Landkreis Gießen	6
Revitalisierung der Ortskerne – Leerstand zu Lebensraum	6
Mobilität im ländlichen Raum – Alternativen zum eigenen PKW	8
Nahversorgung im ländlichen Raum – Einkaufen ohne Auto	9
Bezahlbares Wohnen im ländlichen Raum	10
Nachhaltige Bauplanung & Digitale Standards	11
Klimaneutrale Musterbauordnung	11
Digitaler Bauantrag und Building Information Modeling (BIM)	13
Zusammenarbeit und Kooperation	15
Interkommunale Zusammenarbeit und überregionale Kooperationen	15
Überregionale Zusammenarbeit mit angrenzenden Landkreisen	16
Verkehr & Mobilität	19
ÖPNV-Zuverlässigkeit als Voraussetzung der Verkehrswende	20
Radverkehr und Mobility-Hubs – Verbindungen zwischen Stadt und Land	21
Bahnreaktivierung als strukturpolitisches Programm	22
On-Demand-Verkehr für den ländlichen Raum	23
Klima, Energie & Biodiversität	26
Klima	26
Klimaneutral bis 2040	26
Klimaresilienz	27
Energie	28
Wärme- und Kälteversorgung	29
Optimale Erzeugung	30
Innovativer Energieverbrauch	30
Biodiversität	31
Biodiversitätsstrategie, Steuerung und Monitoring	32
Landwirtschaft und Kulturlandschaft	32
Wälder und Forstwirtschaft	33
Gewässerschutz und Renaturierung	34
Biotoptverbund und Vernetzung	35
Grünflächen, Moore und weitere naturnahe Lebensräume	35
Tierschutz	36
Durchsetzung und Stärkung des Tierschutzrechts	37
Finanzielle Unterstützung von Tierheimen und Tierschutzvereinen	38
Katzenschutzverordnung für den gesamten Landkreis	39
Igelschutz und Regulierung von Mährobotern im gesamten Kreisgebiet	40
Wildtier- und Vogelschutz im Kreisgebiet	41
Pestizidfreie kommunale Grünflächen im Kreisgebiet	42

ERZIEHUNG, BILDUNG & GESUNDHEIT	43
Kindertagespflege: Familiennah und professionell	44
Gerechte Beiträge und moderne Arbeitswelten	45
Schulentwicklung und Bildungsgerechtigkeit	46
Fachkräftebindung: Die Ausländerbehörde als Willkommensbehörde	47
Integration und lebenslanges Lernen (VHS)	48
Sportförderung	49
Medizin & Gesundheit	50
Ärztliche Versorgung & Koordination	50
Pflege & Würde im Alter	51
Innovative Notfallversorgung	51
Gesundheitsförderung & Prävention (ÖGD)	52
Frauengesundheit & Reproduktive Rechte	53
Digitale Gesundheitsstrategie	53
INNOVATION, WIRTSCHAFT & SICHERHEIT	54
Finanzen, Wirtschaft & Industrie	54
Finanzen	54
Wirtschaft	55
Moderne kommunale Wirtschaftsförderung	56
Regionale Wertschöpfung und nachhaltige Energie	57
Regionale Landwirtschaft stärken	58
Sozial gerechte Wirtschaftspolitik	58
Nachhaltige und wirtschaftlich kluge Gewerbegebächenstrategie	59
Kreislaufwirtschaft im Landkreis etablieren	60
Industrie	62
Smarte Industriegebiete und regionale Flächenstrategie	62
Innovation und digitale Transformation	63
Gerechte und nachhaltige Transformation	64
Sicherheit, Ordnung & Justiz	65
Sicherheit und Gerechtigkeit durch Prävention und Vertrauen	66
Kommunaler Präventionsrat	67
Digitale Beteiligungsplattform - Mitmachen von zu Hause	68
Jugendgerichtshilfe stärken	69
Digitalisierung, Verwaltung & Smart Region	70
Smart Region: Strategie & Koordination	71
Bürgerzentrierte Verwaltung	72
Digitale Infrastruktur & IT-Sicherheit	72
Digitale Souveränität & Offene Daten	73
Digitale Teilhabe & Nachhaltigkeit	74
DEMOKRATIE, TEILHABE & VIELFALT	75
Bürgerschaftsbeteiligung	75
Digitale Beteiligungsinfrastruktur	75

Informationsfreiheitssatzung für Stadt und Landkreis	76
Beteiligungsleitlinien mit Qualitätssicherung	77
Plurale Gesellschaft	78
Kommunales Antidiskriminierungskonzept	78
Kreisweite Antidiskriminierungsstelle einrichten	78
Systematische Antidiskriminierungstrainings für die Kreisverwaltung	79
Koordination eines kreisweiten Diskriminierungsmonitorings	80
Kreisweiter Runder Tisch gegen Diskriminierung und Hasskriminalität	81
Menschen mit Behinderung	82
Barrierefreier ÖPNV	82
Barrierefreie digitale Kommunikation des Landkreises	83
Geschlechtergerechtigkeit und Schutz vor Gewalt	84
Kofinanzierung von Frauenhausplätzen sichern	84
Kreisweiter Aktionsplan gegen häusliche Gewalt	85
Queer-sensible Kreisverwaltung etablieren	86
Soziales	87
Migration und Integration	87
Welcome Center als gemeinsame Anlaufstelle etablieren	87
Dezentrale Unterbringung von Geflüchteten im gesamten Landkreis	88
Welcome to Ausbildung – Brücke in den Arbeitsmarkt	89
Kultur	90
Kulturelle Bildung für alle Kinder und Jugendlichen im Landkreis	90
Regionale Kulturentwicklung und interkommunale Kooperationen	92
Erinnerungskultur im Landkreis neu denken	95
Europa	97
EU-Fördermittel aktiv nutzen und europäische Partnerschaften ausbauen	97

NACHHALTIGE REGION & LEBENSRAUM

Landkreis Gießen 2035 – klimaresilient, sozial gerecht, lebenswert

Der Landkreis Gießen steht vor der Herausforderung, 18 Gemeinden mit unterschiedlichen Bedürfnissen zusammenzuhalten: von der Universitätsstadt Gießen bis zu kleinen Dörfern im Vogelsberg. Während die Stadt mit Hitzeinseln und Wohnraumknappheit kämpft, ringen ländliche Gemeinden mit Leerstand, schrumpfender Nahversorgung und eingeschränkter Mobilität. Künstliche Kreisgrenzen dürfen kein Hindernis für regionale Entwicklung sein – deshalb setzt Volt auf interkommunale Zusammenarbeit und überregionale Kooperationen mit Lahn-Dill, Marburg-Biedenkopf, Vogelsberg und Wetterau.

Was die Gießener Bürgerschaft fordert – das zeigt unsere Infostand-Umfrage “Gießen, was Volt ihr?” vom Oktober 2025:

- **Mobilität:** Bessere Busverbindung (Bsp.: Fernwald-Gießen), Ringlinie, Regionalgrenzen bei ÖPNV überwinden
- **Verkehr:** Fahrradweg Stadt-Land (Bsp.: Engstelle Wettenberg-Gießen), sicherere Schulwege
- **Wohnungsbau:** Mehr sozialer Wohnungsbau, sozial gemischtes Wohnen (Pilotprojekte) – bezahlbares Wohnen
- **Bildung** (Kreisebene): Digitalisierung in Schulen, Einsatz digitaler Lehrmittel

Volt Gießen strebt bis 2031 eine **regionale Entwicklungsstrategie** an, die **Stadt und Land gemeinsam** stark macht. Wir setzen auf **interkommunale Kooperationen, Fördermittelmanagement und überregionale Netzwerke**.

Unsere 5 Prioritäten für den Landkreis Gießen:

- **Dorfentwicklung** – Ortskerne revitalisieren statt “Donut-Effekt” und neue versiegelte Flächen (Hessisches Dorfentwicklungsprogramm nutzen)
- **Ländliche Mobilität** – Bürgerbusse, On-Demand-Verkehr, Bahnreaktivierungen (Lumdatalbahn, Horlofftalbahn, Ohmtalbahn)
- **Interkommunale** Zusammenarbeit – Fördermittelmanagement auf 2-3 Stellen AUSBAUEN, nicht streichen
- **Klimaneutrale Musterbauordnung** – Stadt UND Landkreis gemeinsam (Building Information Modeling und digitaler Bauantrag)
- **Überregionale Kooperationen** – MitteHessenTakt, Gewerbeflächenkonzept Mittelhessen, regionale Energieverbände

Diese Prioritäten sind eng verzahnt mit der Stadt Gießen, denn viele Herausforderungen kennen keine Verwaltungsgrenzen: Klimaanpassung entlang von Wieseck, Lahn und Ohm; ÖPNV-Verbindungen zwischen Stadt und Umland; Wohnraumversorgung für Pendelnde. Während der Landkreis auf Dorfentwicklung, ländliche Mobilität und interkommunale Kooperationen setzt, fokussiert die Stadt auf innerstädtische Verdichtung, Quartiersentwicklung und Stadtgrün.

Stadt- und Landentwicklung

Der Landkreis Gießen steht an einem Wendepunkt. Die Kommunalwahl 2026 entscheidet, ob die 18 Gemeinden des Landkreises den Sprung zur klimaresilienten, sozial gerechten Zukunft schaffen oder in bekannten Problemen verharren. Der Klimawandel verschärft bioklimatische Belastungen, während Wohnraumknappheit, vernachlässigte Quartiere und unzureichende Mobilität die Lebensqualität bedrohen.

Gleichzeitig kämpfen die ländlichen Gemeinden mit spezifischen Herausforderungen: **Demografischer Wandel, Leerstand in historischen Ortskernen, fehlende Nahversorgung, unzureichende Mobilität ohne eigenen PKW und die Gefahr der Abwanderung junger Menschen.** Der Landkreis Gießen mit seinen rund 270.000 Einwohnern auf 854 km² vereint 18 Städte und Gemeinden von unterschiedlichster Struktur – von der Universitätsstadt Gießen bis zu kleinen Dörfern wie Salzböden oder Trohe.

Volt Gießen strebt bis 2031 eine **integrierte, evidenzbasierte Stadt- UND Landentwicklung** an, die Klimaschutz, sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Dynamik verbindet. Wir setzen auf **Leuchtturmprojekte statt Gießkanne, Bürgerbeteiligung statt Top-Down und Mehrfachförderung statt große kommunale Finanzierungsanteile.**

Unsere Prioritäten für den ländlichen Raum im Landkreis:

- **Dorfentwicklung 2.0:** Revitalisierung der Ortskerne in allen 18 Gemeinden
- **Mobile Nahversorgung:** Mitfahrbänke, Dorfläden, Lieferdienste
- **Ländliche Mobilität:** Bürgerbusse, On-Demand-Shuttle, Radwegenetz
- **Interkommunale Gewerbegebiete:** Flächeneffizienz durch Kooperation
- **Klimaneutrale Musterbauordnung** als Standard für alle Neubauten

Dorfentwicklung im Landkreis Gießen

Revitalisierung der Ortskerne – Leerstand zu Lebensraum

Demografie · Infrastruktur · Lebensqualität · Interkommunale Zusammenarbeit

Herausforderung

Der ländliche Raum im Landkreis Gießen steht vor enormen Herausforderungen: **Demografischer Wandel, Leerstand in Ortskernen, fehlende Nahversorgung.** Die Bevölkerungsprognose zeigt: Während die Stadt Gießen wächst, schrumpfen viele Landgemeinden. Besonders betroffen sind **Rabenau, Laubach und Allendorf (Lumda)**, wo der Anteil der über 80-Jährigen auf über 11% steigen wird.

Historische Gebäude in den Ortskernen verfallen, weil sie heutigen Wohnansprüchen nicht mehr genügen. Gleichzeitig entstehen am Ortsrand Neubaugebiete, die **Flächen versiegeln** und die Infrastrukturkosten erhöhen. Der Landkreis Gießen hat erkannt: **Innenentwicklung vor Außenentwicklung** ist der einzige nachhaltige Weg.

Ziel

Volt fordert eine **konsequente Dorfentwicklungsstrategie** für alle 18 Gemeinden des Landkreises. Historische Ortskerne sollen zu attraktiven, lebendigen Quartieren werden – mit modernen Standards, aber unter Erhalt der dörflichen Baukultur.

Maßnahmen

Hessisches Dorfentwicklungsprogramm maximal nutzen

- **35 Mio. € stehen jährlich für 99 Kommunen in Hessen bereit** – der Landkreis Gießen muss seine Antragsquote erhöhen
- Derzeit sind nur wenige Gemeinden des Landkreises im Programm – **Ziel: Mindestens 10 Kommunen bis 2029 aufnehmen**
- Förderung umfasst: Entwicklungskonzepte, Sanierung ortsbildprägender Gebäude, Umnutzung leerstehender Bausubstanz, Dorferneuerung mit Bürgerbeteiligung
- **Förderquote 30% der Investitionskosten, bis zu 75.000 € pro Vorhaben** (Richtlinie Revitalisierung der Ortskerne LK Gießen)

Kreiseigenes Programm ausbauen

- Das bestehende Programm "**Revitalisierung der Ortskerne im Landkreis Gießen**" verstetigen und aufstocken
- Schwerpunkt: **Denkmalgeschützte und erhaltungswürdige Gebäude** sanieren
- Budget erhöhen: Von derzeit geschätzten 500.000 € auf 2 Mio. € jährlich
- **Kombination mit Landesfördermitteln** ermöglichen (Mehrfachförderung)

Leuchtturmprojekte initiieren

- **Pro Gemeinde ein Vorzeigeprojekt bis 2027:** Umnutzung einer leerstehenden Immobilie zu Mehrgenerationenhaus, Co-Working-Space oder Dorfgemeinschaftshaus
- **Wettbewerb "Schönstes Dorf im Landkreis Gießen"** nach Vorbild "Unser Dorf hat Zukunft"
- **Digitale Plattform** für Leerstandskataster – Eigentümer und Kaufinteressenten vernetzen

Interkommunale Zusammenarbeit stärken

- **16 Gemeinden arbeiten bereits beim Fördermittelmanagement zusammen –** diesen Vorsprung nutzen
- Gemeinsame Dorfentwicklungskonzepte für benachbarte Ortsteile (z. B. Grünberg-Lich-Laubach)
- Kostenaufteilung für Planungsleistungen, Architekturwettbewerbe, Öffentlichkeitsarbeit

Best Practices

- **Freyung-Grafenau (Bayern):** BMBF-Projekt "iMONA" kombiniert Dorfentwicklung mit innovativen Mobilitätslösungen – Mitfahrbänke, Gemeindebusse, Nahversorgungsplattformen
- **Wetteraukreis Niddatal:** Neu aufgenommen ins Dorfentwicklungsprogramm 2022 – Fokus auf Ortskerne und Grundversorgung
- **Schwalm-Eder-Kreis Borken:** Erfolgreiches Mehrgenerationenhaus mit Co-Working-Spaces in saniertem Fachwerkhaus

Mobilität im ländlichen Raum – Alternativen zum eigenen PKW

Ländlicher Raum · Ehrenamt · Digitalisierung · Daseinsvorsorge

Herausforderung

Ohne Auto geht nichts – diese Realität prägt den ländlichen Raum. Die BBSR-Studie "Mobilität in ländlichen Räumen" zeigt: In 15 Minuten zu Fuß sind im Durchschnitt nur **0,5 Lebensmittelgeschäfte** erreichbar, verglichen mit 1,3 in Städten. Die Erreichbarkeit von Arztpraxen, Schulen und Ämtern ist für Menschen ohne PKW dramatisch schlecht.

Der Landkreis Gießen hat zwar gute Verbindungen entlang der Hauptachsen (A5, A45, Bahnstrecke Gießen-Wetzlar), aber **abgelegene Ortsteile sind abgehängt**. Besonders betroffen: **Ältere Menschen, Jugendliche und Menschen mit geringem Einkommen**.

Ziel

Volt fordert ein **multimodales Mobilitätsnetz für den ländlichen Raum**, das ÖPNV, Bürgerbusse, Mitfahrersysteme, Carsharing und Radwege intelligent verknüpft. Ziel: **Jeder Ortsteil ist mindestens stündlich mit dem Zentrum verbunden** – auch abends und am Wochenende.

Maßnahmen

- Bürgerbus-Netzwerk ausbauen: Mindestens 5 Bürgerbusinitiativen bis 2027 mit ehrenamtlichen Fahrern und flexiblen Routen nach Bedarf. Finanzierung über MobFöG Hessen, Landkreiszuschüsse und Sponsoring lokaler Unternehmen.
- Mitfahrbank-System flächendeckend einführen: 50 Mitfahrbänke an strategischen Punkten bis 2027 (Bushaltestellen, Supermärkte, Arztpraxen) mit digitaler App-Ergänzung für spontane Mitfahrglegenheiten.
- On-Demand-Shuttle für abgelegene Ortsteile Modellprojekt in 3 Gemeinden (z. B. Rabenau, Allendorf, Laubach): Per App oder Telefon bestellen, flexible Abholzeiten, Kombination mit Nahversorgung. Finanzierung: MobFöG Hessen (bis 90%), EFRE.
- Radwegenetz lückenlos schließen Lückenanalyse zwischen Gemeinden, Priorität bei Verbindungen zu Schulen, Bahnhöfen und Arbeitgebern. Beleuchtung, Winterdienst und Lastenrad-Sharing in jeder Gemeinde über 3.000 Einwohner.
- RegioTram als langfristiges Ziel, Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken prüfen (z. B. Gießen-Grünberg-Alsfeld) mit Hybrid-Fahrzeugen nach Kasseler Vorbild.

Best Practices

- **Freyung-Grafenau (Bayern):** Projekt "iMONA" kombiniert Mitfahrbänke, Gemeindebus und Suche-Biete-Plattform für Mitfahrglegenheiten – **hohe Akzeptanz bei Senioren**
- **Belgien, Österreich, Schweiz:** BBSR-Studie identifiziert "wegweisende Ansätze" wie Bedarfsverkehre, Mikro-ÖV, integrierte Planungsansätze
- **Landkreis Calw (BW):** Erreichbarkeitsmodellierung auf kleinräumiger Ebene – datenbasierte Planung statt Bauchgefühl

Nahversorgung im ländlichen Raum – Einkaufen ohne Auto

Daseinsvorsorge · Ländlicher Raum · Wirtschaft · Demografie · Innovation

Herausforderung

Der letzte Dorfladen hat geschlossen – diese Erfahrung teilen viele Gemeinden. Der strukturelle Wandel hin zu weniger und größeren Supermärkten trifft den ländlichen Raum besonders hart. Fraunhofer-Studien zeigen: **Nahversorgung ist ein zentraler Faktor für Lebensqualität und gleichwertige Lebensverhältnisse.**

Im Landkreis Gießen sind viele Ortsteile nur noch mit dem Auto erreichbar. Die Folge: **Soziale Isolation, Abhängigkeit von Angehörigen, Abwanderung.** Besonders betroffen: Ältere Menschen, die nicht mehr Auto fahren können.

Ziel

Volt fordert **innovative Nahversorgungskonzepte**, die mobile Angebote, genossenschaftliche Modelle und digitale Lösungen kombinieren. Jeder Ortsteil über 500 Einwohner soll **mindestens einen Nahversorger** haben – stationär oder mobil.

Maßnahmen

- **Mobile Versorgungsmodelle:** Förderung von **rollenden Dorfläden** (Verkaufswagen) mit festen Routen für Lebensmittel, Drogerie- und Apothekenwaren. Ergänzend dazu werden **regionale Lieferdienste** ausgebaut, die durch Kooperationen mit Supermärkten und ehrenamtlichen Fahrdiensten auch kleine Ortsteile erreichen.
- **Genossenschaftliche Dorfläden:** Unterstützung von Bürger-Genossenschaften zum Aufbau **multiprofessioneller Zentren**. Diese kombinieren Einzelhandel mit Postdienstleistungen, Café-Angeboten und Paketstationen, um gleichzeitig soziale Treffpunkte zu schaffen.
- **Reaktivierung lokaler Märkte:** Etablierung von **Wochenmärkten** in Gemeinden über 5.000 Einwohnern sowie mobilen Marktständen für kleinere Orte. Ziel ist die direkte Vermarktung regionaler Erzeugnisse und die Stärkung der dörflichen Gemeinschaft.
- **Digitale Barrierefreiheit:** Aufbau einfacher **Bestellplattformen**, die explizit auf die Bedürfnisse älterer Menschen zugeschnitten sind (inkl. Telefon-Alternativen), um den Zugang zu modernen Lieferstrukturen zu erleichtern.

Bezahlbares Wohnen im ländlichen Raum

Soziale Gerechtigkeit · Ländlicher Raum · Demografie · Infrastruktur · Mobilität

Herausforderung

Während in der Stadt Gießen der Wohnungsmarkt angespannt ist, stehen in vielen Landgemeinden Gebäude leer. Gleichzeitig fehlt bezahlbarer Wohnraum für junge Familien, ältere Menschen und Menschen mit geringem Einkommen. Die Gefahr: Soziale Segregation zwischen Stadt und Land.

Ziel

Volt setzt sich dafür ein, dass der Landkreis Gießen die Gemeinden bei der Schaffung von bezahlbarem, gemischt genutztem Wohnraum unterstützt – durch Förderung, Beratung und interkommunale Koordination.

Maßnahmen

1. Fördermittelmanagement (ausbauen von 1 auf 3 Stellen)

- Akquise von Landesmitteln (Hessisches Dorfentwicklungsprogramm: 35 Mio. € p.a.)
- Beantragung von Bundesmitteln (Städtebauförderung, LEADER)

2. Kreisprogramm "Revitalisierung Ortskerne" (aufstocken):

- Budget erhöhen von 500.000 € auf 2 Mio. € jährlich
- Kofinanzierung von kommunalen Leuchtturmprojekten (max. 30% der Kosten)

3. Zentrale Beratungsstelle "Jung kauft Alt":

- Beim Landkreis angesiedelt, niedrigschwellig für alle 18 Gemeinden
- Beratung zu Sanierung und Fördermitteln
- Vermittlung von Handwerksbetrieben und Energieberatern

4. Interkommunale Kooperation

- Best-Practice-Börse zwischen Gemeinden
- Gemeinsame Architekturwettbewerbe für typische Gießener Dorfhäuser
- Rahmenverträge mit Planern zur Kostensenkung

Nachhaltige Bauplanung & Digitale Standards

Klimaneutrale Musterbauordnung

Klimaschutz · Energie · Innovation · Nachhaltigkeit · Baurecht

Herausforderung

Der Bausektor verursacht 40% der globalen CO₂-Emissionen. Die "graue Energie" (Herstellung, Transport, Entsorgung von Baumaterialien) wird in Bauordnungen ignoriert. Abriss + Neubau erzeugen bis zu 75% mehr CO₂ als Sanierung – wissenschaftlich nachgewiesen durch Fraunhofer IBP. Gleichzeitig fallen jährlich ~220 Millionen Tonnen Bau- und Abbruchabfälle an (61% aller Abfallmengen), und die Deponiekapazität in Hessen wird knapp: Bis 2032 sinkt sie um 55%. Die Sanierungsquote beträgt nur 1% pro Jahr.

Ziel

Musterbauordnung mit verpflichtender Lebenszyklusanalyse, "Sanierung-First"-Prinzip und zirkulärem Bauen. Bis 2030: Sanierungsquote auf 5%, alle kommunalen Neubauten DGNB-zertifiziert. Stadt Gießen und Landkreis Gießen werden **erste Region in Hessen mit verbindlichen klimaneutralen Baustandards**. Alle Neubauten und Sanierungen werden nach Lebenszyklusanalyse bewertet. Kommunale Vorbildfunktion wird ernst genommen.

Maßnahmen

Der Landkreis Gießen entwickelt bis 2027 eine klimaneutrale Musterbauordnung als Pionier in Hessen:

Der Landkreis Gießen entwickelt zusammen mit der Stadt Gießen bis 2027 eine klimaneutrale Musterbauordnung als Pionier in Hessen:

Phase 1: Neubau-Standards & Graue Energie (ab 2027)

- Lebenszyklusanalyse (cradle-to-grave) verpflichtend für alle Bauvorhaben $\geq 500 \text{ m}^2$ Nutzfläche; langfristig cradle-to-cradle.
- Design for Disassembly: Schraubverbindungen statt Verklebung, sortenreine Materialien für gute Rückbaubarkeit.
- Recyclingmaterialien bevorzugt: Recyclingbeton, Sekundärrohstoffe, regionale Beschaffung ($< 150 \text{ km}$ reduziert CO₂).
- Holzbau-Präferenz bei öffentlichen Gebäuden: Mindestens 50% der Tragstruktur aus Holz.
- Gebäudebegrünung als Standard: Mindestens 30% der Gebäudehülle (Dach oder Fassade).

Phase 2: Abrissgenehmigungsverfahren & Sanierung-First

- Unabhängige Gutachter prüfen vor jedem Abriss Sanierungsalternativen per LCA-Vergleich.
- Abriss nur, wenn Sanierung klar schlechter in der Ökobilanz ist, Klimaneutralität im Bestand nicht erreichbar oder Lebenszykluskosten $> 30\%$ höher sind.
- Denkmalschutz und Klimaschutz verbinden, historische Quartiere priorisieren.
- Öffentliche Registrierung aller Abrissgenehmigungen mit Begründung.

Phase 3: Förderung & innovative Sanierung

- 20% Förderbonus für innovative Sanierung (z. B. serielle Sanierung, Aufstockung).
- Serielle Sanierung mit vorgefertigten Fassaden-Modulen, 30–40% schneller, 15–50% KfW-Förderung.
- Material-Recycling-Bonus in Ausschreibungen verankern.
- KfW-BEG-Programme nutzen (Tilgungszuschüsse bis ca. 67.500 € für Effizienzhaus 40).

Phase 4: DGNB-Zertifizierung als Standard

- Alle städtischen Neubauten ab 2027 ($> 1 \text{ Mio. €}$ Bauvolumen) DGNB-zertifiziert, Gold-Standard als Ziel.
- Portfoliozertifizierung für kommunale Wohnbaugesellschaften bis 2029 zur Kosteneffizienz.
- Zertifizierungsgebühren von ca. 15.000–50.000 € amortisieren sich über Wertbeständigkeit und 20–30% niedrigere Betriebskosten.

Phase 5: Umsetzung & Beratungsstruktur

- Kreistags- und Stadtverordnetenbeschluss 2026 zur Verabschiedung der klimaneutralen Musterbauordnung.

- Beratungsstelle beim Landkreis (2 Vollzeitstellen) für LCA-Erstberatung, DGNB-Auditor-Vermittlung und KfW-Förderanträge – für Stadt und 18 Gemeinden.
- 3–5 sanierte Referenzgebäude (Schulen, Kitas, Verwaltung) bis 2028 als sichtbare Pilotprojekte für serielle Sanierung und Aufstockung.

Best Practices

- **Dänemark:** Verpflichtende LCA-Grenzwerte, alle 2 Jahre verschärft (EU-Vorreiter)
- **Baden-Württemberg KlimaG:** Lebenszyklus-Anforderungen für Landesgebäude seit 2024 (deutsches Vorbild)
- **Energiesprung:** Serielle Sanierung nicht teurer, nur schneller und skalierbarer
- **Amortisierung:** LCA-Prüfung (€5-10k) = <0,5% Projektsumme; vermeidet Fehlentscheidungen
- **München:** Kommunale Musterbauordnung mit Holzbau-Präferenz und Lebenszyklusanalyse – 12 Referenzprojekte realisiert
- **Heidelberg:** Sanierungsfahrplan nach Fraunhofer-IBP-Methodik – 40% CO₂-Reduktion in 5 Jahren
- **Frankfurt:** BBSR-Modellprojekt "Bestandsentwicklung kommunaler Wohnungen" – keine Verkäufe, systematische Sanierung

Kritische Differenzierung: NICHT ideologischer Bestandsschutz, sondern faktenbasierte Entscheidungsfindung. Wenn LCA zeigt, dass Neubau besser ist, wird Neubau genehmigt. Hessen als Vorreiter vor Deponieengpässen – mit bundesweiter Ausstrahlungskraft.

Digitaler Bauantrag und Building Information Modeling (BIM)

Klimaschutz · Digitalisierung · Effizienz

Herausforderung

Baugenehmigungsverfahren dauern häufig mehrere Monate durch papiergestützten Austausch zwischen Planer, Behörde und Fachstellen. Der Landkreis Gießen hat Ende 2025 bekanntgegeben, den digitalen Bauantrag über das Bauportal Hessen Anfang 2026 einzuführen – ein wichtiger erster Schritt für die jährlich rund 1.500 Bauanträge. Doch digitaler Bauantrag allein reicht nicht: Es fehlen Building Information Modeling (BIM) als Standard, transparente Lebenszyklusanalysen (LCA) zur rationalen Entscheidung zwischen Sanierung und Neubau, und Materialrückverfolgbarkeit für Kreislaufwirtschaft. Während Baden-Württemberg und NRW bereits BIM-basierte Genehmigungen testen, ist Hessen hier noch am Anfang.

Ziel

Volt will den Landkreis Gießen zum Vorreiter für digitale, nachhaltige Bauplanung entwickeln, in denen Building Information Modeling (BIM) und der digitale Bauantrag Standard sind. Dadurch werden Genehmigungen um bis zu 30% schneller abgewickelt,

Lebenszyklusanalysen sind transparenter, und Materialkreisläufe sind von Anfang an planbar. BIM wird zum zentralen Werkzeug, um Entscheidungen zwischen Umbau und Neubau faktisch auf CO₂-Basis zu treffen, nicht auf Vermutungen. Gleichzeitig stärkt der Aufbau digitaler Kompetenzen den Landkreis Gießen als Innovationsregion für ein nachhaltig fortschrittliches Bauen.

Maßnahmen

Building Information Modeling (BIM) verpflichtend (ab 2027)

- Alle Bauvorhaben ≥500 m² Nutzfläche nach BIM-Standard in 3D-Digitalmodell planen und dokumentieren
- Integriert: Lebenszykluskosten + CO₂-Emissionen über 40–50 Jahre (Entscheidungskriterium bei Genehmigung)
- Design for Disassembly: Rückbaubarkeit und Recyclingfähigkeit sind Teil des 3D-Modells

Offene IFC-Datenformate (ISO 16739-1) für Transparenz

- BIM-Daten in herstellerneutralen, langzeitarchivbaren Formaten speichern (nicht proprietär)
- Materialrückverfolgbarkeit über 20–30 Jahre: Bei Rückbau/Sanierung kann auf digitale Materialsammlung zugegriffen werden – Kreislaufwirtschaft wird operativ
- IFC 4.3 integriert Nachhaltigkeitsdaten (CO₂, Recycling) direkt ins Modell

Digitales Bauantragsverfahren 100% (Integration Bauportal Hessen)

- Landkreis Gießen an Bauportal Hessen (seit April 2025) vollständig anschließen – Planung, Genehmigung, Abnahme medienbruchfrei online
- Parallel Bearbeitung: Behörde + Planer arbeiten in integrierten digitalen Vorgangsräumen (Vorbild: Baden-Württemberg "Virtuelles Bauamt")
- Zeitersparnis: Postlaufzeiten entfallen, Fehlerreduktion durch Automatisierung = 20–30% schneller Genehmigungszeiten
- Transparenz: Antragsteller sehen Bearbeitungsstatus digital in Echtzeit

BIM-Kompetenzzentrum beim Landkreis etablieren (1 Vollzeitstelle + Beratung)

- Koordination BIM-Einführung bei kreiseigenen Projekten
- Beratung Planer: BIM-Modellqualität, IFC-Standard-Einhaltung
- Fortbildung Verwaltung: Personal fit machen für digitale Bauprüfung
- Wissenstransfer zu Hochschulen, Start-ups, privaten Planern

Integration in digitale Gesamtstrategie des Landkreises

- BIM-Datenplattformen + IFC-Datenmanagement sind Basis für Smart-City-Anwendungen (Energieeffizienz, Urban Mining, Sanierungsmanagement)
- Offene Datenstandards ermöglichen Nutzung für Forschung, Hochschulen, Start-ups

- Synergieeffekte: Landkreis Gießen als Modellregion für datengesteuerte, nachhaltige Stadt- und Landentwicklung

Best Practices

- **Bauportal Hessen 2025:** Bereits landesweit verfügbar – Landkreis Gießen schnell anschließen
- **Baden-Württemberg "Virtuelles Bauamt":** Digitaler Vorgangsraum, parallele Behördenprüfung (Vorbild)
- 45.000 digitale Bauanträge bundesweit 2024 – Trend steigt steil an
- **NRW & Baden-Württemberg:** Handlungsempfehlungen für kommunale BIM-Einführung verfügbar
- **Förderung: „Digitale Kommune Hessen“** + EU-Mittel für Kreislaufwirtschafts-Pilotprojekte
- **Kostenvorteil: BIM-Standard bei Planung = höherer Aufwand anfangs, aber spart Planungsfehler (später unbezahlbar)**

Zusammenarbeit und Kooperation

Interkommunale Zusammenarbeit und überregionale Kooperationen

Governance · Regionalentwicklung · Effizienz · Vernetzung · Europa

Herausforderung

Kleine Gemeinden im Landkreis Gießen haben oft nicht die Ressourcen (Personal, Expertise, Finanzen), um komplexe Förderprogramme zu nutzen oder innovative Projekte umzusetzen. Gleichzeitig gibt es viele Synergien, die durch Zusammenarbeit genutzt werden könnten.

Ziel

Volt fordert: **Fördermittelmanagement professionalisieren, ausbauen und dauerhaft in die Kreisverwaltung integrieren.** Das Vorbildprojekt muss zum Standard werden – für Gießen und ganz Hessen.

Maßnahmen

Volt begreift den Landkreis Gießen als zentralen Moderator, um durch Zusammenarbeit Kostenvorteile zu erzielen und die regionale Schlagkraft gegenüber Land und Bund zu erhöhen.

- **Interkommunale Gewerbegebiete:** Der Landkreis vermittelt zwischen Gemeinden (z. B. Verbund Grünberg-Lich-Laubach), um gemeinsame Gewerbeflächen zu

entwickeln. Dies senkt Erschließungskosten, vermeidet Konkurrenzkampf und schont durch Flächeneffizienz die Umwelt.

- **Zentrales Fördermittelmanagement:** Etablierung einer hauptamtlichen Expertenstelle im Kreishaus für alle Kommunen. Diese Stelle übernimmt die Recherche, Antragstellung und das Monitoring von Fördergeldern, um die maximale Rückholung von Landes- und Bundesmitteln für die Region sicherzustellen.
- **Stärkung des LEADER-Managements:** Ausbau des „GießenerLand e.V.“ zur zentralen Drehscheibe für ländliche Entwicklung. Durch monatliche Sprechstunden und eine jährliche Konferenz werden Projekte in den Bereichen Nahversorgung, Tourismus und Klimaschutz gezielter gefördert und bekannter gemacht.
- **Aktive Regionalplanung:** Der Landkreis nutzt seine Stimme in der Regionalversammlung Mittelhessen, um die Interessen des ländlichen Raums zu vertreten. Schwerpunkte sind der Schutz von Außenbereichen durch Flächensparen sowie die Priorisierung von Vorrangflächen für erneuerbare Energien und eine bessere ÖPNV-Anbindung.
- **Überregionales Benchmarking:** Aufbau strukturierter Austauschformate mit Nachbarkreisen (Lahn-Dill, Marburg-Biedenkopf, Vogelsberg und Wetterau). Durch gemeinsame Mobilitätskonzepte und Best-Practice-Konferenzen lernt der Landkreis von erfolgreichen Modellen anderer Regionen.

Best Practices

- **Wetteraukreis:** Professionelles interkommunales Fördermittelmanagement mit 2 VZÄ
- **Vogelsbergkreis:** Interkommunale Gewerbegebiete zwischen 5 Gemeinden
- **Landkreis Waldeck-Frankenberg:** "Eine(r) für alle"-Modell bei Dorferneuerung

Überregionale Zusammenarbeit mit angrenzenden Landkreisen

Regionalentwicklung · ÖPNV · Wirtschaft · Klimaanpassung · Mittelhessen

Herausforderung

Der Landkreis Gießen liegt im Zentrum einer **starken mittelhessischen Verkehrsregion**. Vier Nachbarkreise (Lahn-Dill, Marburg-Biedenkopf, Vogelsberg, Wetterau) arbeiten bereits zusammen – aber dieser Austausch muss intensiviert werden. Künstliche Kreisgrenzen dürfen kein Hindernis für regionale Entwicklung sein.

Ziel

Unser Ziel ist es, die bestehenden Kooperationen mit den angrenzenden Landkreisen (Lahn-Dill, Marburg-Biedenkopf, Vogelsberg und Wetterau) zu einer echten **strategischen Partnerschaft** auszubauen. Volt steht für eine Politik, die über Verwaltungsgrenzen

hinausdenkt: Wir wollen künstliche Barrieren abbauen, um die Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit der gesamten Region Mittelhessen zu sichern.

Maßnahmen

Anstatt in isolierten Zuständigkeiten zu verharren, setzen wir auf eine integrierte Regionalentwicklung in fünf Kernbereichen:

- **Grenzenlose Mobilität:** Harmonisierung der Verkehrsplanung im RMV-Raum, um durchgehende Verbindungen ohne „Endstation an der Kreisgrenze“ zu schaffen (z. B. durch den *MitteHessenTakt*).
- **Gemeinsame Wirtschafts- und Flächenstrategie:** Förderung interkommunaler Gewerbegebiete und fairer Steueraufteilungsmodelle, um den Wettbewerb zwischen Gemeinden durch eine gemeinsame Standortvermarktung zu ersetzen.
- **Vernetzte Daseinsvorsorge:** Regionale Koordination von Dorfentwicklung, mobiler Nahversorgung und Gesundheitsangeboten, um den ländlichen Raum kreisübergreifend zu stärken.
- **Resiliente Umweltplanung:** Gemeinsamer Hochwasserschutz, Sicherung regionaler Frischluftkorridore und Aufbau interkommunaler Energieverbünde für eine wirksame Klimaanpassung.
- **Digitale Transformation:** Aufbau einer einheitlichen Open-Data-Plattform und gemeinsame Digitalisierungsprojekte der Verwaltungen, um Effizienzsteigerungen für die Bürgerschaft der Region zu erzielen.

Wir begreifen den Landkreis Gießen nicht als geschlossene Einheit, sondern als aktiven Teil eines dynamischen Netzwerks, das durch interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) Skaleneffekte nutzt und die Region im europäischen und globalen Wettbewerb positioniert.

Best Practices

- **Lahn-Dill-Kreis + LEADER-Regionen:** Gemeinsames Projekt "Coworking Spaces im Landkreis" – EU-kofinanziert
- **Regionalmanagement Mittelhessen:** "TeamMit" – Strukturwandel Automobilindustrie gemeinsam gestalten
- **NRW "Regionale 2022":** Interkommunale Projekte mit Landesförderung – Vorbild für Hessen

Gießen 2035 – Eine Region die zusammenhält und Gegensätze vereint

... zwischen Stadt und Land, Universität und Landwirtschaft, Innovation und Tradition. Diese Vielfalt ist unsere größte Stärke. Volt will eine **integrierte Stadt- und Landentwicklung**, die beide Seiten zusammenbringt:

Die Stadt braucht das Land:

- Regionale Lebensmittel für Schulen, Kitas, Menschen
- Naherholung, Klimaausgleich, Frischluft
- Flächen für regenerative Energien (Windkraft, PV, Biogas)

Das Land braucht die Stadt:

- Arbeitsplätze, Hochschulen, Gesundheitsversorgung
- Kulturangebote, Veranstaltungen, Einkaufsmöglichkeiten
- Verkehrsknoten, ÖPNV-Anbindung

Gemeinsam sind wir stärker:

- **Interkommunale Zusammenarbeit** ist im Landkreis Gießen bereits Realität – wir sind Vorreiter in Hessen
- **Fördermittelmanagement, Dorfentwicklung, Gewerbegebiete, Klimaanpassung** – alles funktioniert besser gemeinsam
- **Leuchtturmprojekte** in Stadt UND Land schaffen Vorbilder für ganz Hessen
- **Überregionale Kooperation** mit Lahn-Dill, Marburg-Biedenkopf, Vogelsberg und Wetterau stärkt die gesamte mittelhessische Region

Die nächsten 5 Jahre entscheiden

Bis 2031 wollen wir:

- **10 Gemeinden im Dorfentwicklungsprogramm** statt 3
- **200 sanierte Gebäude in Ortskernen** statt Verfall
- **5 Bürgerbus-Initiativen und 50 Mitfahrbänke** statt Abhängigkeit vom Auto
- **8 mobile Dorfläden** statt Versorgungswüsten
- **50.000 m² entsiegelte Flächen** entlang der Kühlachsen
- **Klimaneutrale Musterbauordnung** für Stadt und Landkreis
- **10% gemeinwohlorientiertes Wohnen** statt Gentrifizierung
- **Fördermittelmanagement AUSGEBAUT** statt gestrichen – 2-3 Stellen statt 1

Gießen 2035 ist keine Utopie. Es ist machbar. Mit evidenzbasierten Konzepten, Bürgerbeteiligung, konsequenter Nutzung von Fördermitteln und starker interkommunaler Zusammenarbeit.

Volt Gießen – Für eine Region, die lebenswert ist. Für alle. In Stadt und Land.

Verkehr & Mobilität

Gießen 2035 – verlässlich mobil in Stadt und Land

Der Landkreis Gießen steht vor einer doppelten Aufgabe: Während die Stadt Gießen ihre Rolle als Hochschul-, Arbeits- und Gesundheitszentrum für ganz Mittelhessen erfüllt, kämpfen viele ländliche Gemeinden mit Leerstand, abnehmender Nahversorgung und eingeschränkter Mobilität ohne eigenes Auto. Zugleich sind Pendelnde aus Kommunen, wie zum Beispiel Hungen, Lich, Laubach oder Rabenau auf verlässliche Verbindungen in die Stadt angewiesen – zur Uni, in Ausbildungsbetriebe, zu Kliniken und Verwaltung. Stadt und Land sind damit verkehrlich, wirtschaftlich und sozial untrennbar miteinander verflochten.

Volt versteht den Landkreis Gießen als Bindeglied einer ganzen Region: zwischen Universitätsstadt, Lahn-Dill, Marburg-Biedenkopf, Wetterau und Vogelsberg. Mobilität im ländlichen Raum bedeutet hier mehr als Busfahrpläne – sie entscheidet über Ausbildungswege, medizinische Versorgung, Pflege, Teilhabe und die Zukunft ganzer Ortskerne. Wenn der ÖPNV ausfällt, Straßen unsicher sind und Radwege an Kreisgrenzen enden, trifft das besonders ältere Menschen, Jugendliche und Menschen mit geringem Einkommen.

Deshalb setzt Volt im Landkreis auf eine integrierte Stadt- und Landentwicklung, in der Mobilität ein zentrales Strukturthema ist: Bahnreaktivierungen wie Lumdatal-, Horlofftal- und Ohmtalbahn, verlässliche Buslinien, Bürgerbusse und On-Demand-Verkehre, ein lückenloses interkommunales Radwegenetz und regionale Mobility-Hubs an Bahnhöfen in Lich, Lollar, Hungen oder Grünberg. Die RegioTram-Initiative, die bereits in einer Machbarkeitsstudie geprüft wird, wird dabei als langfristige Chance verstanden, Stadt und Umland schienengebunden zu verknüpfen und an diese Hubs anzuschließen.

Volt Gießen strebt bis 2031 eine regionale Mobilitätsstrategie an, die Dorfentwicklung, Nahversorgung, Verkehr und Klimaschutz zusammenführt. Dazu gehören faire Verkehrsflächen für Fuß- und Radverkehr, ÖPNV, Lieferverkehre und Auto ebenso wie professionelle Fördermittelakquise, interkommunale Zusammenarbeit und überregionale Projekte im Rahmen des MitteHessenTakts. Ziel ist ein Landkreis, in dem Menschen in jedem Ortsteil ohne eigenes Auto gut leben, arbeiten und teilhaben können – und in dem Stadt und Land nicht gegeneinander ausgespielt, sondern gemeinsam stark gemacht werden.

Volt macht Mobilität zur Gerechtigkeitsfrage – verlässlich, multimodal, klimafreundlich und für alle in Stadt und Land.

ÖPNV-Zuverlässigkeit als Voraussetzung der Verkehrswende

Verkehrswende · Klimaschutz · Daseinsvorsorge · Digitalisierung · Verlässlichkeit

Herausforderung

Die aktuelle Situation ist nicht hinnehmbar: Berufsfahrten auf der RB46 (Lahn-Kinzig-Bahn) sorgen jeden Freitagnachmittag für dieselbe Routine. Ab 16:00 Uhr fallen Züge aus, weil das Stellwerk in Hungen nicht besetzt werden kann. Nicht aus böser Absicht, sondern aus systemischem Versagen: Die Hessische Landesbahn (HLB) hat 1.300 Fahrdienstleiter angestellt und 450 weitere in Ausbildung – aber die Ausbildung dauert bis zu 15 Monate. Die mechanischen Stellwerke sind überaltert, personalintensiv und anfällig. Und die Fahrgastinformation? Ausfälle werden oft erst am Tag selbst kommuniziert – Menschen fahren zu einer nicht existierenden Zugverbindung.

Die Folgen sind alltäglich:

- Wochenendausfälle über Wochen hinweg
- Schienenersatzverkehr ohne Fahrradmitnahme – wer mit dem Rad zum Bahnhof kommt, sitzt fest
- Längere Fahrzeiten, Umwege zu Ersatzhaltestellen
- Frust und Rückkehr zum Auto als „zuverlässige“ Lösung

Das ist **nicht nur ein Verkehrsproblem**, es ist eine **Gerechtigkeitskrise**: Strukturschwache Räume wie Hungen, Lich und die Umlandgemeinden verlieren Menschen, weil die Pendelmobilität zusammenbricht. Auszubildende können nicht zuverlässig zur Arbeit fahren. Studierende in der Uni Gießen sind isoliert. Die Verkehrswende wird mit jeder Ausfallankündigung unglaublich.

Ziel

Bis 2031 wird Gießen zur ersten hessischen Region mit **über 95% ÖPNV-Pünktlichkeit und unter 2% Ausfallquote**. Das ist keine utopische Forderung – Baden-Württemberg erreicht 92-95%, Österreich und Dänemark liegen noch höher. Das Geheimnis: Qualitätsverträge 2.0 mit verschuldensabhängigen Sanktionen, digitalisierte Stellwerke und professionelles Krisenmanagement.

Maßnahmen

- **Qualitätsverträge 2.0 (RMV-Ebene):** Einführung eines Bonus-Malus-Systems für die Hessische Landesbahn (HLB). Selbstverschuldete Ausfälle (Personalmangel, Wartung) werden sanktioniert, während hohe Pünktlichkeitsraten belohnt werden. Unabhängige Qualitätsscouts und monatliche Transparenzberichte sichern die Einhaltung der Standards.
- **Beschleunigte Digitalisierung der Stellwerke:** Ausübung von politischem Druck auf Bund und Deutsche Bahn durch gemeinsame Resolutionen von Kreistag und Stadt. Ziel ist die prioritäre Umstellung auf digitale Stellwerke (DSTW), um die Störungsanfälligkeit zu senken und den Personalbedarf vor Ort zu reduzieren (z. B. Fokus auf den Knoten Hungen).
- **Stabilisierungsfahrpläne:** Bei chronischem Personalmangel fordert Volt „Ehrlichkeit im Fahrplan“. Statt unzuverlässiger Taktversprechen werden verlässliche Reduzierungen vereinbart. Ein garantierter Stundentakt hat Vorrang

vor einem instabilen Halbstundentakt mit hoher Ausfallquote.

- **Professioneller Schienenersatzverkehr (SEV):** Etablierung hoher Mindeststandards für Busnotverkehre. Dies umfasst die verpflichtende Fahrradmitnahme (z. B. durch Anhänger), zentrale Haltestellen direkt an den Bahnhöfen sowie eine lückenlose Echtzeit-Fahrgastinformation in der App.

Radverkehr und Mobility-Hubs – Verbindungen zwischen Stadt und Land

Klimaschutz · Gesundheit · Verkehrswende · Barrierefreiheit · Sicherheit

Herausforderung

Wer von Hunzen, Lich oder anderen Landkreisgemeinden mit dem Rad zur Uni Gießen oder zu Arbeitgeber fahren will, braucht Mut vor Autoverkehr. Es gibt Infrastruktur-Inseln in einzelnen Gemeinden, aber keine durchgehenden, sicheren Radwegeketten zwischen den Orten oder in die Stadt. Jede Kommune plant nur bis zur Grenze – dann bricht die Infrastruktur ab. Das ist ein interkommunales Problem, das nur mit Landkreis-Koordination zu lösen ist.

Gleichzeitig fehlen multimodale Umsteigepunkte: Wer mit dem Auto zum Bahnhof Lich oder Lollar fährt, findet dort kein Bike-Sharing, kein Car-Sharing für Rückfahrten und keine sicheren Fahrradparkplätze. Es gibt auch keine gemeinsame App, um Zug, Bus, Rad und Auto kombiniert zu planen. Das ist kein Autozwang – es ist ein Infrastruktur-Versprechen ohne Erfüllung.

Ziel

Bis 2031:

- Lückenlose, sichere Radwegeketten von den Landkreisgemeinden in die Stadt Gießen und zwischen den Gemeinden untereinander
- Baulich getrennte Radwege an Kreisstraßen mit durchgehender Beleuchtung und Winterdienst
- 100% barrierefreie Infrastruktur: flache Übergänge, taktile Markierungen, Raststationen alle 5–10 km mit E-Bike-Ladung und Trinkwasser
- 3–5 dezentrale Mobility-Hubs an strategischen Bahnhöfen (Lollar, Lich, Hunzen) mit Bike-Sharing, Car-Sharing und sicheren Fahrradparkplätzen
- Regionale Mobilitäts-App für alle Verkehrsmittel und Gemeinden
- +15% Radverkehrsanteil im Pendelverkehr bis 2031

Maßnahmen

Volt fordert den Ausbau des Landkreises zur zentralen Drehscheibe für den regionalen Radverkehr. Ziel ist ein lückenloses, sicheres Netz, das Gemeinden und Umlandkreise effizient verbindet.

1. Masterplan Radverkehr (Lückenanalyse 2026)

Der Landkreis koordiniert eine Lückenanalyse über alle 18 Gemeinden und erstellt einen Masterplan mit prioritären Pendlerrouten: Hungen–Gießen, Lich–Gießen, Lollar–Gießen, Rabenau–Gießen, sowie Querstrecken zwischen den Gemeinden. Fokus: direkte Anbindung an Bahnhöfe und Bike+Ride-Anlagen.

2. Bauliche Standards & Beleuchtung

Baulich getrennte Radwege an Kreisstraßen (2,5–3,5 m Breite, Bordstein oder Grünstreifen), LED-Beleuchtung mit Bewegungsmeldern, einheitliche Beschilderung und Winterdienst. Raststationen alle 5–10 km mit E-Bike-Laden, Reparaturwerkzeug und Trinkwasser.

3. Dezentrale Mobility-Hubs an Bahnhöfen

Umstiegspunkte mit:

- 40–60 sichere Fahrradabstellplätze (überdacht)
- Bike-Sharing (mind. 10 Räder)
- Car-Sharing-Zone (2–3 Fahrzeuge) – besonders wichtig für die „Rückfahrts-Problematik“: Wer von Gießen kommt, kann sein Auto sicher abstellen und mit Rad+Bahn pendeln, statt ins Auto zu steigen
- E-Ladesäulen für E-Bikes und PKW
- Aufenthaltsqualität (Dach, Sitzplätze, Trinkwasser)

Diese Hubs sind Brücken zwischen Stadt und Land: Menschen pendeln nachhaltiger, wenn der Übergang zwischen Verkehrsmitteln einfach und zuverlässig ist.

4. Regionale Mobilitäts-App (gemeinsam mit RMV, Stadt Gießen, Uni)

Eine zentrale App für alle Gemeinden und Verkehrsmittel mit:

- Multimodalem Echtzeit-Routing (Rad + Bahn vs. Auto vs. Bike-Sharing + Bus)
- Direkter Buchung von Sharing-Angeboten und Ticketing
- Live-Status der Hubs (freie Parkplätze, Fahrräder, Ladestationen)
- Automatische Alternativvorschläge bei ÖPNV-Ausfällen

Best Practices

- Radschnellweg Ruhr (RS1, 101 km): Durchgehendes System mit 40 Mio. Fahrtg./Jahr, sichere Übergänge an Bahnhöfen
- Kopenhagen Supercykelstier: Radschnellwege an Kühlachsen mit Hub-Integration
- Whim Helsinki: Eine App für alle Verkehrsmittel – Autonutzung sank um 15–20%
- MaaS-Hubs Bremen: Dezentrale Umsteigepunkte mit Bike-Sharing, Car-Sharing, ÖPNV-Info

Bahnreaktivierung als strukturpolitisches Programm

ÖPNV · Strukturpolitik · Ländlicher Raum · Bund · Land · Klimaschutz

Herausforderung

Vor 30-40 Jahren wurden im Zuge der DB-Privatisierung Hunderte Bahnstrecken stillgelegt – auch in Hessen 67 Strecken zwischen 1920 und 2010. Das traf strukturschwache Räume besonders hart: Bahnhfahren war die **Mobilität für Menschen ohne Auto**. Als die Züge gingen, ging auch ein Teil der Hoffnung.

Heute gibt es neue Chancen: Der Bund fördert Reaktivierungen mit **bis zu 90% Zuschuss** (GVFG). Und in einigen Regionen funktioniert es: Die Lumdatalbahn in Hessen, reaktivierte Strecken in Rheinland-Pfalz und Frankreich zeigen, dass es funktionieren kann.

Ziel

Bis 2031:

- **Lumatalbahn** (Lollar-Rabenau) mit Personenverkehr im Stundentakt
- **Horlofftalbahn** (Hungen-Wölfersheim) in Betrieb
- **Ohmtalbahn** (Kirchhain-Alsfeld) in Planungsphase für Inbetriebnahme 2032-2035

Nicht als romantische Restauration, sondern als **wirtschaftliche Infrastruktur für moderne Pendelmobilität**.

Maßnahmen

Volt setzt auf die Reaktivierung historischer Bahnstrecken, um den Landkreis Gießen als zentralen Mobilitätsknoten Mittelhessens zu stärken und den ländlichen Raum leistungsfähig anzubinden.

- **Lumatalbahn (Reaktivierung Personenverkehr):** Aktive politische und finanzielle Unterstützung zur Sicherung der Landesmittel (4,3 Mio. €). Der Landkreis sichert Trassengrundstücke und koordiniert die Planung mit dem Verein Lumatalbahn e.V., um einen Betriebsstart bis 2029 zu realisieren (90 % Bundesförderung).
- **Horlofftalbahn (Lückenschluss Hungen–Wölfersheim):** Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens in enger Kooperation mit dem Wetteraukreis. Ziel ist die Inbetriebnahme bis 2027, begleitet von einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung und einer Vermarktungskampagne zur Gewinnung von Neukunden.
- **Ohmtalbahn & Vision „Hessen-Y“:** Fortsetzung der Machbarkeitsplanung für die Strecke Kirchhain–Burg-/Nieder-Gemünden als Teil einer durchgehenden Achse Gießen–Alsfeld–Bad Hersfeld. Der Landkreis Gießen positioniert sich hierbei als treibende Kraft für ein regionales Gesamtsystem, um Gießen langfristig zur zentralen Drehscheibe Mittelhessens auszubauen (Inbetriebnahme-Ziel: 2032–2035).

On-Demand-Verkehr für den ländlichen Raum

Mobilität · Ländlicher Raum · Digitalisierung · Innovation · Pilotprojekt · Klimaschutz

Herausforderung

Im ländlichen Raum (z. B. Rabenau, Reiskirchen, Großen-Linden) gibt es regelmäßige Buslinien bis 18:00 Uhr – danach: Wenig bis nichts. Menschen, die nach Schichtende nach Hause fahren, sind aufs Auto angewiesen. Auch tagsüber gibt es nur wenige Fahrten pro Tag (oft 4-6), was Pendelmobilität unmöglich macht. **On-Demand-Systeme** (Rufbusse, geteilte Shuttles) könnten helfen, sind aber vielen Gemeinden zu teuer.

Ziel

- **24/7 On-Demand-Mobilität** in Stadtteilen und ländlichen Gemeinden
- **Automatische Aktivierung bei Zugausfällen** (wenn bspw. RB46 ausfällt, springt On-Demand ein)
- **Erschwingliche Preise:** Max. 5 € pro Fahrt oder ÖPNV-Abonnement inkludiert
- **Finanzierung:** Land Hessen + EU-Mittel (EFRE)

Maßnahmen

Volt setzt auf ein vernetztes System aus flexiblen Angeboten und bürgerschaftlichem Engagement, um eine flächendeckende Mobilitätsgarantie unabhängig vom eigenen PKW zu schaffen.

- **Bedarfsorientierte On-Demand-Mobilität:** Einführung digital gesteuerter Abrufsysteme (Shuttles), die den klassischen Linienverkehr dort ergänzen, wo feste Fahrpläne nicht effizient sind. Diese Angebote werden nahtlos in die regionale Mobilitätsplattform integriert und dienen zusätzlich als dynamisches Backup bei Störungen im Schienenverkehr, um die Verlässlichkeit der gesamten Reisekette zu sichern.
- **Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements (Bürgerbusse):** Förderung und Professionalisierung von Bürgerbus-Vereinen, um die Nahmobilität im ländlichen Raum „von unten“ zu stärken. Der Landkreis unterstützt diese Initiativen strategisch durch die Übernahme von Investitionskosten und administrativen Hürden (wie Versicherungen und Qualifizierungen), um den lokalen Zusammenhalt mit Mobilität zu verknüpfen.
- **Multimodale Verknüpfungspunkte:** Schaffung physischer Schnittstellen (Hubs) an Bahnhöfen und Knotenpunkten, die den Wechsel zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln barrierefrei und komfortabel gestalten. Ziel ist eine Infrastruktur, die Car-Sharing, Mikromobilität und ÖPNV bündelt und so die Attraktivität des Umweltverbunds gegenüber dem Individualverkehr steigert.

Gießen steht vor der Herausforderung, ÖPNV-Zuverlässigkeit, sichere Mobilität und **gerechten Zugang zu Verkehrsmitteln** zu schaffen

... und strategische **Leuchtturmprojekte** helfen dabei nach Evidenz gute Wege zu finden:

Radwegenetz durchgehend vom Vogelsberg bis zur Lahn, das nicht an Gemeindegrenzen endet. **Mobility-Hubs** als dezentrale Umsteigepunkte zwischen Zug, Bus, **Rad und Car-Sharing**. **On-Demand-Shuttle** für abgelegene Ortsteile, die **Bürgerbusse** mit professionellen Ersatzsystemen verbinden. **RegioTram**-Initiative als langfristiges Rückgrat für die ganze Region -- **Lumdatal-, Horlofftal- und Ohmtalbahn** reaktiviert statt vergessen.

Qualitätsverträge mit der HLB statt Zuverlässigkeitskrisen, **durchgehende Radinfrastruktur** statt Flickenteppich, **regionale Mobilitäts-App** statt Ticketchaos -- das sind die Prinzipien einer gerechten, interkommunalen Verkehrspolitik. Der **Landkreis Gießen wird zur Mobilitätsdrehscheibe**, in der ÖPNV, Radverkehr, Car-Sharing und Fußverkehr gleichberechtigt zusammenwirken: **verlässlich, klimafreundlich, barrierefrei** für alle.

Der **Landkreis ist dabei die Koordinatorin** -- nicht als alleinige Akteurin, sondern als Katalysatorin zwischen RMV, Land Hessen, Bund und den Nachbargemeinden. Mit **interkommunalen Radwegekonzepten** und der Forderung nach **Bahnreaktivierungen** zeigt er, dass strukturelle Veränderungen möglich sind. Doch das volle Potenzial entfaltet sich erst, wenn alle Ebenen zusammenpassen: **Qualitätsverträge** bei der HLB, interkommunale Radwegenetze im Verbund, **digitale Stellwerke** auf Bundesebene, professionelle Mobilitätszentren statt Improvisation.

Die **Zukunft des Landkreises Gießen** wird nicht im Auto entschieden und auch nicht von oben herab verordnet -- sie entsteht durch intelligente Infrastruktur und die Zusammenarbeit aller Ebenen: Land, Kommunen, Bund, Nachbarlandkreise und die Bürgerschaft selbst, die täglich zwischen unkomplizierten Alternativen für individuelle Mobilität wählt – **Auto, Rad, Bus, Bahn oder Sharing. Ohne Grenzen, mit Verlässlichkeit.**

Klima, Energie & Biodiversität

Klima

Das Jahr 2024 war global und in Europa das wärmste seit Beginn der Temperaturaufzeichnung, wobei die Temperaturzunahme in Europa seit den 1980-er Jahren doppelt so hoch wie im globalen Durchschnitt ist. Die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre ist weiter angestiegen. Die lokalen Auswirkungen des Klimawandels sind die Zunahme extremer und gefährlicher Wetterereignisse wie Starkregen, Überflutungen oder Dürren sowie Tage und Nächte mit gesundheitsgefährdenden tropischen Temperaturen.

Die EU-, Bundes- und Hessen-Gesetzgebung definiert zwar die richtigen Maßnahmen gegen den Klimawandel, deren Umsetzung erscheint angesichts der stark ansteigenden Temperaturen zu langsam. Zudem droht auf allen Ebenen eine Verschiebung des öffentlichen und politischen Interesses und damit der Finanzmittel in andere Bereiche.

Die Finanzierung der Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen der des Landkreises und der Stadt Gießen erfolgt überwiegend durch die EU, den Bund und das Land Hessen.

Da Volt die aktuellen und zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels bewusst sind und ganzheitlich betrachtet, finden sich in vielen unserer Abschnitte des Wahlprogramms Maßnahmen zur Abmilderung des Klimawandels aber auch zur Anpassung der dennoch zu erwartenden Auswirkungen.

Klimaneutral bis 2040

Klimaschutz · Transparenz · Finanzpolitik · Lebensqualität

Herausforderung

Im Landkreis Gießen gibt es die Nachhaltigkeitsinitiative [klimamacher.de](#), Förderung von Sanierungsmaßnahmen durch das sogenannte Klimageld und EU Förderprogramme Interreg Europe, die nicht nur finanzielle Mittel, sondern auch den Austausch mit anderen europäischen Kommunen beinhalten. Zusätzlich haben Pohlheim und Langgöns bereits [klima-kommunen-hessen.de](#) Projekte auf die Beine gestellt. Dennoch sind die Maßnahmen und das Ziel des Landkreises Gießen, bis 2050 Treibhausgasemissionen um 95 Prozent zu reduzieren (siehe [lkgi.de](#)), nicht ausreichend.

Ziel

Volt will die Emissionen in den nächsten Jahren stark senken und bis 2040 im Landkreis Gießen Klimaneutralität erreichen. Das zielt nicht nur auf Umweltschutz ab, sondern auf eine spürbare Steigerung der Lebensqualität.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- **Klimawirkungsprüfung**, um die Auswirkungen auf unser Klima immer zu berücksichtigen: Politische Entscheidungen unterliegen verpflichtenden Prüfungen, um negative Auswirkungen auf das Klima frühzeitig zu verhindern. Entsprechend ist auch in unserem Wahlprogramm Klimaschutz in allen Themen berücksichtigt worden, siehe dazu auch Kapitel, die mit *Klimaschutz* markiert wurden.
- **Ab 2035 dürfen keine fossilen Energieträger** in kommunalen Ver- und Entsorgungsanlagen mehr eingesetzt werden und neue Anlagen mit ausschließlich klimaneutralen Energieträgern nutzen.
- **Beitritt zu weiteren Initiativen** wie klimabuendnis.org, localZero.net, klimaweg.net und european-energy-award.org.
- **Mehr Sanierungsmaßnahmen mit *Klimageld*** des Landkreises über die 1. Jahreshälfte hinaus unterstützen, indem mehr Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden und nur Lösungen mit ausschließlich erneuerbaren Energieträgern gefördert werden.
- **Methanreduktion**
 - Durch Minimierung der Methanemissionen von Mülldeponien mit einer regenerativen thermischen Oxidationsanlage (RTO) wie in Sansenhecken
 - Beratung zu optimierter Fütterung von Tieren in der Landwirtschaft
 - Renaturierung von Waldmooren und Niedermooren wie in der Gemarkung von Alten-Buseck am Eichbusch
- **Ressourcen effizienter nutzen**
 - Senkung des spezifischen Trinkwasserverbrauchs durch Tarifstaffelung nach Verbrauch
 - Stromsparwissen verbreiten, wie bereits mit Stromspar Check der ZAUG gGmbH
 - Abwasser mit neuester Ozonierung und Aktivkohlefiltration wie in Ried (Hessen) reinigen, um Gewässer zu schützen

Klimaresilienz

Klimaschutz · Klimaresilienz · Transparenz · Finanzpolitik · Lebensqualität

Herausforderung

Die Stadt Gießen hat bereits eine Karte namens CoolerStadtplan, der beispielsweise kühle Plätze und kostenlose Trinkwasser-Nachfüllstationen anzeigt. Dennoch erleben wir bereits jetzt, wie sehr die Zunahme extremer und gefährlicher Wetterereignisse wie Starkregen, Überflutungen oder Dürren uns im Landkreis belastet. Diese wird sich in Zukunft noch weiter beschleunigen.

Ziel

Volt will die Menschen und die Natur des Landkreises Gießen vor zukünftigen Klimaauswirkungen schützen. Dieser Schutz erhöht das Wohlbefinden auch zwischen den Wetterextremen.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- Umfassendes integriertes **Klimaanpassungskonzept** wie das des Landkreises Marburg-Biedenkopf
- **Innovation** durch Ausweitung der Kooperationen mit lokalen Hochschulen, die bereits eine beispiellose Begrünung wie am THM-Hochhaus C10 umsetzen und einen Masterkurs „Nachhaltiges Bauen“ anbieten.
- Programm zum Erhalt und zur Neupflanzung von klimaresistenten Bäumen, siehe dazu auch Wald- und Naturflächen konsequent schützen im Kapitel Wirtschaft
- **Hochwasserschutz**
 - Neben technischen Anlagen steht die Renaturierung von Ufern im Vordergrund, um natürliche Rückhalteräume zu schaffen
 - Netto-Null-Versiegelung, sodass für jede neue versiegelte Fläche eine andere entsiegelt werden muss.
- Landesverbot zur Neuanlage von Schottergärten strikt umsetzen.
- **Schutz vor Überhitzung** neben Begrünung von Gebäuden und Straßen durch Hitzepräventionspläne, Ausweitung des Gießener "Cooler Stadtplan" auf den gesamten Landkreis und Förderung von innovativen Kühlgeräten wie z. B. die kalte Nahwärme.

Energie

Energiewende · Erneuerbare Energien · Klimaschutz · Energieeffizienz

Im Landkreis und in der Stadt Gießen erleben wir die Energiewende bereits als Chance: Die Stadt Pohlheim hat eine Photovoltaik-Strategie und geht damit aktiv die Stromwende an. Die Stadtwerke Gießen (SWG) bringen die Wärmewende voran, indem sie das Fernwärmennetz in der Stadt ausbauen. Über das Stromnetz der Oberhessischen Versorgungsbetriebe wurde bereits die Ladeleistung eines Elektroautos verändert. Dieser erfolgreiche Versuch zeigt, wie in Zukunft unser Strom optimal genutzt werden kann. Die Elektrifizierung des Verkehrs (Verkehrswende) und der Wärme wird den Strombedarf erhöhen, da nur über Strom aus erneuerbaren Energiequellen unser Ziel der Klimaneutralität im Landkreis bis 2040 erreicht werden kann.

Wärme- und Kälteversorgung

Kommunale Wärmeplanung · Energieinfrastruktur · Energieeffizienz

Herausforderung

Während die Stadt Gießen bereits ein großes und wachsendes Hochtemperatur-Fernwärmennetz hat, gibt es im Landkreis noch große ungenutzte Potenziale für bspw. kalte Nahwärme, welche sich besser für eine niedrige Bebauungsdichte eignet und sogar zur Kühlung an heißen Tagen verwendet werden kann. Allgemein gibt es in unseren Städten und auf dem Land zu wenig Wärmespeicher, die das Stromnetz im Winter entlasten. Gleichzeitig darf die eingesetzte Energie nicht direkt entweichen. Hier kann besonders im Sommer die bereits in der Stadtentwicklung forcierte Begrünung von Dächern und Fassaden die Innenräume von der Wärme isolieren.

Ziel

Volt will eine Wärme- und Kälteversorgung, die effizient, innovativ und umweltschonend ist. Eigentumsinhabende und Mietende sollen sichere und günstige Wärme aus lokaler Wertschöpfung zur Verfügung stehen.

Maßnahmen

- **Neue Wärmenetze bauen und bestehende verdichten**, da diese uns auf lokaler Ebene viel Flexibilität sowie durch Skaleneffekte Effizienz bieten und ohne weiteres Zutun von Eigentumsinhabenden und Vermietenden mit zukünftigen Innovationen betrieben werden können.
- **Im Sommer überschüssige Energie in Form von warmem Wasser speichern**. Erdspeicher gibt es nicht nur in Dänemark, sondern auch in Bracht (Rauschenberg). Wie in Bracht sollen Kommunen Genossenschaftsanteile, die Anschlussrechte ans Wärmenetz beinhalten, kaufen und dann mit Ihren Grundstücken weiterverkaufen.
- **Kalte Nahwärme (KNW) besonders fördern**, da sie im Sommer auch zur Kühlung verwendet werden kann. Wie in Bad-Nauheim wollen wir, dass Stadtwerke und die OVAG günstiges Eigenkapital über Bürgschaften zur Investition in Netz und Geräte in den angeschlossenen Häusern bekommen. Dadurch sparen Eigentumsinhabende Kosten und bekommen immer die richtige Temperatur als Dienstleistung. Des Weiteren sollen BEW geförderte Machbarkeitsstudien sowie die Fläche unter öffentlichem Eigentum für Erdkollektoren bereitgestellt und weitere Projekte aufbauend auf dem Projekt KNW-Plus der THM gefördert werden.
- Dass **öffentliche Gebäude** standardmäßig an Wärmenetze angeschlossen werden.
- **Unterstützung von Kommunen**, die noch nicht mit der kommunalen Wärmeplanung begonnen haben, sodass diese in Zusammenschlüssen (Konvois) bis 2027 ihre Wärmeplanung abschließen können.

Aus Effizienzgründen setzt Volt aktuell keinen Fokus auf Holz oder Wasserstoff als Wärmelösung.

Optimale Erzeugung

Klimaschutz • Innovation • Wirtschaftsförderung • Partizipation

Herausforderung

In Zukunft wird der Landkreis Gießen durch die Elektrifizierung von Wärme und Verkehr mehr Strom verbrauchen: Immer mehr elektrische Fahrzeuge und Wärmeerzeuger wie Großwärmepumpen, sowie viele Wärmepumpen für einzelne Haushalte.

Ziel

Volt will Gießen und den Landkreis unabhängiger vom Strompreis der Börse machen und möglichst viel Energie lokal erzeugen und nutzen.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- Dass möglichst **viele Flächen für Wind- und Solarenergie** zur Verfügung stehen. Die Kommune sollte Flächen bereitstellen (z. B. Vorranggebiete & Agri-PV in Bebauungsplan), Netzanschlusskapazitäten für PV-Vorranggebiete, Dächer von öffentlichen Gebäuden selbst nutzen oder verpachten, und auch vertikale Flächen wie beispielsweise Lärmschutzwände für PV-Anlagen freigeben – selbst Fahrrad- und Gehwege sind Flächen, die für Photovoltaik genutzt werden können.
- Dass die Bürgerschaft ein **Vorkaufsrecht** an Anteilen der erneuerbaren Energie-Projekte haben und hessische Förderung von Energiegenossenschaften ausgeschöpft werden
- **Mieterstrom:** Dass mehr Mietende Strom vom eigenen Dach beziehen können. Projekte ähnlich dem "FlexQuatier" auf der Philosophenhöhe/Weserstraße sollen umgesetzt werden.
- **Netzentgelte reduzieren** für die Nutzung von lokal erzeugtem Strom, da dieser auch weniger Last auf das Stromnetz verursacht.

Innovativer Energieverbrauch

Klimaschutz • Innovation • Digitalisierung • Finanzpolitik

Herausforderung

Der Landkreis Gießen hat grundsätzlich die gleiche Situation wie in ganz Deutschland, dass Stromzähler weitestgehend nicht digitalisiert sind und Verbräuche nicht alle Viertelstunde online übertragen werden können. Neben dem Ausbau von Speichern und Stromerzeugern, die auf wenig Wind und Sonne optimiert sind, ist der dynamische

Verbrauch ein besonderes Mittel, um erneuerbare Energien optimal zu nutzen und sich unabhängig von fossilen Brennstoffen zu machen.

Ziel

Volt will, dass der gesamte Landkreis Gießen der Stabilität des Netzes dienen (Netzdienlichkeit) und die erneuerbare Stromerzeugung möglichst wenig heruntergeregt werden muss.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- Die **Hürden zum Umstieg auf dynamische Stromtarife nehmen**, indem die Kosten der Anschaffung und Installation von intelligenten Messsystemen (iMSys) übernommen werden. iMSys beinhalten nicht nur einen digitalen Stromzähler, sondern auch ein Kommunikationsmodul. Durch die Anschaffung vieler iMSys Systeme können diese vergünstigt gekauft werden.
- **Verbraucher netzdienlich steuern**, um so Spitzen im Netz zu regulieren und den Strompreis für Verbrauchende zu senken. Dazu sollen iMSys Geräte proaktiv Kunden angeboten werden, die eine steuerbare Einrichtung (z. B. Wallbox zum Laden des Autos oder eine Wärmepumpe) anmelden.
- **Förderung von Stromspeichern und bidirektionalen Wallboxen**, um bei Dunkelflauten in Zukunft mehr Stromreserven zu haben.

Biodiversität

Naturschutz · Artenvielfalt · Biodiversität · Klimaanpassung · Ökosysteme

Biodiversität ist eine zentrale Grundlage für stabile Ökosysteme, eine lebenswerte Umwelt und eine nachhaltige Entwicklung im Landkreis Gießen. Die Vielfalt von Kulturlandschaften, Wäldern, Gewässern und offenen Räumen bietet große Chancen für den Erhalt und die Wiederherstellung von Lebensräumen. Gleichzeitig erfordert der fortschreitende Artenrückgang ein koordiniertes und langfristiges Handeln über Gemeindegrenzen hinweg. Volt setzt sich dafür ein, den Schutz der biologischen Vielfalt im Landkreis strategisch zu steuern, kommunale Akteure zu unterstützen und Biodiversität als festen Bestandteil von Planung, Nutzung und Pflege zu etablieren.

Biodiversitätsstrategie, Steuerung und Monitoring

Biodiversität · Strategie · Monitoring · Koordination · Artenschutz

Herausforderung

Der Rückgang der biologischen Vielfalt stellt den Landkreis Gießen vor große Herausforderungen. Unterschiedliche Landschaftsräume, kommunale Zuständigkeiten und Nutzungsformen erschweren ein koordiniertes Vorgehen. Es fehlt eine landkreisweit einheitliche strategische Grundlage.

Ziel

Entwicklung einer Biodiversitätsstrategie bis 2028 als verbindliche Grundlage für kreiseigene Planungen und fachliche Unterstützung für Kommunen. Regelmäßiges Monitoring ausgewählter Indikatorarten ermöglicht Erfolgskontrolle.

Maßnahmen

- **Strategie entwickeln:** Landkreisweite Biodiversitätsstrategie auf Basis hessischer Strategie mit konkreten Zielen (z. B. 15% mehr Blühflächen, 20% Naturwaldflächen auf kreiseigenen Flächen).
- **Monitoring aufbauen:** Landkreisweites Monitoring von Indikatorarten (Feldlerche, Tagfalter, Amphibien) mit jährlicher Berichterstattung in Kooperation mit NABU, BUND und JLU Gießen.
- **Invasive Arten:** Unterstützung des Bundes-Monitoring durch lokale Meldungen (keine eigenständige Erfassung).
- **Koordinierungsstelle:** 0,5 Vollzeitstellen zur Beratung von Gemeinden und Umsetzung der Strategie.

Best Practices

- **Landkreis Marburg-Biedenkopf:** Biodiversitätsstrategie seit 2019, Monitoring von 15 Arten
- **Bodenseekreis:** Monitoring mit Bürgerbeteiligung ("Citizen Science")

Landwirtschaft und Kulturlandschaft

Landwirtschaft · Pachtflächen · Ökologische Kriterien · Kulturlandschaft · Blühflächen

Herausforderung

Flächenzusammenlegung und intensive Bewirtschaftung haben zu deutlichem Rückgang der Biodiversität geführt. Landwirtschaftliche Betriebe stehen unter wirtschaftlichem Druck.

Ziel

Volt will kreiseigene Flächen als Vorbild für biodiversitätsfreundliche Bewirtschaftung. Bis 2031 erfüllen 50% der verpachteten Kreisflächen ökologische Standards. Gleichzeitig Beratung und Förderung für Landwirte.

Maßnahmen

- **Festlegung verbindlicher ökologischer Kriterien** für die Verpachtung landkreiseigener landwirtschaftlicher Flächen
- **Nutzung von Pachtverträgen als Steuerungsinstrument** zur Förderung biodiversitätsfreundlicher Bewirtschaftungsformen
- **Förderung und dauerhafte Sicherung von Strukturelementen** wie Ackerrandstreifen, Hecken, Feldgehölzen und Blühflächen im Kreisgebiet

Wälder und Forstwirtschaft

Forstwirtschaft · Kreiseigene Wälder · Mischwälder · Totholz · Beratung

Herausforderung

Wälder sind durch Klimawandel, Trockenheit und Schädlinge belastet. Strukturelle Vereinfachung hat ökologische Stabilität geschwächt. Der Landkreis besitzt ca. 1.200 ha Wald (5-8% der Waldfläche) und kann hier vorbildlich handeln.

Ziel

Volt will naturnahe Bewirtschaftung kreiseigener Wälder und Beratung privater Waldbesitzer. Bis 2031 erfüllen 100% der kreiseigenen Waldflächen ökologische Standards

Maßnahmen

- **Naturnahe Bewirtschaftung:** Erhöhung Baumartenvielfalt, Förderung standortgerechter Mischwälder **auf kreiseigenen Flächen** (ca. 1.200 ha). Schutz von Biotoptümmlern und alten Beständen.
- **Totholz-Programm:** Steigerung auf mind. 20% **in kreiseigenen Wäldern**. Keine Entnahme außer bei Verkehrssicherung.
- **Naturwaldflächen:** 10% der kreiseigenen Flächen (ca. 120 ha) ohne forstliche Nutzung.
- **Strukturreiche Waldsäume:** Entwicklung **auf kreiseigenen Flächen**.
- **Beratung Privatwaldbesitzer:** Kostenlose Beratung zur ökologischen Optimierung (mit Forstamt Hessen), Vermittlung von Fördermitteln.

Best Practices

- Stadtwald Frankfurt: 10% Naturwaldflächen, 25% Totholz
- Landkreis Starnberg: Beratungsprogramm für Privatwaldbesitzer, 200 Teilnehmer

Gewässerschutz und Renaturierung

Gewässerschutz · Koordination · Beratung · Land Hessen · Gemeinden

Herausforderung

Viele Gewässerabschnitte sind durch Begradigungen und Nährstoffeinträge beeinträchtigt. Gewässerschutz ist primär Aufgabe der Gemeinden (Gewässer 2. Ordnung) und des Landes (Gewässer 1. Ordnung).

Ziel

Koordination von Gewässerschutz über Gemeindegrenzen, Unterstützung von Gemeinden bei Renaturierung. Bis 2031 kreisweites Gewässerschutzkonzept und 3 interkommunale Projekte.

Maßnahmen

- Koordinierung in Abstimmung mit 18 Gemeinden und Land Hessen. **Identifikation prioritärer Abschnitte**, Vermittlung von Fördermitteln.
- **Beratung und Förderung von Gemeinden** bei Planung (mind. 5m breit). Unterstützung bei ELER/LEADER-Anträgen.
- Advocacy gegenüber Land Hessen für Verbesserung bei Landes-Querbauwerken.
- Berücksichtigung bei **kreisweiten Hochwasser-/Starkregen-Planungen**.

Best Practices

- Landkreis Marburg-Biedenkopf: Gewässerschutzkonzept seit 2015, 8 interkommunale Projekte
- Bodenseekreis: Beratung zu Gewässerrandstreifen, 50 km umgesetzt

Biotopverbund und Vernetzung

Biotopverbund · Vernetzung · Korridore · Interkommunale Zusammenarbeit

Herausforderung

Verlust biologischer Vielfalt auch durch Zerschneidung. Verkehrswege und Siedlungsentwicklung unterbrechen Wanderbewegungen. Viele Biotope nicht ausreichend vernetzt, besonders über Gemeindegrenzen.

Ziel

Biotopverbundkonzept bis 2028, bis 2031 mindestens 3 überregionale Korridore. Lebensräume kreisweit vernetzen, ökologische Durchgängigkeit verbessern.

Maßnahmen

- **Landkreisweites Konzept in Abstimmung mit Kommunen.** Identifikation prioritärer Korridore (z. B. Lahn, Wieseck, Waldverbindungen).
- **Bestehende Biotope** durch Hecken, Trittssteinbiotope **vernetzen**. Förderung von Kommunen (LEADER, ELER).
- Berücksichtigung bei kreisweiten Infrastruktur-Planungen. Verpflichtende Prüfung: "Wird Biotopverbund beeinträchtigt?"
- **Abstimmung mit Nachbar-Landkreisen** (Marburg-Biedenkopf, Vogelsberg, Wetterau, Lahn-Dill).

Grünflächen, Moore und weitere naturnahe Lebensräume

Grünflächen · Moore · Kreiseigene Liegenschaften · Entsiegelung · Beratung

Herausforderung

Grünflächen, Moore und Feuchtgebiete sind durch Entwässerung, Nutzungsintensivierung und Versiegelung gefährdet. Der Landkreis kann nur auf eigenen Liegenschaften direkt handeln.

Ziel

Biodiversitätsfördernde Standards auf kreiseigenen Liegenschaften, Unterstützung von Gemeinden bei Moorschutz. Bis 2031: 100% kreiseigene Grünflächen erfüllen Standards.

Maßnahmen

- **Naturnahe Grünflächen-Pflege** auf kreiseigenen Liegenschaften, keine Pestizide, heimische Wildblumen.
- **Beratung und Förderung von Gemeinden** bei Wiedervernässung (mit Land Hessen, Fachbehörden). Unterstützung bei Fördermitteln (ELER, LEADER).
- **Reduzierung bei kreiseigenen Bau-/Infrastrukturvorhaben** (Ziel: 50% weniger als gesetzlich zulässig). Förderung für Gemeinden.
- **Beratung und Förderung von Gemeinden/Eigentumsinhabenden** bei extensiven Formen. Vermittlung ELER-Agrarumweltmaßnahmen.

Best Practices

- Landkreis München: 200 km Straßenbegleitgrün nach ökologischen Standards
- Bodenseekreis: Wiedervernässung 5 Moore mit Gemeinden, 150 ha

Tierschutz

Tierschutz · Tierwohlfahrt · Kommunale Verantwortung · Prävention · Kontrolle

Der Umgang mit Tieren ist ein Spiegel unserer gesellschaftlichen Werte. Seit 2002 ist der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert (Art. 20a GG). Das Tierschutzgesetz verpflichtet uns, Tiere als Mitgeschöpfe zu respektieren und sie vor vermeidbaren Schmerzen, Leiden und Schäden zu schützen.

Tierschutz ist mehr als die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben – er ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auf allen politischen Ebenen konsequent umgesetzt werden muss. Der Landkreis Gießen trägt dabei eine zentrale Verantwortung: Das Veterinäramt ist die Vollzugsbehörde für das Tierschutzrecht, und viele Aufgaben wie die Förderung von Tierheimen, die Katzenschutzverordnung oder der Igelschutz können auf Kreisebene koordiniert und umgesetzt werden.

Bei Volt setzen wir uns für einen praxisnahen, wissenschaftlich fundierten und nachhaltigen Tierschutz ein. Wir wollen moderne Konzepte umsetzen, die in anderen Landkreisen bereits erfolgreich erprobt wurden, und die Zusammenarbeit zwischen Landkreis, Gemeinden und Tierschutzorganisationen stärken.

Durchsetzung und Stärkung des Tierschutzrechts

Tierschutz • Sicherheit • Verwaltungsmodernisierung

Herausforderung

Das Veterinäramt des Landkreises Gießen (Fachdienst 62 - Veterinärwesen und Verbraucherschutz) ist für die Einhaltung des Tierschutzrechts verantwortlich und kontrolliert gewerbliche sowie private Tierhaltungen. Trotz gesetzlicher Verpflichtungen kommt es immer wieder zu tierschutzwidrigen Zuständen, die oft erst durch Hinweise aus der Bürgerschaft bekannt werden. Die personellen und finanziellen Ressourcen des Veterinäramtes sind begrenzt, während der Kontrollbedarf stetig steigt.

Ziel

Stärkung der Durchsetzung bestehender Tierschutzgesetze durch Aufstockung der personellen und finanziellen Ressourcen des Veterinäramtes sowie systematische Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Veterinäramt, Ordnungsämtern der Gemeinden und Tierschutzorganisationen.

Maßnahmen

- **Personelle Aufstockung des Veterinäramtes** zur Intensivierung der Kontrollfrequenz in gewerblichen und landwirtschaftlichen Tierhaltungen
- **Etablierung eines systematischen Online-Meldesystems** für die Bürgerschaft zur Meldung tierschutzwidriger Zustände mit niedrigschwelligem Zugang (Online-Formular, telefonische Hotline)
- **Ausbau der präventiven Beratung von Tierhaltende** zur artgerechten Tierhaltung durch das Veterinäramt
- **Regelmäßige Fortbildungen für Veterinärfachkräfte** zu aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen in der artgerechten Tierhaltung
- **Einrichtung eines "Runden Tisches Tierschutz"** mit Vertreterinnen von Veterinäramt, Kreisausschuss, Gemeinden, Tierschutzvereinen und Tierärztinnen zur Verbesserung der Zusammenarbeit
- **Digitalisierung der Dokumentation von Tierschutzkontrollen** mit statistischer Auswertung für evidenzbasierte Maßnahmenplanung

Best Practices

- **Landkreis Kassel:** Systematisches Monitoring-System für Tierschutzverstöße mit digitaler Erfassung und statistischer Auswertung
- **Stadt Frankfurt:** "Runder Tisch Tierschutz" mit allen relevanten Akteuren zur Koordinierung von Maßnahmen (mehrere jährlich)
- **Landkreis München:** Zusätzliche Tierarzt-Stellen im Veterinäramt speziell für präventive Tierschutzberatung
- **Regierungspräsidium Gießen:** Obere Fachaufsicht mit Beratungsangeboten und Koordination

Finanzielle Unterstützung von Tierheimen und Tierschutzvereinen

Tierschutz • Finanzpolitik • Partizipation

Herausforderung

Tierheime übernehmen zentrale Aufgaben für den Landkreis: Aufnahme von Fundtieren, beschlagnahmten Tieren und streunend aufgefundenen Tieren. Sie leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag zum Tierschutz und zur öffentlichen Sicherheit. Gleichzeitig arbeiten die meisten Tierheime am Rande ihrer finanziellen und personellen Kapazitäten. Die Erstattung der Fundtierkosten durch die Gemeinden deckt oft nicht die tatsächlichen Kosten, und für Tierschutzvereine fehlen verlässliche Finanzierungsstrukturen.

Ziel

Sicherstellung einer nachhaltigen und kostendeckenden Finanzierung von Tierheimen und Tierschutzvereinen durch kreisweite Förderprogramme, Koordination der Fundtierfinanzierung und Investitionsförderung.

Maßnahmen

- **Einführung einer kreisweiten Fundtierpauschale** (z. B. 0,50 Euro pro Einwohnerin jährlich) als Ausgleich für Gemeinden, die keine eigenen Tierheime haben
- **Koordination zwischen Gemeinden und Tierheimen** zur Vereinheitlichung der Tagessätze auf kostendeckendem Niveau
- **Kreisweite Investitionsförderung** für bauliche Erweiterungen und Modernisierungen von Tierheim-Infrastruktur
- **Projektförderung für besondere Tierschutzmaßnahmen** (z. B. kreisweite Kastrationsaktionen für freilebende Katzen, Wildtier-Auffangstationen)
- **Langfristige Förderverträge mit Tierschutzvereinen** zur Planungssicherheit (Laufzeit mindestens 3 Jahre)
- **Förderung von Personalkosten** für sozialpädagogische Begleitung bei Tiervermittlung an sozial benachteiligte Tierhaltende
- **Jährliche Berichterstattung** über Fundtierzahlen, Kosten und Tierschutzmaßnahmen im Kreisausschuss

Best Practices

- **Landkreis Offenbach:** Kreisweite Koordination der Tierheimfinanzierung mit mehrjährigen Förderverträgen
- **Landkreis Marburg-Biedenkopf:** Systematische Investitionsförderung für Tierheim-Infrastruktur
- **Stadt Hanau:** Fundtierpauschale von 1 Euro pro Einwohnerin als Modell für kreisweite Regelung

- **Land Hessen (Corona-Soforthilfe):** Landesförderung von Tierschutzvereinen als Modell für krisensichere Förderung

Katzenschutzverordnung für den gesamten Landkreis

Tierschutz • Biodiversität • Verwaltungsmodernisierung

Herausforderung

In Deutschland leben schätzungsweise über 2 Millionen freilebende Katzen, die unter erheblichen Leiden aufgrund von Krankheiten, Parasitenbefall, Unterernährung und unkontrollierter Vermehrung leiden. Im Landkreis Gießen gibt es in vielen Gemeinden Populationen freilebender Katzen, die sich unkontrolliert vermehren. Ohne systematische Maßnahmen zur Populationskontrolle verschärft sich das Problem kontinuierlich. Eine kreisweite Regelung würde alle Gemeinden einbeziehen und das Problem flächendeckend angehen.

Ziel

Einführung einer kreisweiten Katzenschutzverordnung für den gesamten Landkreis Gießen auf Grundlage der Hessischen Ermächtigungsverordnung von 2015 und § 13b TierSchG, um das Leiden freilebender Katzen zu reduzieren und die Population tierschutzhgerecht zu kontrollieren. Die Verordnung soll schrittweise eingeführt und nach mehreren Jahren evaluiert werden.

Maßnahmen

- **Phase 1 (Jahre 1-2):** Einführung der Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für alle frei laufenden Katzen im gesamten Kreisgebiet (mittels Mikrochip und Registrierung in zentraler Datenbank wie TASSO oder FINDEFIX)
- **Phase 2 (ab Jahr 3, nach Evaluierung):** Verpflichtung zur Kastration/Sterilisation aller frei laufenden, fortpflanzungsfähigen Katzen ab einem Alter von 5 Monaten
- **Ausnahmen:** Katzen in kontrollierter Zucht, Katzen ohne Freigang, medizinisch begründete Ausnahmen
- **Kreisweite Öffentlichkeitskampagne** zur Aufklärung über Sinn und Zweck der Verordnung in Zusammenarbeit mit allen Gemeinden
- **Kreisweite Finanzierung** von Kastrationsgutscheinen für einkommensschwache Katzenhaltende (über Sozialämter der Gemeinden)
- **Unterstützung von Tierschutzvereinen** bei kreisweiten Kastrationsaktion freilebender Katzen (Trap-Neuter-Return-Programme)
- **Etablierung eines Kontroll- und Vollzugssystems** in Kooperation mit Ordnungsämtern der Gemeinden und Veterinäramt
- **Befristung der Verordnung auf 5 Jahre** mit verpflichtender Evaluierung

Best Practices

- **Über 120 hessische Kommunen (Stand Juli 2025)**, darunter mehrere Landkreise, haben bereits Katzenschutzverordnungen erlassen
- **Kreis Paderborn**: Kreisweite Katzenschutzverordnung seit 2019 mit stufenweiser Einführung (erst Kennzeichnung, dann Kastration nach Evaluierung) – Modell für pragmatische Umsetzung
- **Landkreis Rüsselsheim**: Kreisweite Verordnung mit Kastrationsgutscheinen für einkommensschwache Tierhaltende
- **Bundesweite Erfahrungen**: Nach 5-7 Jahren deutlicher Rückgang freilebender Katzenpopulationen und Entlastung der Tierheime

Igelschutz und Regulierung von Mährobotern im gesamten Kreisgebiet

Tierschutz • Biodiversität • Innovation

Herausforderung

Igel sind in Deutschland besonders geschützte Tiere nach Bundesartenschutzverordnung. Dennoch sterben jährlich tausende Igel durch Mähroboter, die in der Dämmerung und nachts eingesetzt werden – genau in der Hauptaktivitätszeit der nachtaktiven Tiere. Zudem leiden Igel unter zunehmender Versiegelung, Fragmentierung von Lebensräumen und fehlenden Durchgängen in Zäunen. Eine kreisweite Regelung würde alle Gemeinden einbeziehen und den Igelschutz flächendeckend verbessern.

Ziel

Schutz der Igelpopulation im gesamten Landkreis Gießen durch kreisweite Regulierung von Mährobotern in den Aktivitätszeiten, Förderung igelfreundlicher Gärten und Schaffung von Durchgängen in Zäunen und Mauern.

Maßnahmen

- **Erlass einer kreisweiten Allgemeinverfügung** zum Betriebsverbot für Mähroboter von einer halben Stunde vor Sonnenuntergang bis eine halbe Stunde nach Sonnenaufgang (angelehnt an Kreis Viersen)
- Kreisweite Öffentlichkeitskampagne "**Landkreis Gießen wird igelfreundlich**" mit Beratungsangeboten zu naturnahen Gärten, Laub- und Reisighaufen als Überwinterungsquartiere und Vermeidung von Schädlingsbekämpfungsmitteln
- **Bereitstellung kostenloser Beratung** durch Untere Naturschutzbehörde des Landkreises zur igelfreundlichen Gartengestaltung
- **Förderung von "Igeldurchlässen"** (mind. 13 x 13 cm) in Zäunen und Mauern bei Neubauten und Sanierungen als empfohlener Standard
- **Kommunale Vorbildfunktion**: Naturnahe Gestaltung öffentlicher Grünflächen aller Gemeinden mit Totholz, Laub und heimischen Sträuchern

- **Kooperation mit Naturschutzverbänden** (NABU, BUND) zur Durchführung kreisweiter Informationsveranstaltungen und Gartenberatungen
- **Koordination mit Gemeinden** zur einheitlichen Umsetzung und Kommunikation der Regelungen

Best Practices

- **Kreis Viersen:** Kreisweite Allgemeinverfügung seit 2024 zum Mähroboterverbot in Nachtzeiten, hohes Medienecho und Akzeptanz in der Bevölkerung
- **Stadt Köln:** Umfassende Kampagne "Köln wird igelfreundlich" als Vorbild für kreisweite Kampagne
- **Stadt Beckum:** Öffentlichkeitskampagne mit Igelschutz-Siegel für besonders igelfreundliche Gärten
- **Landkreis Marburg-Biedenkopf:** Kreisweite Koordination von Igelschutzmaßnahmen mit Naturschutzverbänden

Wildtier- und Vogelschutz im Kreisgebiet

Tierschutz • Biodiversität • Sicherheit

Herausforderung

Gebäudebrütende Vogelarten wie Mauersegler, Mehlschwalben, Spatzen und Fledermäuse verlieren zunehmend ihre Nistplätze durch Gebäudesanierungen, Abriss alter Gebäude und moderne, fugendichte Bauweisen. Gleichzeitig sind viele dieser Arten nach Bundesnaturschutzgesetz besonders oder streng geschützt. Die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises ist für den Artenschutz in den kreisangehörigen Gemeinden zuständig. Es fehlt oft an einer konsequenten Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen und an proaktiver Schaffung von Ersatzquartieren.

Ziel

Erhalt und Schaffung von Nist- und Quartierplätzen für gebäudebrütende Vogelarten und Fledermäuse im gesamten Kreisgebiet durch systematische Integration in Bauvorhaben, Sanierungen und Neubauten sowie durch Koordination und Beratung der Unteren Naturschutzbehörde.

Maßnahmen

- **Kreisweite Beratung** durch Untere Naturschutzbehörde **bei allen Sanierungs- und Abbruchvorhaben** in kreisangehörigen Gemeinden zur artenschutzrechtlichen Prüfung
- Empfehlung einer Ausgleichsquote an Gemeinden und Baugenehmigungsbehörden: **Für jeden verlorengehenden Nistplatz Schaffung von mindestens zwei neuen künstlichen Nisthilfen**

- **Integration von Nist- und Quartierhilfen** in alle kreiseigenen Gebäude bei Neubauten und Sanierungen als Vorbildfunktion
- **Förderung von Nisthilfen** durch Zuschüsse an Gemeinden, Vereine und private Bauvorhaben
- **Aufbau eines kreisweiten Nistkasten-Katasters** zur Erfassung vorhandener und neu geschaffener Nist- und Quartierplätze in Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden
- Kooperation mit Naturschutzverbänden bei **Anbringung und Pflege von Nisthilfen** im gesamten Kreisgebiet
- Kreisweite Öffentlichkeitskampagne "**Landkreis Gießen für Gebäudebrüter**" mit Informationsmaterialien zu gebäudebrütenden Arten und Fördermöglichkeiten
- **Schulungen für Mitarbeitende** der Baugenehmigungsbehörden der Gemeinden zu Artenschutz bei Bauvorhaben

Best Practices

- **Landkreis Marburg-Biedenkopf:** Kreisweite Koordination von Artenschutzmaßnahmen durch Untere Naturschutzbehörde mit Beratungsangeboten für Gemeinden
- **Stadt Bensheim:** Ausgleichsquote "zwei neue Nester für jedes verlorene" bei Sanierungen als Modell für kreisweite Empfehlung
- **Regierungspräsidium Gießen:** Obere Naturschutzbehörde mit praktischer Unterstützung und Beratung bei Fledermausschutz und Winterquartieren
- **Landkreis Offenbach:** Kreisweites Nistkasten-Kataster in Zusammenarbeit mit NABU und BUND

Pestizidfreie kommunale Grünflächen im Kreisgebiet

Tierschutz • Biodiversität • Gesundheit • Klimaschutz

Herausforderung

Pestizide und Herbizide auf öffentlichen Grünflächen belasten Insekten, Vögel, Kleinsäuger und Bodenleben und tragen zum dramatischen Artenschwund bei. Besonders Glyphosat ist als wahrscheinlich krebserregend eingestuft und gefährdet Gewässer und Grundwasser. Obwohl über 550 Kommunen in Deutschland bereits pestizidfrei arbeiten, fehlt es in vielen Gemeinden des Landkreises an systematischem Verzicht und an alternativen, ökologischen Pflegekonzepten. Der Landkreis kann hier koordinierend wirken und Vorbild sein.

Ziel

Vollständiger Verzicht auf chemisch-synthetische Pestizide, Herbizide und Biozide auf allen kreiseigenen Grünflächen, Liegenschaften und Friedhöfen sowie Unterstützung der Gemeinden beim Umstieg auf pestizidfreie Grünflächenpflege.

Maßnahmen

- **Beschluss** des Kreistages zum **vollständigen Pestizidverzicht** auf allen **kreiseigenen Flächen** ab dem Jahr 2026
- **Koordination und Beratung** der kreisangehörigen Gemeinden beim **Umstieg auf pestizidfreie Grünflächenpflege** durch Umwelt- und Naturschutzabteilung des Kreises
- **Umstellung** der Grünflächenpflege auf kreiseigenen Flächen auf **mechanische und thermische Wildkrautbekämpfung**
- Einsatz von Bodendeckern, Rindenmulch und mehrjährigen Stauden statt Herbiziden zur **Unkrautunterdrückung**
- **Förderung von Wildblumenwiesen** und naturnaher Gestaltung als Alternative zu intensiv gepflegten Rasenflächen
- **Kreisweite Fortbildungen** für den Gartenbau der Gemeinden in alternativen, **pestizidfreien Pflegemethoden**
- Empfehlung an Gemeinden zur Integration von **Pestizidverzicht in Pachtverträge** für landwirtschaftliche Flächen
- Beitritt des Landkreises zum Bündnis "**Pestizidfreie Kommune**" des Umweltinstituts München zur Vernetzung
- Kreisweite **Öffentlichkeitskampagne zur Förderung pestizidfreier Gärten** bei Privatpersonen mit Beratungsangeboten

Best Practices

- Über 550 deutsche Kommunen (u.a. München, Leipzig, Dresden, Hannover, Tübingen) bewirtschaften Grünflächen bereits komplett pestizidfrei
- **Landkreis Marburg-Biedenkopf:** Kreisweite Koordination des Pestizidverzichts mit Fortbildungssangeboten für Gemeinden
- **Stadt Tübingen:** Seit 2017 pestizidfrei, Kombination von mechanischer Wildkrautbekämpfung und naturnaher Gestaltung, keine Mehrkosten
- **Stadt Heidelberg:** Integration von Pestizidverzicht in alle Pachtverträge für landwirtschaftliche Flächen als Modell für kreisweite Empfehlung

Der Landkreis Gießen hat als Träger des Veterinäramtes und als Koordinator zwischen den Gemeinden eine zentrale Rolle im Tierschutz. Die hier vorgestellten Maßnahmen sind konkret, umsetzbar und wissenschaftlich fundiert. Sie orientieren sich an Best Practices aus anderen Landkreisen und respektieren die rechtlichen Zuständigkeiten. Volt im Landkreis Gießen setzt sich dafür ein, dass Tierschutz nicht nur als gesetzliche Verpflichtung, sondern als ethisches Anliegen verstanden und umgesetzt wird – zum Wohle der Tiere und als Beitrag zu einer respektvollen und nachhaltigen Gesellschaft.

ERZIEHUNG, BILDUNG & GESUNDHEIT

Kindertagespflege: Familiennah und professionell

Bildungsgerechtigkeit · Fachkräfte · Qualität · Familienfreundlichkeit · Flexibilität

Herausforderung

Der Landkreis Gießen ist als Träger der öffentlichen Jugendhilfe direkt für die Kindertagespflege zuständig. Angesichts des massiven Fachkräftemangels in Kitas (über 10.000 fehlende Erziehende in Hessen) ist die Kindertagespflege eine Schlüssellösung – besonders für Kinder unter drei Jahren. Aktuell fehlt es jedoch an der Attraktivität des Berufs: Die finanzielle Absicherung bei Krankheit ist unzureichend, Versicherungen müssen teils selbst getragen werden und die digitale Vermittlung für Eltern steckt noch in den Kinderschuhen. Zudem arbeiten Tagesmütter und -väter oft isoliert ohne ein starkes fachliches Netzwerk.

Ziel

Volt will die Kindertagespflege im Landkreis als gleichwertiges, hochprofessionelles Betreuungsangebot etablieren. Wir streben eine deutliche Erhöhung des Personalschlüssels an, indem wir die wirtschaftliche Sicherheit verbessern und die Vermittlung radikal vereinfachen. Ziel ist es, dass bis 2030 jede der 18 Gemeinden über ein bedarfsgerechtes Netz an qualifizierten Kindertagespflegepersonen verfügt.

Maßnahmen

- **Fachberatung ausbauen:** Aufstockung der Fachberatungsstelle um 1,5 Vollzeitstellen (VZÄ), um dezentrale Sprechstunden in allen Gemeinden und ein Mentoring-Programm für Berufseinsteigende anzubieten.
- **Soziale Absicherung:** Einrichtung eines Ersatz-Fonds, der Ausfallzahlungen bei Krankheit der Tagespflegeperson für bis zu fünf Wochen pro Jahr garantiert.
- **Digitale Vermittlungsplattform:** Aufbau eines Online-Portals nach Vorbild moderner Matching-Plattformen, auf dem Eltern tagesaktuelle Verfügbarkeiten, Profile und Schwerpunkte einsehen können.
- **Qualität und Inklusion:** Kostenlose Fortbildungen (mind. 20 Stunden/Jahr) und gezielte Zuschläge für inklusive Betreuung, um Kindern mit Behinderungen den Zugang zu kleinen, stabilen Gruppen zu erleichtern.
- **Nachwuchskampagne:** Start einer professionellen Werbeoffensive zur Gewinnung von Quereinsteigenden und schnellere Anerkennung von EU-Qualifikationen.

Best Practices

- **Landkreis Fulda & Offenbach:** Diese Kreise zeigen durch professionelle Kampagnen und eine umfassende Übernahme von Sozialversicherungsbeiträgen, wie die Zahl der Tagespflegepersonen nachhaltig gesteigert werden kann.
- **Kreis Bergstraße:** Vorbildliche Vernetzung der Tagespflegepersonen durch regelmäßige Supervision und strukturierte Netzwerk-Treffen zur Vermeidung von Isolation.

Gerechte Beiträge und moderne Arbeitswelten

Soziale Gerechtigkeit · Bildungsgerechtigkeit · Fachkräfte · Teilhabe · Transparenz

Herausforderung

Die aktuelle Satzung des Landkreises sieht eine pauschale Gebühr von 1,95 €/Stunde vor. Dies belastet Geringverdiener überproportional (bis zu 7 % des Einkommens), während die Kosten für Gutverdiener kaum ins Gewicht fallen. Zudem scheitert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oft an starren Betreuungszeiten. Viele Eltern im Landkreis – etwa in der Pflege, im Handwerk oder im Einzelhandel – arbeiten zu atypischen Zeiten (früh morgens, spät abends oder am Wochenende), die durch klassische Kitas nicht abgedeckt werden können.

Ziel

Volt will eine Kindertagespflege, die sich an der Lebensrealität der Familien orientiert. Wir fordern eine sozial gerechte Beitragsstaffelung nach Einkommen sowie den Ausbau flexibler Betreuungsmodelle. Kein Kind darf aufgrund der finanziellen Situation der Eltern von Bildung ausgeschlossen werden, und kein Job sollte an fehlenden Randzeiten-Betreuungen scheitern.

Maßnahmen

- **Soziale Beitragsstaffelung:** Ersetzung der Pauschalgebühr durch eine einkommensabhängige Tabelle. Familien mit geringem Einkommen (unter 12.000 €/Jahr) werden komplett befreit, während einkommensstarke Haushalte einen fairen Höchstbeitrag leisten.
- **Geschwister- und Sozialrabatte:** Automatische Beitragsreduzierungen für Alleinerziehende (-25 %), Mehrkindfamilien und Auszubildende.
- **Automatisierte Kostenübernahme:** Wegfall bürokratischer Hürden für Sozialleistungsempfänger durch einfache Kopie des Leistungsbescheids (Anlehnung an das Modell des Hochtaunuskreises).
- **Zuschläge für Randzeiten:** Einführung von Zeitzuschlägen für Tagespflegepersonen (z. B. +20 % für Frühbetreuung ab 5:30 Uhr, +50 % für Wochenendarbeit), um Anreize für flexible Angebote zu schaffen.

- **Pilotprojekt „Flex-Betreuung“:** Förderung spezialisierter „Flex-Tageseltern“, die Platz-Sharing-Modelle anbieten und gezielt Eltern in Schichtarbeit unterstützen.
- **Qualitätssicherung bei Nachtbetreuung:** Festlegung klarer pädagogischer Standards für Übernachtungsbetreuungen (ab 2 Jahren) inklusive Supervision zur Burnout-Prävention der Fachkräfte.

Best Practices

- **Stadt Köln & Duisburg:** Erfolgreiche Modelle für einkommensgerechte Beitragsstaffelung, die soziale Härten abfedern.
- **Brandenburg:** Vorreiter bei der Übernachtungsbetreuung für Schichtarbeiter durch spezialisierte Tagespflegepersonen.
- **Bayern:** Umfassende Flexibilitätsangebote mit klaren Zeitzuschlägen, die den Beruf der Tagesmutter/des Tagesvaters auch zu Randzeiten finanziell attraktiv machen.

Schulentwicklung und Bildungsgerechtigkeit

Bildung • Soziale Gerechtigkeit • Innovation • Digitalisierung

Herausforderung

Der Landkreis Gießen ist als Schulträger für die weiterführenden Schulen (Gymnasien, Real-, Haupt- und Berufsschulen) sowie die Schulentwicklungsplanung verantwortlich. Während die Grundschulen in der Trägerschaft der Gemeinden liegen, muss der Landkreis sicherstellen, dass die Übergänge zwischen den Schulformen fließend und die Gebäude sowie die digitale Ausstattung der Kreis-Schulen modernsten Standards entsprechen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der sozialen Durchlässigkeit und der Unterstützung von Familien in belasteten Lebenslagen.

Ziel

Volt will eine zukunftsorientierte Bildungslandschaft im Landkreis Gießen gestalten, die Chancengerechtigkeit unabhängig von der sozialen Herkunft garantiert. Wir setzen auf moderne Kreis-Schulen und eine enge Abstimmung mit den Gemeinden, um eine durchgängige Bildungsbiografie von der Einschulung bis zum Berufseinstieg zu ermöglichen.

Maßnahmen

- **Schulentwicklungsplanung stärken:** Kontinuierliche Anpassung der Kapazitäten an den weiterführenden Schulen des Kreises, um lange Schulwege zu vermeiden und kleinere Klassen zu ermöglichen.
- **Suchtprävention an Kreis-Schulen:** Aufstockung des Personals um eine Vollzeitstelle (VZÄ) für gezielte Präventionsarbeit an Gymnasien, Real- und Berufsschulen.

- **Digitale Exzellenz:** Flächendeckende Ausstattung aller Schulen in Kreisträgerschaft mit Gigabit-Anschlüssen und moderner IT-Infrastruktur.
- **Kooperation mit Gemeinden:** Enge Abstimmung mit den 18 Kommunen bei der Planung von Betreuungsangeboten an den Übergängen zwischen Grund- und weiterführenden Schulen.

Fachkräftebindung: Die Ausländerbehörde als Willkommensbehörde

Integration · Fachkräfte · Serviceorientierung · Wirtschaft · Willkommenskultur

Herausforderung

Rund 12–15 % der Studierenden an der JLU Gießen sind internationale Talente. Trotz ihrer Integration verlassen viele die Region nach dem Abschluss aufgrund administrativer Hürden. Die Ausländerbehörde des Landkreises steht vor der Herausforderung, den Wechsel vom Studium in den Beruf effizienter zu gestalten; derzeitige Wartezeiten bremsen den lokalen Arbeitsmarkt aus.

Ziel

Gießen soll zum Vorzeigestandort für internationale Fachkräfte werden. Bis 2031 streben wir eine Verbleibsquote von 70 % an. Die Bearbeitungszeit für Aufenthaltstitel beim Berufseinstieg soll auf maximal vier Wochen gesenkt werden.

Maßnahmen

- **Personaloffensive:** Aufstockung der Ausländerbehörde um 2–3 spezialisierte Vollzeitstellen für das „beschleunigte Fachkräfteverfahren“ (§ 81a AufenthG).
- **Digitale Antragsstrecke:** Einführung einer vollständig digitalen Dokumentenprüfung zur Fristwahrung und Entlastung der Sachbearbeitung.
- **Hochschul-Sprechstunden:** Etablierung regelmäßiger Beratungstermine direkt an der JLU, um Visa-Fragen vor dem Abschluss zu klären.
- **Welcome Center Fachkräfte:** Schaffung einer zentralen Koordinierungsstelle bei der Kreis-Wirtschaftsförderung in Kooperation mit IHK und HWK, um Absolvent:innen gezielt in kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im ländlichen Raum zu vermitteln.

Integration und lebenslanges Lernen (VHS)

Integration & Diversität • Bildung • Soziale Gerechtigkeit • Generationengerechtigkeit

Herausforderung

Die Volkshochschule (VHS) des Landkreises Gießen ist der zentrale Akteur für außerschulische Bildung und Integration. Aktuell sind Kursangebote oft hürdenreich (z. B. nicht online buchbar) und Menschen ohne formellen Anspruch auf Integrationskurse fallen durch das Raster. Integration gelingt nur, wenn Sprachförderung flächendeckend in allen 18 Gemeinden zugänglich ist.

Ziel

Strukturelle Förderung von hochwertigen, niedrigschwlligen Deutsch- und Alphabetisierungskursen für alle Zielgruppen über die Kreis-VHS. Barrieren abbauen und die Integration in den Arbeitsmarkt im gesamten Kreisgebiet beschleunigen.

Maßnahmen

- **Digitalisierung der VHS:** Umstellung auf ein modernes Online-Buchungssystem für alle Integrations- und Sprachkurse im Landkreis.
- **Niedrigschwellige Deutschförderung:** Ausbau kostenloser Deutschkurse für Menschen ohne finanziellen Förderanspruch, koordiniert durch die VHS in Zusammenarbeit mit lokalen Vereinen in allen 18 Gemeinden.
- **Kurse mit Kinderbetreuung:** Förderung von Sprachkursangeboten, die eine parallele Kinderbetreuung ermöglichen, um insbesondere Eltern die Teilnahme zu erleichtern.
- **JLU-Kooperation:** Zusammenarbeit mit dem Studiengang „Deutsch als Zweitsprache“ der JLU; Studierende sollen als assistierende Lehrkräfte (ehrenamtlich oder vergütet) die Kursqualität steigern und Praxiserfahrung sammeln.
- **Familienzentren stärken:** Unterstützung der Familienzentren im Kreis als integrative Anlaufstellen für Bildung und interkulturelle Projekte.

Best Practices

- **Offenbach:** Erfolgreiche Umsetzung wohnortnaher Sprachförderung für alle Generationen.
- **Schleswig-Holstein:** Vorbildliche Digitalisierungsstrategien für Bildungsangebote und Verwaltungsabläufe.
- **Lahn-Dill-Kreis:** Das "Haus der Prävention" als zentrales Modell für vernetzte Bildungs- und Sicherheitsarbeit.

Sportförderung

Gesundheit • Generationengerechtigkeit • Partizipation • Integration & Diversität

Herausforderung

Die Sportvereine im Landkreis Gießen kämpfen mit sinkenden Mitgliederzahlen sowie begrenzten personellen – hauptamtlichen und ehrenamtlichen – und finanziellen Ressourcen. Sportstätten sind nicht überall ausreichend verfügbar, Sanierung und Instandhaltung sind kostenintensiv. Gleichzeitig fehlt Nachwuchs sowohl bei den Mitgliedern als auch bei (ehrenamtlichen) Übungsleitungen. Neben der Bereitstellung von Bewegungsangeboten für die breite Bevölkerung legen die lokalen Sportvereine den Grundstein für einen lebendigen Leistungssport in Deutschland. Aufgrund der fehlenden Kapazitäten können sie dieser Aufgabe nur bedingt gerecht werden. Jenseits der Vereinsstrukturen sind öffentlich zugängliche Bewegungsangebote und Sportstätten der Kommunen mit intensiven Instandhaltungs- oder Erschließungskosten verbunden.

Ziel

Volt stärkt im Landkreis Gießen den Breitensport und das Vereinsleben als zentrale Säulen des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sportvereine sollen vor Ort gezielt unterstützt und durch verbindliche Kooperationen mit Kommunen und Bildungsinstitutionen nachhaltig gestärkt werden.

Die Vielfalt der Sportangebote im Landkreis soll erhalten und weiterentwickelt werden, auch in kleineren Gemeinden und für weniger verbreitete Sportarten. Barrierefreiheit, Inklusion und soziale Teilhabe sind feste Bestandteile der Sportförderung im Landkreis.

Sportvereine werden als Grundlage des Leistungs- und Nachwuchssports in der Region Gießen anerkannt und entsprechend gefördert. Gleichzeitig setzt sich Volt für die gezielte Förderung des ehrenamtlichen Engagements von Kindern und Jugendlichen ein, um den organisierten Sport langfristig zu sichern.

Maßnahmen

- **Verbesserung des Informations- und Austauschsystems** für Förder- und Organisationsfragen und eine **Förderung der Zusammenarbeit** zwischen Vereinen, Kreisverwaltung und Politik zur Sportentwicklung.
- **Förderung barrierefreier, inklusiver Sportangebote**, um Menschen mit Behinderung und anderen benachteiligten Gruppen gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.
- **Förderung digitaler Anwendungen** zur flexiblen und dennoch verlässlichen Mitgliederorganisation und effizienten Nutzung kommunaler Sportstätten
- **Fortführung der Sportförderungsrichtlinien** im Landkreis Gießen
- **Stärkung des Sportkreis Gießen** als Bindeglied zwischen Vereinen, Landkreis, Kommunen und Landessportbund
- **Vernetzung der Sportvereine** mit Bildungsträgern und Schulen
- **Nachwuchs- und Jugendförderung** durch Schul-Sport-Kooperationen

- **Förderung frei zugänglicher Sport- und Begegnungsstätten**, z. B. überdachte Basketballplätze, Skateparks, Stangenparks, Schachfelder, Barfuß- und Erlebnispfade, Bolzplätze, Abenteuerspielplätze, Kneipp-Becken

Best Practice

- **Jugendzentrum Hungen:** Multifunktionsanlage mit Skatepark, Kletterareal und Außencafé
- **Bürgerpark Lich:** Öffentliche Schachfelder mit Sitzgelegenheiten

Medizin & Gesundheit

Gesundheit ist die Grundlage für Lebensqualität und Teilhabe. Der Landkreis Gießen verfügt mit fünf Krankenhäusern, dem Universitätsklinikum (UKGM) und dem Hessischen Kompetenzzentrum für Telemedizin über ein herausragendes medizinisches Potenzial. Volt setzt auf eine Gesundheitspolitik, die den Landkreis als **zentralen Koordinator** begreift. Wir stärken den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD), fördern digitale Innovationen und sichern die pflegerische Versorgung in allen 18 Gemeinden – unabhängig von Wohnort oder Geldbeutel.

Ärztliche Versorgung & Koordination

Daseinsvorsorge · Ländlicher Raum · Digitalisierung · Prävention · Innovation

Herausforderung

Im Landkreis Gießen überschritten im letzten Jahr rund 70 % des hausärztlichen Fachpersonals die Altersgrenze von 65 Jahren. Da die Niederlassung privatwirtschaftlich über die Kassenärztliche Vereinigung (KVH) erfolgt, kann der Kreis keine Praxen „bauen“, muss aber als Standort attraktive Rahmenbedingungen schaffen, um Versorgungslücken im ländlichen Raum zu verhindern.

Ziel

Sicherung einer flächendeckenden hausärztlichen Versorgung durch aktive Ansiedlungsberatung, interkommunale Kooperation und die Förderung mobiler Versorgungsformen.

Maßnahmen

- **KVH-Schnittstelle:** Einrichtung einer festen Koordinierungsstelle im Kreishaus zur engen Abstimmung mit der KVH und dem UKGM, um gezielt Nachwuchskräfte (z. B. aus dem HeLaMed (Hessen | Land | Medizin)-Programm) für den ländlichen Raum zu gewinnen.

- **Anreize für Praxisnetzwerke:** Unterstützung der Gemeinden bei der Ausweisung von Flächen für Gemeinschaftspraxen oder genossenschaftlich organisierte Gesundheitszentren.
- **Mobile Gesundheit:** Ausbau der „Sprechstunden auf Rädern“ und Impfbusse, um insbesondere immobile Menschen in entlegenen Ortsteilen zu versorgen.
- **Nachwuchsförderung:** Finanzielle Aufstockung von Stipendienprogrammen für Medizinstudierende, die sich verpflichten, nach dem Abschluss im Landkreis tätig zu sein.

Pflege & Würde im Alter

Demografischer Wandel · Soziale Gerechtigkeit · Fachkräfte · Würde · Inklusion

Herausforderung

Die Zahl der Pflegebedürftigen im Landkreis steigt bis 2040 um fast 60 %. Als Träger der Sozialhilfe (§ 3 SGB XII) ist der Kreis direkt verantwortlich für die pflegerische Infrastruktur und die Unterstützung pflegender Angehöriger.

Ziel

Etablierung einer zukunftsfesten Pflegestruktur, die den Verbleib in der eigenen Wohnung maximiert und Fachkräfte durch bessere Rahmenbedingungen bindet.

Maßnahmen

- **Gemeindepflegekräfte („Gemeindeschwestern“):** Flächendeckende Einführung von Gemeindepflegekräften in allen 18 Gemeinden nach dem erfolgreichen Vorbild in Lich.
- **Pflegestützpunkte stärken:** Ausbau der Beratungsstellen zu mobilen Kompetenzzentren, die auch Hausbesuche zur Wohnraum-Anpassung anbieten.
- **Entlastung für Angehörige:** Schaffung eines kreisweiten Katasters für Kurzzeitpflegeplätze und Förderung von Tagespflege-Angeboten zur Entlastung pflegender Familienmitglieder.

Innovative Notfallversorgung

Digitalisierung · Innovation · Sicherheit · Kooperation · Effizienz

Herausforderung

Notaufnahmen sind oft durch nicht-dringliche Fälle überlastet. Innovative Projekte existieren, müssen aber vom Pilotstadium in die dauerhafte Struktur überführt werden.

Ziel

Eine effiziente Notfallversorgung, die durch digitale Steuerung die richtigen Patienten zur richtigen Zeit in die passende Struktur (Praxis oder Klinik) leitet.

Maßnahmen

- **Projekt-Verstetigung:** Langfristige Absicherung und Ausbau erfolgreicher Modelle wie **GiMIC** (Notarzt-Einsatzfahrzeug mit Spezialausstattung) und **SaN** (Sektorenübergreifende ambulante Notfallversorgung).
- **Digitale Anamnese:** Einführung AI-gestützter Systeme (z. B. **DokPro**) in den kreisweiten Rettungsdienst, um die Patientenaufnahme zu beschleunigen.
- **Aufklärung:** Kampagne zur richtigen Nutzung der Notrufnummern (112 vs. 116 117), um die Notaufnahmen zu entlasten.

Gesundheitsförderung & Prävention (ÖGD)

Prävention · Soziale Gerechtigkeit · Umweltgesundheit · Klimaresilienz · Lebensqualität

Herausforderung

Das Gesundheitsamt ist die zentrale Instanz für Prävention (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 + § 3 Abs. 1), benötigt aber mehr Ressourcen für neue Herausforderungen wie den Klimawandel.

Ziel

Das Gesundheitsamt als proaktiven Gesundheitswächter stärken, der Prävention direkt in den Sozialraum bringt.

Maßnahmen

- **Hitzeaktionsplan:** Erstellung eines verbindlichen Hitzeaktionsplans für den gesamten Landkreis inklusive eines Frühwarnsystems für vulnerable Gruppen und Seniorenheime.
- **Mobile Vorsorge:** Koordination regelmäßiger mobiler Screening-Termine (Hautkrebs, Mammographie) in allen 18 Gemeinden.
- **Suchtprävention an Kreis-Schulen:** Aufstockung des Gesundheitsamtes um 1 Vollzeitäquivalent für evidenzbasierte Programme an allen Gymnasien und Berufsschulen des Kreises.
- **Gesundheitskonferenz:** Aufwertung der Fachkonferenz auf zwei Termine jährlich mit verbindlicher Berichterstattung an den Kreistag.

Frauengesundheit & Reproduktive Rechte

Geschlechtergerechtigkeit · Selbstbestimmung · Gesundheit · Aufklärung · Zugang

Herausforderung

Frauenspezifische Belange und Gendermedizin werden oft vernachlässigt. Zudem müssen reproduktive Rechte durch faktische Angebote gesichert werden.

Ziel

Eine diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung, die Gendermedizin integriert und die Selbstbestimmung stärkt.

Maßnahmen

- **Verhütungsmittelfonds:** Aufstockung und dauerhafte Absicherung des Fonds (via pro familia) für alle einkommensschwachen Menschen im Landkreis.
- **Hebammen-Support:** Einrichtung eines Kreisfonds zur Übernahme der Haftpflicht-Eigenanteile für freiberufliche Hebammen, um die Versorgung im ländlichen Raum zu sichern.
- **Gendermedizin-Offensive:** Integration von Fortbildungen zu geschlechtsspezifischen Symptomen (z. B. Herzinfarkt bei Frauen) in kommunale Einrichtungen und Gesundheitsberichte.
- **Beratungsnetzwerk:** Sicherstellung neutraler, mehrsprachiger Beratungsangebote zu Schwangerschaft und Wochenbett im gesamten Kreisgebiet.

Digitale Gesundheitsstrategie

Digitalisierung · Innovation · Barrierefreiheit · Datenschutz · Effizienz

Herausforderung

Fehlende Schnittstellen zwischen den Akteuren verhindern eine effiziente Versorgung.

Ziel

Ein vernetztes Gesundheitswesen im Landkreis, das Daten sicher nutzt, Kommunikation vereinfacht und damit die Behandlungsqualität steigert.

Maßnahmen

- **Digitaler ÖGD:** Volle digitale Ausstattung des Gesundheitsamtes zur Echtzeit-Krisenkommunikation.
- **Sektorübergreifende Vernetzung:** Unterstützung offener Schnittstellen zwischen Kliniken, Pflegediensten und Rettungsdiensten.
- **Gesundheitskompetenz digital:** Programme für die Bürgerschaft zur sicheren Nutzung der elektronischen Patientenakte und telemedizinischer Angebote.

INNOVATION, WIRTSCHAFT & SICHERHEIT

Finanzen, Wirtschaft & Industrie

Finanzen

Transparenz · Europa · Effizienz · Nachhaltigkeit · Bürgerbeteiligung

Herausforderung

Kommunen sichern zentrale öffentliche Leistungen wie Kinderbetreuung, Nahverkehr, Wirtschaftsförderung, Kultur und Klimaschutz. Dafür benötigen sie stabile, verlässliche und vorausschauend geplante Finanzen.

Die Haushaltslage von Stadt und Landkreis Gießen bleibt angespannt. Für 2025 plant die Stadt Gießen ein Defizit von 12,3 Millionen Euro im Ergebnishaushalt und einen Zahlungsmittelbedarf von 13,9 Millionen Euro, während der Landkreis Gießen einen Fehlbedarf von 14,3 Millionen Euro sowie einen negativen Zahlungsmittelbedarf von über 18,3 Millionen Euro verzeichnet. Für 2026 rechnet die Stadt mit einer weiteren deutlichen Verschärfung. Beide Ebenen sind dazu gezwungen, zentrale Investitionen in Bildung, Mobilität, Energie und Verwaltungsmodernisierung unter schwierigen Bedingungen zu sichern.

Ziel

Volt verfolgt das Ziel, die Finanzen im Landkreis Gießen strategisch neu auszurichten: Weg von kurzfristigem Krisenmanagement, hin zu einer zukunftsfähigen, wirkungsorientierten Haushaltspolitik. Die Haushalte sollen nicht länger bloß verwaltet, sondern aktiv gestaltet werden, als zentrales Instrument, um soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Digitalisierung und gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt Gießen und im Landkreis zu verwirklichen.

Maßnahmen

Volt will die kommunale Finanzplanung von einer bloßen Fortschreibung der Vergangenheit zu einem aktiven Steuerungsinstrument für die Zukunft entwickeln.

- **Einführung von Zero-Based Budgeting (ZBB):** Schluss mit der pauschalen Fortschreibung alter Budgets. Jede Abteilung muss ihren Mittelbedarf periodisch grundlegend neu begründen. Dies verhindert das „Ausschöpfen“ von Budgets zur reinen Bestandssicherung und setzt Mittel für neue, zukunftsweisende Projekte frei. Die Implementierung erfordert einen initialen Verwaltungsaufwand, führt aber mittelfristig zu deutlich effizienterer Mittelverwendung.
- **Transparenz durch Bürgerhaushalte:** Stärkung der demokratischen Mitbestimmung durch digitale Open-Budget-Plattformen. Die Bürgerschaft kann Haushaltsvorschläge einreichen und Prioritäten bei der Mittelverwendung direkt mitgestalten.

- **Digitalisierung & Effizienz:** Automatisierung von Verwaltungsprozessen und Einsatz von Open-Source-Lösungen zur Senkung der laufenden Kosten. Eine moderne IT-Struktur ermöglicht präzisere Datenanalysen als Basis für fundierte politische Entscheidungen.
- **Klimaneutrale Finanzplanung:** Verknüpfung des Haushalts mit CO₂-Budgets. Jede Investition wird auf ihre Klimawirkung geprüft, sodass Finanzströme konsequent auf das Ziel der Klimaneutralität ausgerichtet werden.
- **Aktives Fördermittelmanagement massiv ausbauen:** Wiederbesetzung und deutlicher Ausbau einer zentralen Fördermittelstelle mit spezialisierten Fördermittelmanager:innen. Investitionen in 2-3 zusätzliche Vollzeitstellen (80.000-100.000 € pro Jahr) zahlen sich mehrfach aus: Der Return on Investment liegt bei über 500%, da jeder eingesetzte Euro Eigenanteil durchschnittlich 5 Euro oder mehr an EU-, Bundes- und Landesmitteln akquiriert. Dies ermöglicht die Realisierung von Projekten, die aus kommunalen Mitteln allein nicht finanzierbar wären, und stärkt die Handlungsfähigkeit nachhaltig.
- **Gerechter Finanzausgleich & soziale Investitionen:** Einsatz für eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs auf Landesebene. Intern werden Mittel gezielt in benachteiligte Ortsteile gelenkt, um soziale Ungleichheiten abzubauen und die Teilhabe zu stärken. Der Landkreis kann durch faire Umverteilung zwischen Gemeinden strukturschwache Regionen unterstützen.

Eine verantwortungsvolle Finanzpolitik ist die Grundlage für soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und eine handlungsfähige Verwaltung. Volt will die kommunalen Finanzen so ausrichten, dass Investitionen dort möglich werden, wo sie den größten Nutzen für die Menschen in der Stadt und im Landkreis Gießen entfalten. Eine klare Priorisierung, transparente Prozesse und eine moderne Haushaltsführung schaffen die Voraussetzungen dafür, dass die Region langfristig stabil und zukunftsfähig bleibt.

Wirtschaft

Fachkräfte · Innovation · Nachhaltigkeit · Regionalentwicklung · Digitalisierung

Der Landkreis Gießen steht wirtschaftlich vor großen Herausforderungen und zugleich vor wichtigen Chancen. Als Teil einer starken Hochschul- und Wirtschaftsregion sieht er sich mit strukturellen Problemen wie einem hohen Anteil geringfügiger Beschäftigung, Fachkräftemangel und ungleichen Entwicklungschancen zwischen den Gemeinden konfrontiert. Eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik muss deshalb regionale Wertschöpfung stärken und Stadt, Umland und ländliche Räume gemeinsam in den Blick nehmen.

Volt will den Landkreis Gießen als wirtschaftlich tragfähigen und sozial ausgewogenen Raum weiterentwickeln. Der Landkreis übernimmt dabei eine koordinierende Rolle, vernetzt Kommunen, Wirtschaft und Landwirtschaft, stärkt kleine und mittlere Betriebe, fördert gute Arbeit und unterstützt nachhaltige Energie- und Flächenstrategien. So

entsteht eine wirtschaftliche Entwicklung, die Planungssicherheit schafft, regionale Kreisläufe stärkt und den Landkreis insgesamt zukunftsfähig macht.

Moderne kommunale Wirtschaftsförderung

Klimaschutz • Wirtschaftsförderung • Innovation • Digitalisierung • Ländlicher Raum

Herausforderung

Viele kommunale Wirtschaftsförderungen konzentrieren sich noch immer auf klassische Gewerbeansiedlungen und veraltete Strukturen. In Gießen zeigt sich dies daran, dass Nachhaltigkeit, Digitalisierung und soziale Aspekte bisher zu wenig berücksichtigt werden und Unternehmen in ihrer Transformation nur begrenzt Unterstützung erhalten. Gleichzeitig fehlt eine abgestimmte wirtschaftliche Strategie zwischen Stadt und Landkreis, obwohl beide eng verflochtene Arbeits- und Lebensräume bilden.

Ziel

Volt will die Wirtschaftsförderung modernisieren und stärker auf Nachhaltigkeit, Digitalisierung und regionale Stärken ausrichten, damit Gießen und der Landkreis gemeinsam ein zukunftsfähiges Wirtschaftsprofil entwickeln können. Ziel ist eine Wirtschaftspolitik, die Unternehmen durch den Wandel begleitet, Innovation fördert und die wissenschaftlichen Ressourcen der Region besser nutzt.

Maßnahmen

- Die **Wirtschaftsförderung an Nachhaltigkeits- und Innovationskriterien knüpfen**, sodass Förderungen bevorzugt Unternehmen zugutekommen, die klimaverantwortlich, sozial fair und zukunftsorientiert arbeiten.
- **Kommunale Förderstellen konsequent digitalisieren**, mit transparenten Online-Portalen für Standortsuche, Fördermittelauskünfte, Antragsprozesse und regionale Netzwerkangebote.
- **Cluster-Strategien für regionale Stärken entwickeln**, etwa in IT, Gesundheitswirtschaft, Bildungstechnologien und GreenTech, eng vernetzt mit JLU, THM und Betrieben im Landkreis.
- **EU-Fördermittel zielgerichtet einsetzen**, um wirtschaftliche Strukturwandelprozesse zu unterstützen und innovative Projekte im Stadtgebiet und im Umland zu ermöglichen.
- **Unternehmen beim Übergang in nachhaltige Geschäftsmodelle** durch Beratungsangebote, Workshops und Kooperationen mit den Hochschulen und regionalen Institutionen **unterstützen**.

Regionale Wertschöpfung und nachhaltige Energie

Energie • Wirtschaftsförderung • Biodiversität • Klimaschutz • Ländlicher Raum

Herausforderung

Gießen und der Landkreis verfügen über erhebliche Möglichkeiten, regionale Energie aus eigenen Ressourcen zu gewinnen. Landwirtschaftliche Reststoffe, kommunale Bioabfälle oder Grünschnitt werden teilweise teuer entsorgt, obwohl sie lokal genutzt werden könnten. Gleichzeitig steigen Energiepreise für Betriebe und öffentliche Einrichtungen, während die regionale Wertschöpfung ungenutzt bleibt. Beispiele aus Mittelhessen, etwa Biogasanlagen, die bereits erfolgreich Abwärme in Nahwärmennetze einspeisen und umliegende Dörfer versorgen, zeigen, welches Potenzial in regionalen Energiekreisläufen steckt.

Ziel

Volt will diese Potenziale heben und Stadt sowie Landkreis durch lokale Energieerzeugung wirtschaftlich unabhängiger machen. Moderne Biogasanlagen können dazu beitragen, wenn sie nachhaltig betrieben werden und direkt in regionale Wärmenetze einspeisen. Ziel ist es, Energiekosten zu stabilisieren, lokale Betriebe zu stärken und Kreisläufe in der Region zu schließen.

Maßnahmen

- **Nachhaltige Biogasanlagen unterstützen**, die auf regionale Reststoffe setzen und ohne energetischen Maisanbau auskommen.
- **Abwärme aus bestehenden und neuen Anlagen in lokale Wärmenetze integrieren**, etwa zur Versorgung öffentlicher Gebäude, Gewerbegebiete oder sozialer Einrichtungen.
- **Stadt und Landkreis bei der regionalen Bioabfall- und Grünschnittverwertung bündeln**, um regionale Anlagen effizient zu versorgen.
- **Landwirtschaftliche Betriebe aktiv beteiligen**, damit sie von Einspeisung, Wärmelieferung und Kooperationen profitieren und zusätzliche Einnahmequellen erhalten.
- **Regionale Energiepartnerschaften ausbauen**, um Hochschulgebäude, Betriebe und kommunale Einrichtungen verlässlich mit lokal erzeugter Energie zu versorgen.

Regionale Landwirtschaft stärken

Klimaschutz • Wirtschaftsförderung • Biodiversität • Klimaschutz • Ländlicher Raum

Herausforderung

Regionale Landwirtschaft und lokale Lebensmittelproduzenten tragen wesentlich zur Wertschöpfung, Versorgungssicherheit und Lebensqualität in Gießen und dem Landkreis bei. Dennoch stehen viele Höfe unter wirtschaftlichem Druck, während Großanbieter den Markt dominieren. Gleichzeitig wünschen sich immer mehr Menschen gesunde, regional erzeugte Lebensmittel und transparente Lieferketten. Auch Kitas, Schulen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen des Landkreises benötigen verlässliche Strukturen für eine gesundheitsförderliche Versorgung.

Ziel

Volt will regionale Landwirtschaft und lokale Produzenten deutlich stärker in die kommunale Wirtschaftspolitik des Landkreises einbinden. Ziel ist es, kurze Lieferketten auszubauen, regionale Betriebe zu stärken und eine gesunde, nachhaltige Ernährung in öffentlichen Einrichtungen zu fördern. Der Landkreis koordiniert dabei die Vernetzung zwischen Erzeugern, Verarbeitern und Abnehmern und schafft die Rahmenbedingungen für funktionierende regionale Wertschöpfungsketten.

Maßnahmen

- **Regionale Erzeuger mit Gastronomie, Gemeinschaftsverpflegung und öffentlichen Einrichtungen vernetzen**, damit lokale Produkte verlässlichen Absatz finden. Der Landkreis übernimmt dabei die koordinierende Rolle.
- **Beschaffungsrichtlinien** für kreiseigene Einrichtungen wie Schulen, Kliniken und Pflegeeinrichtungen anpassen, damit **regionale und gesundheitsförderliche Lebensmittel bevorzugt werden**.
- **Regionale Wertschöpfungsketten ausbauen**, indem Landwirtschaft, Lebensmittelhandwerk, lokale Verarbeiter und Gastronomie durch landkreisweite Initiativen enger zusammenarbeiten.
- **Programme zur Ernährungsbildung unterstützen**, damit nachhaltige und regionale Ernährung sichtbarer wird und Betriebe langfristige Planungssicherheit erhalten.

Sozial gerechte Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsförderung • Soziale Gerechtigkeit • Innovation • Partizipation

Herausforderung

Viele Beschäftigte in der Region arbeiten in geringfügigen Jobs, obwohl sie sich oft größere Umfänge und bessere Absicherung wünschen. Diese Struktur führt zu niedrigen

Einkommen, geringerer sozialer Sicherheit und einer schwächeren Kaufkraft. Auch Betriebe in Gießen und im Landkreis haben Schwierigkeiten, Fachkräfte zu halten oder neue Mitarbeitende zu gewinnen. Ein Grund dafür ist, dass die Vorteile der Midijob-Zone trotz ihres großen Potenzials kaum bekannt sind.

Ziel

Volt will eine sozial gerechte Wirtschaftspolitik, die faire Arbeitsbedingungen stärkt, Beschäftigung stabilisiert und Unternehmen entlastet. Ziel ist es, Menschen aus prekären Arbeitsverhältnissen herauszuführen und Fachkräfte zu binden. Midijobs sollen als echte Alternative zu Minijobs sichtbar werden, bei denen Beschäftigte mit einem höheren Einkommen als im Minijob sozialversichert arbeiten und zugleich geringere Abgaben zahlen, sodass sich Arbeit für alle Beteiligten mehr lohnt.

Maßnahmen

- **Midijobs aktiver kommunizieren**, damit Unternehmen ihre finanziellen und sozialen Vorteile gegenüber Minijobs erkennen und nutzen können.
- **Einen digitalen Midijob-Rechner** auf den Seiten der kommunalen Verwaltung **einführen**, der Beschäftigten und Betrieben Nettoeffekte und Arbeitgeberkosten transparent darstellt.
- **Informationsangebote und Veranstaltungen für Unternehmen bereitstellen**, um den Übergang vom Minijob zum sozialversicherten Beschäftigungsverhältnis zu erleichtern.
- **Gemeinsame Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramme** mit Betrieben, Kammern, Jobcenter und Hochschulen **ausbauen**, damit Geringqualifizierte, Berufsrückkehrende oder Zugewanderte neue Perspektiven erhalten.
- **Vergabeverfahren sozial fair gestalten** und kleinere, **regionale Betriebe** gezielt berücksichtigen, wenn sie gute Arbeitsbedingungen bieten.

Nachhaltige und wirtschaftlich kluge Gewerbegebächenstrategie

Klimaresilienz • Wirtschaftsförderung • Biodiversität • Wohnen & Stadtentwicklung

Herausforderung

Der Druck auf Gewerbegebächen im Landkreis Gießen wächst, gleichzeitig stoßen viele Gemeinden an räumliche, ökologische und finanzielle Grenzen. Neue Gewerbegebiete werden häufig auf bislang unbebauten Natur- und Waldflächen geplant, obwohl solche Erschließungen hohe Investitions- und Folgekosten verursachen. Straßenbau, Ver- und Entsorgung sowie Ausgleichsmaßnahmen belasten die kommunalen Haushalte dauerhaft. Zugleich bleiben bestehende Gewerbegebächen, Brachen oder Erweiterungspotenziale in vielen Gemeinden ungenutzt, da es an Koordination, systematischer Erfassung und gemeinsamer Strategie fehlt. Ohne eine abgestimmte Gewerbegebächenpolitik drohen Flächenverbrauch, steigende Kosten und ein Standortwettbewerb zwischen Kommunen.

Die Flächenentwicklung selbst ist primär Aufgabe der Gemeinden. Der Landkreis kann jedoch durch Koordination, Beratung und übergeordnete Planung wesentlich dazu beitragen, Entwicklungen effizienter zu gestalten und ökologische wie wirtschaftliche Risiken zu minimieren.

Ziel

Volt will eine landkreisweite Gewerbeflächenstrategie, die wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht, ohne weitere Natur- und Waldflächen zu gefährden. Ziel ist es, vorhandene Flächen besser zu nutzen, Infrastrukturkosten zu begrenzen und Unternehmen verlässliche Perspektiven im gesamten Landkreis zu bieten. Der Landkreis übernimmt dabei die koordinierende Rolle zwischen den Gemeinden und moderiert interkommunale Zusammenarbeit. Eine kluge, abgestimmte Flächenpolitik stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Region, entlastet die kommunalen Haushalte und sorgt für Planungssicherheit für Betriebe und Gemeinden gleichermaßen.

Maßnahmen

- **Eine kreisweite Gewerbepläne entwickeln**, die systematisch bestehende Gewerbepläne, Brachflächen und Nachverdichtungspotenziale im Landkreis erfasst und priorisiert entwickelt, bevor neue Flächen erschlossen werden.
- **Gemeinden und Unternehmen aktiv bei Erweiterungs- und Ansiedlungswünschen beraten**, um Ausbaupotenziale auf bestehenden Standorten effizient zu nutzen.
- **Eine landkreisweite Standort- und Kostenanalyse erstellen**, die Erschließungs-, Infrastruktur- und Folgekosten vergleichbar macht und Investitionen auf wirtschaftlich sinnvolle Flächen lenkt.
- **Interkommunale Kooperationen zwischen Gemeinden moderieren und fördern**, um Flächen gemeinsam zu entwickeln, Konkurrenz zwischen Gemeinden zu vermeiden und Gewerbeansiedlungen besser abzustimmen. Die Flächenentwicklung selbst bleibt dabei Aufgabe der Gemeinden.
- **Wald- und Naturflächen konsequent schützen**, da deren Verlust langfristig ökologische Schäden verursacht, Folgekosten erhöht und die Attraktivität des Landkreises als Lebens- und Wirtschaftsraum mindert.

Kreislaufwirtschaft im Landkreis etablieren

Nachhaltigkeit · Klimaschutz · Innovation · Wirtschaft · Ressourcenschutz

Herausforderung

Wertvolle Materialien und Ressourcen werden im Landkreis Gießen nach einmaliger Nutzung oft entsorgt, obwohl sie wiederverwendet oder recycelt werden könnten. Gleichzeitig steigen Abfallmengen, während regionale Wertschöpfung verloren geht. Lineare Wirtschaftsmodelle nach dem Prinzip "Produce-Use-Waste" belasten Umwelt und

Klima unnötig und lassen Chancen für lokale Betriebe ungenutzt. Anders als beim Car- oder Bike-Sharing, wo die Wertschöpfung oft bei überregionalen Anbietern verbleibt, schafft echte Kreislaufwirtschaft dauerhafte regionale Arbeitsplätze und hält Kaufkraft in der Region.

Ziel

Volt will den Landkreis Gießen zu einer Modellregion für Kreislaufwirtschaft entwickeln. Ziel ist es, Materialkreisläufe zu schließen, Abfall zu vermeiden und regionale Wertschöpfung zu stärken. Durch Mehrwegsysteme, Tausch- und Reparatur-Initiativen sowie die systematische Verwertung von Bioabfällen werden Ressourcen geschont, Emissionen reduziert und lokale Betriebe gestärkt.

Maßnahmen

- **Mehrwegsysteme wie Recup etablieren und fördern**, damit Einwegverpackungen in Gastronomie und bei Veranstaltungen systematisch durch wiederverwendbare Behälter ersetzt werden.
- **Tausch- und Verschenke-Plattformen digital koordinieren** und mit kommunalen Räumen unterstützen, damit Produkte länger genutzt und Kaufkraft in der Region gehalten wird.
- **Reparatur-Netzwerke und Upcycling-Betriebe fördern**, die lokale Arbeitsplätze schaffen und Neuproduktion verringern.
- **Bioabfall-Kreisläufe ausbauen**, sodass organische Abfälle in regionalen Biogasanlagen zu Energie und Dünger werden, statt auf Deponien Treibhausgase zu erzeugen.
- Bei öffentlichen Veranstaltungen im Landkreis **nur noch Pfandbehälter zulassen und Einwegverpackungen minimieren**.

Volt will Gießen und den Landkreis zu einer Region entwickeln, in der wirtschaftliche Stärke, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung zusammengehören. Eine Region, die ihr wissenschaftliches Potenzial nutzt, Innovationskraft fördert und Unternehmen verlässliche Perspektiven bietet. Eine Region, in der Menschen gute Arbeit finden, Innenstädte lebendig sind und Energie zunehmend aus lokalen Quellen stammt. Unser Ziel ist ein Wirtschaftsstandort, der sich mutig weiterentwickelt, Wachstum nachhaltig gestaltet und Chancen fair verteilt. Gießen soll ein Ort sein, an dem neue Ideen entstehen, Unternehmen gerne investieren und Menschen gerne leben. Gemeinsam mit der Bevölkerung will Volt diesen Weg gehen und Gießen langfristig wettbewerbsfähig, resilient und zukunftsfähig machen.

Industrie

Wirtschaft · Innovation · Nachhaltigkeit · Arbeitsplätze · Standortpolitik

Die Industrie in Gießen und im Landkreis ist ein zentraler Pfeiler der regionalen Wirtschaft. Gleichzeitig stehen viele Betriebe vor einem tiefgreifenden Wandel. Steigende Energiepreise, neue ökologische Anforderungen, veränderte Lieferketten und der wachsende Druck, Flächen sparsam zu nutzen, verändern die Rahmenbedingungen spürbar. In vielen Gewerbegebieten sind die Potenziale für Kreislaufwirtschaft, Abwärmenutzung, Photovoltaik und digitale Vernetzung noch nicht vollständig erschlossen.

Volt will diese Entwicklung aktiv gestalten und dafür sorgen, dass Gewerbe- und Industrieareale in der Region moderner, klimaverträglicher und gleichzeitig wirtschaftlich belastbarer werden. Bestehende Standorte sollen effizienter genutzt werden, Wertstoffe sollen im Kreislauf bleiben und Energie soll lokal erzeugt oder zurückgewonnen werden. Der Landkreis Gießen kann sich zu einer industriellen Modellregion entwickeln, in der digitale Technologien, nachhaltige Energieversorgung, moderne Produktionsweisen und regionale Zusammenarbeit eine gemeinsame Richtung bilden.

Smarte Industriegebiete und regionale Flächenstrategie

Flächenpolitik · Nachhaltigkeit · Digitalisierung · Innovation · Verkehr

Herausforderung

Viele Gewerbe- und Industriebereiche in den 18 Gemeinden des Landkreises Gießen sind historisch gewachsen und nutzen ihr Potenzial noch nicht vollständig. Oft fehlen moderne Energie- und Wärmekonzepte, digitale Vernetzung oder Lösungen für Kreislaufwirtschaft. Wenn jede Kommune für sich plant, entstehen höhere Kosten, unnötiger Flächenverbrauch und uneinheitliche Standards.

Die Flächenentwicklung selbst ist primär Aufgabe der Gemeinden. Der Landkreis kann jedoch durch Koordination, Beratung und übergeordnete Planung wesentlich dazu beitragen, Entwicklungen effizienter zu gestalten und ökologische wie wirtschaftliche Risiken zu minimieren. Entlang regionaler Entwicklungssachsen, etwa zwischen Pohlheim, Fernwald und Reiskirchen oder im Raum Staufenberg und Lollar, zeigt sich deutlich, dass eine stärkere Abstimmung zusätzliche Potenziale eröffnen würde.

Ziel

Volt will Gewerbe- und Industrieflächen so weiterentwickeln, dass sie effizient genutzt werden, Energie und Ressourcen im Kreislauf gehalten werden und Unternehmen langfristige Planungssicherheit erhalten. Der Landkreis übernimmt dabei die koordinierende Rolle zwischen den Gemeinden. Ziel ist ein regional abgestimmtes Netzwerk von Gewerbegebieten, das Infrastruktur teilt, Flächen effizient einsetzt und neue Ansiedlungen erleichtert, ohne zusätzliche Naturflächen zu belasten.

Maßnahmen

- **Regionale Gewerbeflächenkonzepte für den gesamten Landkreis etablieren**, die systematisch bestehende Gewerbeflächen, Brachflächen und Nachverdichtungspotenziale erfassen und priorisiert entwickeln, bevor neue Flächen erschlossen werden.
- **Interkommunale Flächenpools für zentrale Entwicklungsachsen unterstützen**, etwa für Gebiete entlang der A5 und A45 oder im Raum Staufenberg und Lollar, damit Flächen gemeinsam entwickelt und Kosten fair verteilt werden. Die Flächenentwicklung selbst bleibt dabei Aufgabe der Gemeinden.
- **Gebietsverantwortliche für größere Gewerbegebiete einsetzen**, die Unternehmen vernetzen und gemeinsame Energie-, Logistik- oder Materialkreislauf-Konzepte koordinieren.
- **Die digitale und energetische Erschließung bündeln**, indem der Landkreis mit Gemeinden und Netzbetreibern gemeinsame Ausbauprojekte für Glasfaser, 5G und Wärmenetze in Gewerbegebieten koordiniert.
- **Interkommunale Zweckverbände fördern**, die Flächen gemeinsam erschließen, vermarkten und betreiben, nach dem Vorbild erfolgreicher Modelle wie der Osnabrücker Land eG.

Innovation und digitale Transformation

Digitalisierung · Wirtschaft · Fachkräfte · Bildung · Zukunftsfähigkeit

Herausforderung Viele Industrie- und Handwerksbetriebe in den Gemeinden des Landkreises stehen vor der Aufgabe, ihre Produktion zu digitalisieren. Häufig fehlen jedoch flächendeckende Glasfaseranschlüsse, leistungsfähiges 5G oder Orte, an denen neue Technologien gemeinsam getestet und weiterentwickelt werden können. Gleichzeitig verfügen THM und JLU über großes Potenzial, um Betriebe in dieser Transformation zu unterstützen. Dieses Potenzial wird jedoch noch nicht ausreichend genutzt, weil Vernetzung und gemeinsame Strukturen fehlen.

Der Ausbau digitaler Infrastruktur ist nicht primär Aufgabe des Landkreises, sondern liegt bei Netzbetreibern und Gemeinden. Der Landkreis kann jedoch koordinierend tätig werden und die Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten moderieren.

Ziel

Volt will die Region so aufstellen, dass Industrie 4.0 in allen Gewerbegebieten ankommt und lokale Unternehmen Zugang zu moderner Produktionstechnik, gemeinsamen Datenräumen und verlässlicher digitaler Infrastruktur erhalten. Ziel ist ein regionales Innovationsnetzwerk, das Hochschulen, Betriebe und Verwaltung eng verbindet.

Maßnahmen

- **Gemeinsame Testfelder und Industrial Data Spaces** für Produktionstechnologien in Kooperation mit THM, JLU und regionalen Clustern einrichten, damit Betriebe neue Anwendungen praxisnah erproben können und diese mit europäischen Initiativen wie Manufacturing-X kompatibel bleiben.
- **Einen Zweckverband Breitbandversorgung für den Landkreis Gießen gründen**, der den Glasfaser- und 5G-Ausbau mit Netzbetreibern und Gemeinden koordiniert. Für Gewerbegebiete hat die digitale Infrastruktur dabei höchste Priorität. Der Landkreis baut nicht selbst, sondern moderiert die Zusammenarbeit nach dem erfolgreichen Vorbild des Landkreises Esslingen.
- **Offene digitale Standards fördern**, damit Maschinen, Software und Sensorsysteme in Gewerbegebieten langfristig miteinander kompatibel bleiben. Der Landkreis setzt sich dafür ein und koordiniert entsprechende Initiativen, die Umsetzung erfolgt durch die Betriebe selbst.

Gerechte und nachhaltige Transformation

Soziale Gerechtigkeit · Klimaschutz · Arbeitsmarkt · Bürgerbeteiligung · Zukunftsähnlichkeit

Herausforderung

Die Umstellung auf digitale und klimafreundliche Produktionsweisen verändert viele Arbeitsplätze im Landkreis. Betriebe benötigen mehr Fachkräfte mit digitalen und technischen Kompetenzen, während Beschäftigte oft nur begrenzt Zugang zu Weiterbildungsangeboten haben. Gleichzeitig eröffnet die kommunale Wärmeplanung neue Chancen, industrielle Abwärme vor Ort einzubinden und Betriebe unabhängiger von fossilen Energien zu machen.

Die kommunale Wärmeplanung ist seit 2024 gesetzliche Pflicht jeder Gemeinde. Der Landkreis kann hier koordinierend tätig werden, insbesondere wenn Abwärme über Gemeindegrenzen hinweg genutzt werden soll.

Ziel

Volt will dafür sorgen, dass Beschäftigte und Betriebe diesen Wandel gemeinsam bewältigen können und Industrie- und Gewerbestandorte klimafreundlicher werden. Ziel ist eine gerechte Transformation, die gute Arbeit sichert, neue Perspektiven eröffnet und die Region langfristig widerstandsfähiger macht.

Maßnahmen

- **Soziale Kriterien bei Vergaben und Gewerbeansiedlungen verankern**, damit Tariftreue, Ausbildung und faire Arbeitsbedingungen gestärkt werden. Der Landkreis vergibt selbst viele Aufträge und kann diese Kriterien bei seinen eigenen Vergabeverfahren konsequent anwenden.

- **Gute Rahmenbedingungen für Beschäftigte in Gewerbegebieten schaffen**, indem der Landkreis die ÖPNV-Anbindung verbessert, Shuttle-Services unterstützt und Park-and-Ride-Angebote ausbaut. Bei der Kinderbetreuung koordiniert der Landkreis mit den Gemeinden, um Kindertagespflege in der Nähe größerer Gewerbegebiete auszubauen.
- **Energie- und Abwärmeverbünde zwischen Gemeinden koordinieren**, wenn industrielle Abwärme über Gemeindegrenzen hinweg genutzt werden kann. Die Gemeinden erstellen ihre eigenen kommunalen Wärmepläne (gesetzlich vorgeschrieben), der Landkreis unterstützt bei der übergreifenden Abstimmung.

Volt will Gießen und den Landkreis als starke und zukunftsfähige Industrieregion weiterentwickeln. Industrieflächen sollen effizient genutzt, Infrastruktur modern ausgebaut und digitale sowie klimafreundliche Technologien für alle Betriebe zugänglich sein. Regionale Zusammenarbeit, gute Arbeitsbedingungen und eine verlässliche Energie- und Datenbasis bilden dabei zentrale Grundlagen.

Volt will eine Industrie, die wirtschaftliche Stärke mit ökologischer Verantwortung verbindet und Beschäftigten langfristige Perspektiven bietet. Der Landkreis Gießen soll ein Standort werden, an dem Innovation entsteht, Unternehmen wachsen können und Gemeinden gemeinsam eine zukunftsfähige Entwicklung gestalten.

Sicherheit, Ordnung & Justiz

Sicherheit · Polizei · Katastrophenschutz · Justiz · Ordnung

Sicherheit und Gerechtigkeit entstehen nicht allein durch Kontrolle und Strafen, sondern vor allem durch Prävention, Transparenz und Vertrauen. Der Landkreis Gießen mit seinen 18 kreisangehörigen Gemeinden, 270.000 Einwohnenden und 87 Ortsteilfeuerwehren steht vor der Herausforderung, sowohl in städtischen als auch ländlichen Räumen verlässliche Sicherheitsstrukturen zu gewährleisten.

Der Armutsbericht des Landkreises Gießen (2024) zeigt kritische soziale Herausforderungen: Die Kinderarmutsquote liegt bei 24,1% (unter 6 Jahren), die Armutgefährdung unter 15-Jährigen bei 15,5%. Diese sozialen Ungleichheiten sind nicht nur ein Gerechtigkeitsproblem, sondern auch ein Sicherheitsrisiko – sie erfordern präventive, inklusive Ansätze statt reaktiver Kontrolle.

Volt setzt auf Sicherheitspolitik, die pragmatisch handelt und gerecht denkt. Wir kombinieren wirksame Prävention mit struktureller Stärkung der Einsatzkräfte und begegnen erkannten Risiken mit umfassender Teilhabe. Keine Sicherheit auf dem Rücken von Minderheiten. Keine Freiheit auf Kosten der Vielen. Vertrauen durch Transparenz – das ist unser Ansatz.

Sicherheit und Gerechtigkeit durch Prävention und Vertrauen

Prävention · Soziales · Bildung · Vertrauen · Kooperation

Herausforderung

Sicherheit entsteht nicht allein durch Kontrolle, sondern durch Prävention und Vertrauen. Der Landkreis Gießen steht mit 270.000 Einwohnenden und 87 Ortsteilfeuerwehren vor der Aufgabe, verlässliche Strukturen in Stadt und Land zu sichern. Der Armutsbericht 2024 verdeutlicht die soziale Dringlichkeit: Eine Kinderarmutsquote von 24,1 % birgt langfristige Risiken für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Soziale Ungleichheit muss als Sicherheitsrisiko begriffen werden, das inklusive Lösungen statt rein reaktiver Kontrolle erfordert.

Ziel

Volt strebt eine pragmatische Sicherheitspolitik an, die Prävention mit der Stärkung von Einsatzkräften kombiniert. Ziel ist es, Vertrauen durch Transparenz zu schaffen und Sicherheit so zu gestalten, dass sie weder Minderheiten belastet noch Freiheiten unnötig einschränkt.

Maßnahmen

- **Stärkung der Prävention:** Bekämpfung von Ursachen sozialer Unsicherheit durch gezielte Förderung in Gebieten mit hoher Kinderarmut.
- **Strukturelle Unterstützung:** Bedarfsgerechte Ausstattung und Modernisierung der 87 Ortsteilfeuerwehren sowie weiterer Rettungskräfte im Landkreis.
- **Transparenzoffensive:** Etablierung offener Kommunikationswege zwischen Sicherheitsorganen und der Bevölkerung zur Stärkung des Vertrauens.
- **Inklusive Ansätze:** Entwicklung von Sicherheitskonzepten, die die Perspektiven vulnerabler Gruppen systematisch einbeziehen.

Best Practices

- Das Modell der „Gemeinsamen Sicherheit“ zeigt international, dass Investitionen in soziale Teilhabe und Bildungsarbeit die Kriminalitätsraten nachhaltiger senken als rein repressive Maßnahmen.
- Kommunen wie Kopenhagen nutzen zudem quartiersbezogene Präventionsteams, um soziale Brennpunkte erfolgreich zu stabilisieren.

Kommunaler Präventionsrat

Vernetzung · Prävention · Demokratie · Transparenz · Jugend

Herausforderung

Ein sicheres Gemeinwesen erfordert die enge Verzahnung von Polizei, Schulen, Jugendhilfe und Zivilgesellschaft. Im Landkreis Gießen mit seinen 18 heterogenen Kommunen führt isoliertes Arbeiten oft dazu, dass soziale Schieflagen oder Radikalisierungstendenzen im Verborgenen bleiben. Zwar existieren bereits Gremien und ein Präventionspreis, doch fehlt es an hauptamtlicher Koordination, systematischer Datenauswertung und einer konsequenten Vernetzung mit den kleineren Gemeinden vor Ort.

Ziel

Der Landkreis Gießen etabliert einen professionalisierten Kommunalen Präventionsrat als zentrale Drehscheibe. Ziel ist eine datengestützte Identifikation von Risikolagen, die Entwicklung koordinierter Maßnahmen sowie die Bereitstellung niedrigschwelliger Extremismusprävention. Durch die Unterstützung lokaler Räte soll Präventionsarbeit flächendeckend und wirksam im gesamten Landkreis verankert werden.

Maßnahmen

- **Strukturen professionalisieren:** Einrichtung einer hauptamtlichen Koordinationsstelle (1,5 VZÄ) nach Darmstädter Vorbild zur Steuerung der Netzwerkarbeit und Projektförderung.
- **Datengestützte Analyse:** Durchführung von Hotspot-Analysen mittels GIS-Mapping und Veröffentlichung interaktiver Online-Dashboards nach Wiener Vorbild.
- **Früherkennung und Intervention:** Schulung von Lehrkräften und Sozialarbeitenden zur Erkennung von Radikalisierung sowie Etablierung vertraulicher Meldestrukturen.
- **Gemeindevernetzung:** Unterstützung bei der Gründung lokaler Präventionsräte in allen 18 Kommunen inklusive regelmäßiger Erfahrungsaustausch (Main-Taunus-Modell).
- **Extremismusprävention:** Koordination mit Landesprogrammen und Ausbau von Bildungsangeboten zu Medienkompetenz und Demokratieförderung an Schulen.
- **Präventionspreis:** Erhöhung des jährlichen Präventionspreises auf 3.000 EUR zur stärkeren Honorierung zivilgesellschaftlichen Engagements.

Best Practices

- Der Kommunale Präventionsrat Darmstadt (KPRD) belegt seit Jahrzehnten den Erfolg hauptamtlicher Geschäftsführungen, während der Main-Taunus-Kreis mit seinem zweistufigen Modell die ideale Vernetzung zwischen Kreis und Kommunen vorlebt.

- Das MODUS-Projekt in Göttingen zeigt zudem, wie durch frühzeitige, vernetzte Intervention extremistische Vorfälle signifikant reduziert werden können.

Digitale Beteiligungsplattform - Mitmachen von zu Hause

Partizipation • Digitalisierung • Transparenz • Barrierefreiheit

Herausforderung

Nicht alle können zu Abendterminen der Gremiensitzungen kommen. Eltern mit kleinen Kindern, Schichtarbeitende, Menschen mit Mobilitätseinschränkungen - für viele ist Präsenzbeteiligung schwierig. Gleichzeitig haben viele Menschen konkrete Ideen und Beschwerden, die sie gerne einbringen würden, wenn es nur niedrigschwellig möglich wäre.

Ziel

Aufbau einer digitalen Beteiligungsplattform, auf der die Bevölkerung jederzeit Sicherheitsanliegen melden, Vorschläge machen und über Maßnahmen diskutieren kann.

Maßnahmen

Plattform einrichten

- Open-Source-Software "Decidim" nutzen (kostenfrei, DSGVO-konform)
- Integration in städtische Website
- Barrierefreie Gestaltung nach WCAG 2.1 AA-Standard
- Mehrsprachigkeit (Deutsch, Englisch, ggf. weitere Sprachen)

Funktionen

- Meldung von Sicherheitsproblemen (z. B. kaputte Straßenbeleuchtung, Angsträume)
- Vorschläge für Verbesserungen
- Abstimmungen über konkrete Maßnahmen
- Transparente Rückmeldung: Was wurde umgesetzt? Was nicht und warum?

Moderation und Betreuung

- Professionelle Moderation gegen Hass und Spam
- Regelmäßige Auswertung und Weiterleitung an zuständige Stellen
- Feedback-Schleifen: Die Bevölkerung erfährt, was mit ihren Anliegen passiert

Best Practices

- **Barcelona "Decidim":** Über 400.000 Nutzende, 40% der Vorschläge umgesetzt
- **Madrid "Decide Madrid":** 90.000 Teilnehmende an Bürgerhaushalt

- **Reykjavík "Better Reykjavík":** 60% Umsetzungsquote bei Vorschlägen aus der Bevölkerung

Jugendgerichtshilfe stärken

Jugend · Soziales · Prävention · Bildung · Resozialisierung

Herausforderung

Jugendkriminalität ist oft die Folge von Perspektivlosigkeit, Armut und Vernachlässigung. Das Jugendstrafrecht setzt daher primär auf Erziehung und Reintegration statt auf Strafe. Im Landkreis Gießen ist die Jugendhilfe jedoch durch Fachkräftemangel und eine Vakanzquote von 16 % massiv überlastet. Angesichts einer Kinderarmutsquote von bis zu 25,6 % in Brennpunkten wie Gießen-Nord steigen die Fallzahlen und die Komplexität der Fälle stetig an, was eine individuelle Betreuung oft unmöglich macht.

Ziel

Der Landkreis Gießen verbessert die Personalausstattung der Jugendgerichtshilfe spürbar, um die Fachkräfte zu entlasten und die Rückfallquoten zu senken. Ziel ist die Erreichung eines Betreuungsschlüssels von maximal 1:20 (eine Fachkraft auf 20 Fälle) sowie die Etablierung präventiver Angebote, die ansetzen, bevor es zu gerichtlichen Auseinandersetzungen kommt.

Maßnahmen

- **Personalaufstockung und Fachkräftebindung:** Ausbau um 2-3 Vollzeitstellen inklusive interkultureller Spezialisierung sowie Einführung von Halte-Prämien und Supervisionsangeboten nach dem Vorbild der Stadt Gießen.
- **Dezentrale Präsenz:** Einrichtung von Sprechstunden direkt in Brennpunkt-Quartieren und enge Kooperation mit der aufsuchenden Jugendsozialarbeit.
- **Frühwarnsysteme:** Aufbau interdisziplinärer Netzwerke mit Schulen und Polizei für präventive Fallkonferenzen bei ersten Verhaltensauffälligkeiten.
- **Alternative Sanktionen:** Förderung von Täter-Opfer-Ausgleichen und sozialen Trainingskursen (Anti-Gewalt-Training) als vorrangige Diversionsmaßnahmen.
- **Praxisorientierte Reintegration:** Initiierung von Mentoring-Programmen sowie Sport- und Handwerksprojekten zur Vermittlung von Kompetenzen und Ausbildungsplätzen.
- **Nachbetreuung:** Sicherstellung einer Begleitung über das Ende des Gerichtsverfahrens hinaus zur langfristigen Stabilisierung der Jugendlichen.

Best Practices

- Stuttgart belegt mit einem Betreuungsschlüssel von 1:15, dass intensive Begleitung die Rückfallquote um 25 % senken kann.
- In Marburg-Biedenkopf sorgt eine „Clearing-Stelle“ für Hilfe bereits bei ersten Polizeikontakten, während Norwegen durch konsequente Resozialisierung die niedrigste Rückfallquote Europas erzielt.

Der Landkreis Gießen hat mit dem Gefahrenabwehrzentrum, dem existierenden Präventionsrat und engagierten Feuerwehren eine solide Basis. Die zentralen Handlungsfelder liegen in der **strukturellen Stärkung der Tagesalarmbereitschaft** (nur 30% der Feuerwehren einsatzfähig), der **Personalsituation im Jugendamt** (16% Vakanzquote) und der **inklusiven Katastrophenschutzplanung**.

Die rechtlichen Spielräume sind klar: Überörtlicher Brandschutz, Katastrophenschutz, Zentrale Leitstelle und Jugendgerichtshilfe sind originäre Kreisaufgaben. Die Förderlandschaft bietet konkrete Ansatzpunkte:

Demokratie leben! für Prävention (bis 15.000 EUR pro Projekt)

Koordinatorenstellen Brandschutzerziehung (13.250 EUR/Jahr vom Land)

KOMPASS für Sicherheitsanalysen (kostenfrei)

Brandschutzförderung Hessen (45 Mio. EUR jährlich)

Volt will keine reaktive Sicherheitspolitik, sondern präventive Strukturen, die allen Menschen im Landkreis Gießen – ob in der Stadt oder auf dem Dorf, ob mit oder ohne Behinderung, ob alt oder jung – gleichermaßen dienen.

Digitalisierung, Verwaltung & Smart Region

Digitalisierung · Verwaltung · Smart City · E-Government · Innovation

Die Digitalisierung verändert in Gießen und im Landkreis das tägliche Leben – von Verwaltung über Mobilität bis hin zu Bildung und Katastrophenschutz. Sie bietet enorme Chancen, Prozesse effizienter, transparenter und bürger näher zu gestalten. Gießen hat eine einzigartige Ausgangslage: Als Modellgemeinde im Bundesprogramm „Modellprojekte Smart Cities“ stehen bis 2027 rund 8 Millionen Euro Förderung zur Verfügung. Doch der Nachholbedarf ist groß: Im Smart-City-Ranking 2025 belegt die Stadt Gießen nur Platz 154, während Nachbarkommunen wie Bad Nauheim bereits Platz 6 erreichen. Volt versteht Digitalisierung nicht als Selbstzweck, sondern als Werkzeug für ein einfacheres und inklusives Leben.

Smart Region: Strategie & Koordination

Digitalisierung · Innovation · Bürgerbeteiligung · Transparenz · Effizienz

Herausforderung

Bisher fehlte eine zentrale Führungsstruktur, was zu parallelen Initiativen und Ressourcenverschwendungen führte. Die größte Herausforderung bleibt: Pilotprojekte dauerhaft in den Regelbetrieb zu überführen. Die Kooperationsvereinbarung zwischen Stadt und Landkreis vom März 2025 ist ein wichtiger erster Schritt, um Synergien zwischen allen 18 Gemeinden zu nutzen.

Ziel

Etablierung einer verbindlichen Digitalstrategie, die Verantwortlichkeiten bündelt und Stadt sowie Landkreis in einer gemeinsamen Smart Region vereint. Digitalisierung soll als dauerhaftes Querschnittsthema verankert und Pilotprojekte konsequent in den Regelbetrieb überführt werden.

Maßnahmen

- **Haus der Digitalisierung:** Einrichtung eines Kompetenzzentrums als zentrale Stabsstelle der Kreisverwaltung, die die gemeinsame Steuerung der Digitalisierung mit der Stadt Gießen und den kreisangehörigen Kommunen koordiniert.
- **Interkommunale Allianz:** Erweiterung der Kooperationsvereinbarung auf alle 18 Gemeinden zur gemeinsamen Entwicklung von Datenplattformen und Anwendungen.
- **Monitoring-Dashboards:** Aufbau öffentlicher Dashboards, die Fortschritte bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und beim Breitbandausbau transparent und nachvollziehbar darstellen. So wird sichtbar, welche Leistungen digital verfügbar sind, wo es Verzögerungen gibt und welche Gemeinden bereits profitieren.
- **KI- und Datenkompetenz verstetigen:** Mit dem interkommunalen Projekt „Smart KIKZ – Kompetenzzentrum für smarte Daten und KI“, an dem sich die Stadt Gießen aktiv beteiligt, werden urbane Daten gezielt genutzt. Volt will, dass die gewonnenen Erkenntnisse konsequent in die kommunale Praxis überführt werden. Nach Ende der Förderphase soll Smart KIKZ als dauerhafte interkommunale KI- und Datenkompetenz weitergeführt werden.

Bürgerzentrierte Verwaltung

Service · Digitalisierung · Barrierefreiheit · Transparenz · Effizienz

Herausforderung

Obwohl die Anzahl der Online-Verfahren von 8 (2019) auf 49 (2024) gestiegen ist, bleiben viele Leistungen papierbasiert. Es fehlen oft barrierefreie und mehrsprachige Angebote. Medienbrüche zwischen Online-Formularen und der internen Bearbeitung bremsen die Effizienz.

Ziel

Entwicklung eines vollständig benutzerfreundlichen digitalen Kreishauses, das alle zentralen Leistungen online, barrierefrei und mehrsprachig zugänglich macht. Der Behördenkontakt soll durch ein einziges Login (BundID) und proaktive Hinweise auf Fristen radikal vereinfacht werden.

Maßnahmen

- **End-to-End-Digitalisierung:** Konsequente Digitalisierung der meistgenutzten Verwaltungsleistungen bis Ende 2026, sodass diese medienbruchfrei und durchgängig digital unterstützt werden, inklusive vollständiger elektronischer Aktenführung. So wird das Onlinezugangsgesetz (OZG) eingehalten und Einwohnende profitieren von einfachen, schnellen und transparenten digitalen Services.
- **BundID & digitale Unterschriften:** Vollständige Integration der BundID und qualifizierter elektronischer Signaturen für rechtssichere digitale Bescheide.
- **Inklusion per Design:** Gestaltung aller Websites nach WCAG-Standards (Web Content Accessibility Guidelines) und Bereitstellung in mindestens sechs Sprachen (inkl. Ukrainisch, Arabisch, Türkisch).
- **KI-Assistenten:** Einsatz von Chatbots für häufige Anfragen (z. B. Wohngeld, Kfz), während analoge Kanäle und Servicezentren für die persönliche Beratung erhalten bleiben.

Digitale Infrastruktur & IT-Sicherheit

Digitalisierung · Innovation · Datenschutz · Daseinsvorsorge · Zukunftsfähigkeit

Herausforderung

FTTC-Anschlüsse (Kupfer auf der „letzten Meile“) reichen für zukünftige Anforderungen nicht aus. Zudem schafft jede Vernetzung neue Angriffsflächen. Der schwere Ransomware-Angriff auf die JLU Gießen (2019) war ein Warnsignal: IT-Sicherheit ist die Grundvoraussetzung für das Vertrauen in digitale Dienste.

Ziel

Schaffung einer leistungsfähigen Gigabit-Infrastruktur (FTTH) für alle 140.000 Haushalte bis 2030 sowie der Aufbau einer resiliентen Cyberabwehr, die alle 18 Gemeinden systematisch schützt.

Maßnahmen

- **Glasfaser-Garantie:** Beschleunigter Ausbau von Glasfaser bis ins Haus (FTTH) mit Priorisierung von Schulen, Krankenhäusern und Gewerbegebieten.
- **Hybrid-Funknetz:** Kombination von 5G-Ausbau mit einem kreisweiten LoRaWAN-Netz für Sensordaten (z. B. Pegelstände, Luftqualität).
- **Resilienz-Programm:** Umsetzung des BSI-IT-Grundschutzes und regelmäßige Krisenstabsübungen zur Simulation von Cyberangriffen (HECAAZ-Training).
- **Backup-Strategie:** Implementierung der 3-2-1-Regel (drei Kopien auf zwei Medientypen, eine davon offline) für alle kritischen Verwaltungsdaten.

Digitale Souveränität & Offene Daten

Digitalisierung • Transparenz • Innovation • Partizipation

Herausforderung

Abhängigkeiten von US-Softwareanbietern wie Microsoft gefährden die eigene Souveränität, verursachen hohe Lizenzkosten und bergen Datenschutzrisiken. Gleichzeitig werden kommunale Daten selten in maschinenlesbaren Formaten bereitgestellt, was Innovationen durch Start-ups und Forschung erschwert.

Ziel

Etablierung einer „Open by Default“-Praxis und Reduktion der Abhängigkeit von proprietären Systemen. Stadt und Landkreis sollen digitale Kontrolle über ihre eigene Daten gewinnen und offene Standards gemeinsam als Innovationsmotor nutzen.

Maßnahmen

- **Open-Source-Migration:** Schrittweiser Umstieg auf freie Software in der Verwaltung (z. B. LibreOffice, OpenDesk) nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein.
- **Transparenzportal:** Veröffentlichung von Verkehrs-, Energie- und Haushaltsdaten in offenen Formaten (CSV, JSON) über den Open Data Hub.
- **GoDonu-Plattform:** Aktive Teilnahme am hessischen Projekt für den interkommunalen Datenaustausch und Benchmarking.
- **Datenhoheit:** Verpflichtung zur Speicherung aller sensiblen Verwaltungsdaten auf europäischen Servern.

Digitale Teilhabe & Nachhaltigkeit

Digitalisierung • Soziale Gerechtigkeit • Barrierefreiheit • Klimaschutz

Herausforderung

Besonders ältere Menschen und einkommensschwache Gruppen drohen durch die Digitalisierung abgehängt zu werden. Zudem müssen digitale Dienste selbst nachhaltig gestaltet werden, um den ökologischen Fußabdruck der IT zu minimieren.

Ziel

Sicherstellung digitaler Teilhabe durch wohnortnahe Unterstützung und Förderung der Medienkompetenz. Digitalisierung soll gezielt zur Steigerung der Klimaresilienz und Ressourceneffizienz eingesetzt werden.

Maßnahmen

- **Digitale Lotsdienste & Zukunftsbus:** Ausbau eines strukturierten Netzwerks ehrenamtlicher Digitalbegleiter nach dem Vorbild der hessenweiten „Di@-Lotsen“ und Verstärkung des mobilen Beratungsbusses für den ländlichen Raum.
- **MakerSpaces & Bildung:** Förderung praktischer Erfahrung in Digitalwerkstätten (z. B. MAGIE MakerSpace) und verpflichtende Digitalschulungen für die Verwaltung.
- **Grüne IT:** Einführung von Nachhaltigkeitsstandards für Hardware-Beschaffung (Langlebigkeit, Fair Trade) und Nutzung energieeffizienter Rechenzentren.
- **Smart Mobility:** Vernetzung von On-Demand-Shuttles und intelligentem Parkmanagement über eine zentrale Mobilitätsplattform.

Best Practices

- **Darmstadt & Hamburg:** Vorbilder für hauptamtliche Digital-Stabsstellen und erfolgreiche Transparenzportale.
- **Schleswig-Holstein:** Pionier bei der Migration auf Open-Source-Arbeitsplätze in der Verwaltung.
- **Wien:** Referenz für die Nutzung interaktiver Dashboards zur Visualisierung städtischer Echtzeitdaten.

Als hessische Smart-City-Modellkommune mit 8 Millionen Euro Bundesförderung **kann die Region bundesweit Maßstäbe setzen**. Die Vereinbarung zwischen Stadt und Landkreis vom März 2025 zeigt den Weg: **Gemeinsam statt isoliert**. Volt versteht Digitalisierung nicht als Selbstzweck, sondern als Werkzeug für ein einfacheres Leben. Förderprogramme wie GoDonu für offene Daten und Hessen3C für IT-Sicherheit werden gezielt genutzt, um **Gießen resilient und unabhängig zu machen**. Digitale Souveränität durch Open Source, **Cyber-Resilienz** für alle 18 Gemeinden und echte Teilhabe durch barrierefreie Angebote. **Digitalisierung** bildet dabei das **Fundament für Transparenz** und eine moderne politische Infrastruktur.

DEMOKRATIE, TEILHABE & VIELFALT

Bürgerschaftsbeteiligung

Gießen war 2015 hessischer Pionier für strukturierte Bürgerbeteiligung. Nach dem VGH-Urteil von 2021 und der neuen Einwohnerbeteiligungssatzung von 2023 steht die Stadt heute vor der Aufgabe, ihr Beteiligungssystem auf die Höhe der Zeit zu bringen. Die digitale Plattform „Giessen DIREKT“ bietet ein funktionierendes Fundament, benötigt aber dringend eine technologische Erneuerung. Der Landkreis Gießen ist dank Volt mit seinen Live-Streams der Kreistagssitzungen bereits Vorreiter - die Stadt muss nachziehen.

Volt setzt sich für eine umfassende Modernisierung der Beteiligungsinfrastruktur ein: Eine leistungsfähige digitale Plattform auf Basis der Open-Source-Software CONSUL, echte Transparenz durch eine Informationsfreiheitssatzung, verbindliche Beteiligungsleitlinien, ein Bürgerbudget für direkte finanzielle Mitgestaltung, thematische Bürgerräte für komplexe Fragestellungen und ein Jugendparlament mit echten Mitspracherechten.

Der Gesamtinvestitionsbedarf liegt bei geschätzten 150.000-200.000 EUR jährlich plus einmaligen Einrichtungskosten von etwa 50.000 EUR - eine überschaubare Summe für eine Stadt mit über 400 Millionen Euro Haushaltsvolumen. Der demokratische Mehrwert: höhere Legitimation kommunaler Entscheidungen, bessere Politikqualität durch Bürgerwissen und eine lebendigere lokale Demokratie.

Digitale Beteiligungsinfrastruktur

Digitalisierung · Demokratie · Transparenz · Bürgerbeteiligung · Open Source

Herausforderung

Die bestehende Plattform „Gießen DIREKT“ bietet grundlegende Funktionen wie Vorhabenliste, Kommentare und einen Mängelmelder. Für zeitgemäße, partizipative Prozesse fehlen jedoch zentrale Features: systematische Konsultationsverfahren, Bürgerbudgets, Online-Abstimmungen, barrierefreie Zugänge und mehrsprachige Inhalte. Die technische Basis ist veraltet und nicht zukunftsfähig.

Ziel

Einführung einer leistungsfähigen, Open-Source-basierten Beteiligungsplattform, die digitale und analoge Beteiligungsformate verzahnt, barrierefreie Zugänge garantiert und verschiedene Beteiligungsintensitäten ermöglicht (Information, Konsultation, Mitgestaltung, Mitentscheidung). Die Plattform soll sowohl für die Stadt als auch für den Landkreis nutzbar sein.

Maßnahmen

- **Einführung der Open-Source-Plattform CONSUL** (alternativ: Adhocracy+ als Pilotphase) mit regionalem Support durch die wer denkt was GmbH aus Darmstadt

- **Systematische Integration von Konsultationsverfahren**, Bürgerbudgets, Online-Abstimmungen und Projektvorschlägen
- **Barrierefreie Gestaltung nach BITV 2.0 und WCAG 2.1 Level AA mit mehrsprachigen Inhalten** (mindestens DE, EN, TR, UK, AR)
- **Verzahnung mit analogen Formaten**: Beteiligungsterminals in Bürgerbüros, Stadtteilzentren und Bibliotheken, moderierte Beteiligungsabende
- **Verbindliche Verankerung in Beteiligungsleitlinien**: Definition, wann welche Verfahren (ab bestimmtem Projektvolumen) auf der Plattform durchgeführt werden müssen

Best Practices

- **Detmold** (75.000 EW, CONSUL-Implementierung),
- **Potsdam** (Mitgestalten.Potsdam.de, 185.000 EW),
- **wer denkt was GmbH Darmstadt** (bereits in Giessen aktiv mit Beteiligungsprozessen wie Gummiinsel 2024)

Informationsfreiheitssatzung für Stadt und Landkreis

Transparenz · Informationsfreiheit · Open Data · Bürgerbeteiligung · Demokratie

Herausforderung

Hessen ist das einzige Bundesland mit 'Opt-In'-Modell: Das Hessische Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG) gilt für Kommunen nur, wenn diese eine eigene Satzung beschließen. Aktuell haben nur etwa 16 von 600 hessischen Gebietskörperschaften eine Informationsfreiheitssatzung - weder Stadt noch Landkreis Giessen gehören dazu. Dies steht im Widerspruch zum Transparenzanspruch einer modernen Verwaltung.

Ziel

Beschluss von Informationsfreiheitssatzungen sowohl für die Stadt als auch für den Landkreis Gießen auf Basis von §§ 80-89 HDSIG. Proaktive Veröffentlichung wichtiger Dokumente (Haushalt, Verträge ab bestimmtem Volumen, Gutachten, Sitzungsvorlagen) in maschinenlesbarem Format. Einrichtung eines zentralen Transparenzportals.

Maßnahmen

- **Erarbeitung von Informationsfreiheitssatzungen**
Volt Gießen fordert die Erarbeitung von Informationsfreiheitssatzungen nach Vorbild der Mustersatzung Kassel (29.10.2018) oder dem Marburg-Biedenkopf-Modell
- **Gebührenfreiheit**
Volt Gießen fordert Gebührenfreiheit für mündliche und einfache schriftliche Auskünfte sowie Akteneinsicht vor Ort; Kopien ca. 0,20 EUR/Seite

- **Proaktive Veröffentlichung**
Volt Gießen fordert die proaktive Veröffentlichung von Haushalten, Verträgen ab 10.000 EUR, Gutachten, Umwelt- und Planungsdaten sowie Sitzungsvorlagen.
- **Aufbau eines Open-Data-Portals** mit maschinenlesbaren Formaten (CSV, JSON, XML)
- **Fristenregelung:** Antwortfrist von 1 Monat, Begründungspflicht bei Ablehnung

Best Practices

- **Frankfurt, Darmstadt, Kassel** (kreisfreie Städte mit Satzungen)
- **Landkreise Marburg-Biedenkopf** (BMI-Modellkommune Open Government), **Gross-Gerau, Lahn-Dill-Kreis**
- **Stadt Kronberg** (neueste Satzung Oktober 2023)

Beteiligungsleitlinien mit Qualitätssicherung

Bürgerbeteiligung · Verbindlichkeit · Standards · Demokratie · Qualitätssicherung

Herausforderung

Die neue Einwohnerbeteiligungssatzung von 2023 regelt formale Instrumente (Einwohnerfragestunde, Einwohnerpetition, Vorhabenliste), definiert aber keine Qualitätsstandards für Beteiligungsprozesse. Es fehlt an klaren Kriterien, wann und wie Beteiligung stattfinden muss, welche Rollen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft haben und wie Ergebnisse verbindlich in Entscheidungen einfließen.

Ziel

Entwicklung und Verabschiedung kommunaler Beteiligungsleitlinien, die Mindeststandards und Qualitätskriterien für alle Beteiligungsprozesse festlegen. Die Leitlinien sollen flexibler und rechtssicherer sein als die frühere Satzung und in einem partizipativen Prozess mit Bürgerschaft, Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik erarbeitet werden.

Maßnahmen

- **Verbindliche Anlassfälle:** Größere Bau- und Infrastrukturprojekte (z. B. ab 1 Mio. EUR Investitionsvolumen), Schulentwicklungsplanung, Verkehrskonzepte, Klimaanpassungsmassnahmen
- **Stufenmodell der Beteiligung:** Informieren (niedrigste Stufe), Konsultieren (Anhörung), Ko-Kreieren (gemeinsame Entwicklung), Mitentscheiden (höchste Stufe bei Bürgerbudgets)
- **Rollenklärung:** Präzise Definition, was Bürger*innen entscheiden dürfen und was als Beratung dient
- **Rückkopplungspflicht:** Verwaltung und Politik müssen öffentlich dokumentieren und begründen, wie Beteiligungsergebnisse berücksichtigt wurden

- **Beteiligungscheck in Beschlussvorlagen:** Jede Vorlage für Stadtverordnetenversammlung/Kreistag muss erläutern, ob und wie Beteiligung stattfand
- **Jährlicher Beteiligungsbericht:** Anzahl der Verfahren, erreichte Gruppen, Ergebnisse, Umsetzungsstand

Best Practices

- Viele deutsche Kommunen haben Beteiligungsleitlinien (siehe Netzwerk Bürgerbeteiligung)
- **Landkreis Marburg-Biedenkopf** mit Beteiligungsbericht und Beteiligungskataster

Der Landkreis Gießen steht an einem entscheidenden Punkt: Er kann Bürgerbeteiligung als festen Bestandteil moderner Kreispolitik etablieren – oder hinter Kommunen zurückbleiben, die Beteiligung bereits systematisch nutzen. Die technischen Möglichkeiten sind vorhanden, die rechtlichen Rahmenbedingungen seit der HGO-Novelle 2025 geklärt, und erfolgreiche Beispiele aus anderen Landkreisen zeigen, dass wirksame Beteiligung auch auf Kreisebene funktioniert.

Was bislang fehlt, ist der politische Wille, Beteiligung als dauerhafte Aufgabe der Kreisverwaltung zu begreifen und die notwendigen Ressourcen bereitzustellen. Volt setzt sich für ein schlüssiges, evidenzbasiertes Gesamtkonzept ein: transparente Entscheidungsprozesse, verbindliche Beteiligungsstandards, digitale und analoge Formate, gezielte Jugendbeteiligung sowie Beteiligung bei zentralen Kreisentscheidungen.

Der finanzielle Aufwand ist überschaubar, der demokratische Mehrwert hoch. Ein Landkreis, in dem Entscheidungen nachvollziehbar getroffen werden und Menschen ihre Perspektiven frühzeitig einbringen können. Ein Landkreis, in dem Politik nicht über Köpfe hinweg geschieht, sondern gemeinsam mit einer informierten und engagierten Bürgerschaft gestaltet wird. Demokratie ist auch auf Kreisebene keine Selbstverständlichkeit – sie muss aktiv gepflegt und weiterentwickelt werden. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, diesen Schritt zu gehen.

Plurale Gesellschaft

Kommunales Antidiskriminierungskonzept

Kreisweite Antidiskriminierungsstelle einrichten

Chancengleichheit · Soziales · Beratung · Antidiskriminierung · Monitoring

Herausforderung

Betroffene von Diskriminierung benötigen niedrigschwellige und vertrauenswürdige Anlaufstellen, die rechtliche, emotionale und psychologische Unterstützung bieten. Während die Stadt Gießen mit dem WIR-Vielfaltszentrum eine gute Infrastruktur

aufgebaut hat, fehlt für die **18 Gemeinden des Landkreises** eine eigene Anlaufstelle. Der Landkreis Gießen mit seinen über 270.000 Einwohnenden – davon viele mit Migrationshintergrund – benötigt eine kreisweite Antidiskriminierungsstruktur, die auch die ländlichen Räume erreicht.

Ziel

Schaffung einer kreisweiten Antidiskriminierungsstelle mit Unterstützungsangeboten für Betroffene von Rechtsextremismus, Rassismus und allen Formen von Diskriminierung in allen 18 Kreisgemeinden.

Maßnahmen

- **Einrichtung** einer unabhängigen **Antidiskriminierungsbeauftragten des Landkreises** (1,0 VZÄ) als Stabsstelle oder angesiedelt in der Kreisverwaltung
- **Aufbau eines Beratungsnetzwerks** für alle 18 Gemeinden mit dezentralen Sprechstunden
- **Sicherstellung niedrigschwelliger, barrierefreier Zugänge** in den Kommunen (persönlich, telefonisch, online)
- Vertrauliche Beratung, Falleinschätzung und Vermittlung an spezialisierte Stellen
- Aufbau einer **Online-Meldeplattform für Diskriminierungsvorfälle** auf lkgi.de
- **Kooperation mit der Stadt Gießen** (WIR-Vielfaltszentrum) und zivilgesellschaftlichen Organisationen
- **Jährlicher Diskriminierungsbericht** für den Kreistag

Best Practices

- **Landkreis Göttingen** (Antidiskriminierungsstelle mit Netzwerk von 80 Organisationen)
- **Stadt Kassel** (Beauftragte als Modellkommune seit 2024)
- **Stadt Köln** (Förderung nicht-städtischer Antidiskriminierungsbüros, gesamtstädtisches Diskriminierungsmonitoring)

Systematische Antidiskriminierungstrainings für die Kreisverwaltung

Integration & Diversität • Bildung • Verwaltungsmodernisierung

Herausforderung

Fehlende Sensibilisierung in der Verwaltung kann zu institutioneller Diskriminierung führen, besonders in Bereichen mit hohem Publikumsverkehr. Der Landkreis Gießen ist unter anderem zuständig für **Ausländerbehörde, Jobcenter, Sozialamt und Gesundheitsamt** – alles Bereiche mit häufigem Kontakt zu besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen. Systematische Fortbildungen zu interkultureller Kompetenz und diskriminierungssensiblem Handeln fehlen bislang.

Ziel

Entwicklung und Implementierung verpflichtender Antidiskriminierungstrainings für alle Kreisverwaltungsmitarbeitenden mit besonderem Fokus auf Bereiche mit hohem Publikumsverkehr.

Maßnahmen

- **Verpflichtende Basis-Schulung** (4 Stunden) für ALLE Kreisbeschäftigte zu Diskriminierungsformen, rechtlichen Grundlagen (AGG) und diskriminierungssensibler Sprache
- **Vertiefungsworkshops** (2 Tage) für Führungskräfte zu Diversity Management und diskriminierungssensiblen Handlungsstrategien
- Spezielle Schulungen für Mitarbeitende in **Ausländerbehörde, Jobcenter, Sozialamt und Gesundheitsamt** zu interkultureller Kompetenz und Deeskalation
- Implementierung in die reguläre Personalentwicklung mit **jährlicher Auffrischung**
- **Evaluation durch Bürgerfeedback** und Diversity-Monitoring

Best Practices

- **Stadt Köln** (jährliche Vergabe städtischer Mittel für Antirassismus-Training)
- **Stadt Stuttgart** (Schulungen nach Diskriminierungsvorfall)
- **ADiNet Nordhessen** (Schulungen zu interkultureller Kompetenz)

Koordination eines kreisweiten Diskriminierungsmonitorings

Integration & Diversität • Transparenz • Innovation • Soziale Gerechtigkeit

Herausforderung

Ohne systematische Datenerfassung bleibt Diskriminierung unsichtbar und kann nicht gezielt bekämpft werden. Im Landkreis Gießen gibt es verschiedene Beratungsstellen (WIR-Vielfaltszentrum, ADiNet Mittelhessen, AIDS-Hilfe Gießen), deren Daten jedoch nicht systematisch zusammengeführt werden. Dem Landkreis fehlt ein Gesamtüberblick über Diskriminierungsdynamiken in den 18 Gemeinden.

Ziel

Etablierung eines kreisweiten Diskriminierungsmonitorings durch Koordination und Zusammenführung bestehender Daten in Kooperation mit der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Maßnahmen

- **Einrichtung eines Diskriminierungsmonitorings** zur Zusammenführung von Erkenntnissen verschiedener Beratungsstellen

- **Koordination der systematischen Dokumentation** von Beratungsanfragen und -zahlen
- **Kooperation mit der JLU Gießen** (Institut für Soziologie, Politikwissenschaft) zur regelmäßigen wissenschaftlichen Analyse
- **Erfassung regionaler Unterschiede** zwischen den 18 Kreisgemeinden
- **Jährlicher Antidiskriminierungsbericht** für den Kreistag
- **Anonymisierte Veröffentlichung** von Daten zur Transparenz

Best Practices

- **Stadt Köln** (gesamtstädtisches Diskriminierungsmonitoring)
- **Stadt Kassel** (Kommunales Bildungsmonitoring erfasst diskriminierungsbedingte Schulabbrüche)

Kreisweiter Runder Tisch gegen Diskriminierung und Hasskriminalität

Sicherheit · Antidiskriminierung · Vernetzung · Prävention · Polizei

Herausforderung

Hasskriminalität und Diskriminierung erfordern koordinierte Maßnahmen verschiedener Fachbereiche und Institutionen. Im Landkreis Gießen fehlt bislang ein systematisches, behördenübergreifendes Gremium, das Polizei, Bildungssektor, Sozialarbeit, Wissenschaft, Kommunen und Zivilgesellschaft vernetzt. Mit 18 Gemeinden, der Justus-Liebig-Universität und vielfältigen zivilgesellschaftlichen Akteuren bietet der Landkreis jedoch großes Potenzial für innovative Präventionsansätze.

Ziel

Entwicklung eines ganzheitlichen Mechanismus gegen Hasskriminalität durch Bündelung von Expertise aus verschiedenen Bereichen und Etablierung eines kreisweiten Präventionsrats.

Maßnahmen

- **Einrichtung eines kreisweiten Runden Tisches** gegen Diskriminierung und Hasskriminalität unter Beteiligung von Polizeipräsidium Mittelhessen, JLU Gießen, Schulen, Sozialarbeit, WIR-Vielfaltszentrum, Kreisjugendring, allen 18 Gemeinden und Zivilgesellschaft
- Koordination mit dem Hessischen Landesprogramm "**aktiv für Demokratie und gegen Extremismus**"
- **Etablierung systematischer Austauschformate** (vierteljährlich) zur Früherkennung und Bekämpfung von Hasskriminalität
- **Kooperationsvereinbarung** zwischen Landkreis Gießen und Polizeipräsidium Mittelhessen

- **Entwicklung eines kreisweiten Präventionsplans** mit messbaren Zielen
- **Unterstützung der Kommunen** bei lokalen Präventionsmaßnahmen

Best Practices

- **Beratungsnetzwerk Hessen** (Bündelung von Expertise zur Extremismusprävention)
- **HessenGegenHetze** (staatliche Meldestelle mit behördenübergreifender Zusammenarbeit)
- **MODUS-Projekt Göttingen** (Vernetzung zur Früherkennung von Radikalisierung)

Menschen mit Behinderung

Barrierefreier ÖPNV

Inklusion · Barrierefreiheit · Teilhabe · Menschen mit Behinderung · ÖPNV

Herausforderung

Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet Deutschland seit 2009 zur umfassenden Barrierefreiheit. Der **Landkreis Gießen ist als ÖPNV-Aufgabenträger gesetzlich verpflichtet**, Barrierefreiheit im Nahverkehr anzustreben. Aktuell weisen zahlreiche Haltestellen, Bushaltepunkte und Bahnhöfe im Kreisgebiet erhebliche Barrieren auf. Viele ländliche Gemeinden sind besonders betroffen. Mit der Neubestellung des Kreisbehindertenbeauftragten 2024 besteht die Chance für systematischen Fortschritt.

Ziel

Der Landkreis Gießen entwickelt einen konkreten **Nahverkehrsplan mit verbindlichen Barrierefreiheitszielen** (z. B. 70% bis 2030) und setzt diese systematisch um. Schwerpunkt: Bushaltestellen, zentrale Umsteigepunkte und wichtige Ziele.

Maßnahmen

- **Systematische Bestandsaufnahme** aller ÖPNV-Haltestellen im Kreisgebiet nach Barrierefreiheit
- **Priorisierung:** Haltestellen an Busbahnhöfen, zentralen Umsteigepunkten, wichtigen Zielen (Schulen, Bahnhöfe, Jobcenter, Kliniken)
- **Fortlaufender Ausbau** im Zuge von Modernisierungen und Sanierungen
- Installation von **akustischen und visuellen Informationssystemen** an allen prioritären Haltestellen
- **Einbindung von Menschen mit Behinderungen** in Planungsprozesse (Konsultation mit Behindertenbeauftragtem, Selbsthilfegruppen)
- Kooperation mit Verkehrsunternehmen und den 18 Gemeinden

- Regelmäßige **Fortschrittsberichte** an den Kreistag
- Langfristziel: 90% Barrierefreiheit wie in Offenbach

Best Practices

- **Landkreis Starnberg** (systematische Bestandsaufnahme und Priorisierung)
- **Stadt Offenbach** (90% ÖPNV-Barrierefreiheit durch systematischen Ausbau)
- **Japan** (taktile Leitsysteme an Bahnhöfen)

Barrierefreie digitale Kommunikation des Landkreises

Barrierefreiheit • Digitalisierung • Transparenz • Verwaltungsmodernisierung

Herausforderung

Die Webseite des Landkreises Gießen und kommunale Informationen sind nicht durchgehend barrierefrei gestaltet. Menschen mit Sehbehinderungen oder kognitiven Einschränkungen haben Schwierigkeiten, Verwaltungsdienstleistungen zu nutzen. Die EU-Richtlinie 2016/2102 verpflichtet Kommunen zur digitalen Barrierefreiheit – diese wird jedoch oft nur minimal erfüllt.

Ziel

Konsequente Umsetzung der EU-Richtlinie zur Barrierefreiheit von Websites und mobilen Anwendungen sowie ausgeweitete Nutzung von einfacher und leichter Sprache in der gesamten Kreiskommunikation.

Maßnahmen

- Prüfung der Kreishomepage lkgi.de nach **WCAG 2.1 Standard** (Web Content Accessibility Guidelines)
- Bereitstellung aller wichtigen kommunalen Informationen in **leichter Sprache** (insbesondere Anträge, Bescheide, Krisenkommunikation)
- Nutzung von **KI-Tools zur kostengünstigen Übersetzung** von Verwaltungstexten in einfache Sprache
- Schulungsangebot für Mitarbeitende in Grundlagen der Gebärdensprache (mindestens für Bürgerservice)
- Einrichtung eines **Gebärdensprach-Video-Dolmetscherdienstes** für die Kreisverwaltung

Best Practices

- KI-Tool "Plain" (Übersetzung von Verwaltungstexten in einfache Sprache)
- Kommunaler Gebärdensprach-Avatar (Bremen und Berlin)
- Stadt Heidelberg (KI-gestützte Beratungsdesks mit leichter Sprache)

Geschlechtergerechtigkeit und Schutz vor Gewalt

Kofinanzierung von Frauenhausplätzen sichern

Geschlechtergerechtigkeit · Gewaltschutz · Soziales · Frauenhäuser · Prävention

Herausforderung

Die Istanbul-Konvention fordert einen Frauenhausplatz je 10.000 Einwohnende. Für den Landkreis Gießen bedeutet das mindestens 27 Familienzimmer. Die **Stadt Gießen trägt die Frauenhäuser**, der **Landkreis kofinanziert** diese gemeinsam mit dem Land Hessen. Hessenweite Studien zeigen: Der tatsächliche Bedarf ist doppelt so hoch. Das neue **Hessische Gewalthilfegesetz** wird ab 2032 einen **Rechtsanspruch auf Schutzplätze** schaffen – dies erfordert jetzt vorausschauende Planung.

Ziel

Der Landkreis sichert seine Kofinanzierung der Frauenhäuser und bereitet sich gemeinsam mit der Stadt Gießen auf den kommenden Rechtsanspruch ab 2032 vor.

Maßnahmen

- **Transparente Bedarfsanalyse** in Kooperation mit Stadt Gießen: Aktuelle Kapazitäten, Auslastung und Bedarf im gesamten Kreisgebiet
- **Sicherstellung der Kofinanzierung** für schrittweise Erhöhung der Frauenhausplätze
- Prüfung: Können zusätzliche Plätze speziell für Landkreis-Bürger*innen geschaffen werden?
- **Umstellung auf Pauschalfinanzierung** statt Tagessätzen zur Planungssicherheit (gemeinsam mit Land und Stadt)
- Schaffung zusätzlicher Schutzplätze für besondere Bedarfsgruppen (Frauen mit Behinderungen, geflüchtete Frauen)
- **Vorbereitung auf Rechtsanspruch ab 2032** (Hessisches Gewalthilfegesetz)
- Enge Abstimmung mit der Stadt Gießen als primärer Trägerin

Best Practices

- Schleswig-Holstein (Pauschalfinanzierung von 15.000 € pro Frauenhausplatz/Jahr)
- Frankfurt (zusätzliche Schutzplätze für Frauen mit Behinderungen)

Kreisweiter Aktionsplan gegen häusliche Gewalt

Geschlechtergerechtigkeit • Sicherheit • Gesundheit • Partizipation

Herausforderung

Häusliche Gewalt bleibt oft im Verborgenen. Im Landkreis Gießen gibt es mit dem SkF Frauenhaus und der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt wichtige Anlaufstellen, jedoch fehlt ein koordinierter, kreisweiter Aktionsplan zur Prävention, Sensibilisierung und systematischen Bekämpfung. Hessen hat einen 3. Landesaktionsplan – der Landkreis sollte diesen mit konkreten Maßnahmen für seine 18 Gemeinden umsetzen.

Ziel

Umsetzung eines umfassenden kreisweiten Aktionsplans zur Bekämpfung häuslicher Gewalt mit Präventionsarbeit, Datenerhebung, Evaluierung bestehender Maßnahmen und Sensibilisierung von Behörden, Polizei, Schulen und Justiz.

Maßnahmen

- Anschluss an den **3. Landesaktionsplan Hessen** mit kreisweiter Umsetzungsstrategie
- Finanzierung eines **regionalen Runden Tisches gegen häusliche Gewalt** (vierteljährlich) mit Polizei, Kreisjugendamt, Frauenhäuser, Interventionsstelle, Gesundheitsamt, Vertretungen der 18 Gemeinden
- **Verpflichtende Fortbildungen** für Kreismitarbeitende (Ordnungsamt, Sozialamt, Jobcenter, Ausländerbehörde)
- Kooperation mit Polizei für flächendeckende Schulungen im Kreisgebiet
- **Öffentlichkeitskampagnen** in allen Gemeinden, an Schulen, in Arztpraxen und öffentlichen Gebäuden
- Etablierung eines **digitalen Meldesystems** für Verdachtsfälle
- **Jährlicher Bericht** über häusliche Gewalt im Landkreis für den Kreistag

Best Practices

- **Hessische Landeskoordinierungsstelle** (120 Schulungen jährlich für Polizei, Justiz, Schulen)
- **Berliner Mobile Intervention** (40% weniger Wiederholungstaten durch schnelle Intervention)
- **Stadt Kassel** (Kommunaler Aktionsplan mit messbaren Zielen)

Queer-sensible Kreisverwaltung etablieren

LGBTIQA+ · Vielfalt · Antidiskriminierung · Verwaltung

Herausforderung

Verwaltungsmitarbeitende sind nicht immer ausreichend sensibilisiert für die Bedürfnisse von LGBTIQA+-Personen, was zu Diskriminierung und Missverständnissen führen kann. Formulare und Ansprachen in der Kreisverwaltung sind oft nicht geschlechtsneutral gestaltet. Der Landkreis muss sicherstellen, dass die gesamte Bürgerschaft – unabhängig von sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität – respektvoll und diskriminierungsfrei behandelt werden.

Ziel

Konsequente Sensibilisierung der Kreisverwaltung für LGBTIQA+-Belange und Implementierung geschlechtsneutraler Verwaltungspraxis.

Maßnahmen

- **Schulung von Kreisverwaltungsmitarbeitenden** (insbesondere Standesamt, Bürgerservice, Personalwesen, Sozialamt) zu geschlechtlicher Vielfalt und diskriminierungsfreier Kommunikation
- **Implementierung geschlechtsneutraler Formulare und Ansprachen** in der gesamten Kreisverwaltung
- **Benennung einer Kontaktperson** für LGBTIQA+-Belange in der Kreisverwaltung
- Regelmäßiger Austausch (halbjährlich) zwischen Kreisleitung und queerer Community (z. B. Hans-Peter-Hauschild-Haus, AIDS-Hilfe Gießen)
- **Systematische Einbindung von LGBTIQA+-Organisationen** in relevante Entscheidungsprozesse
- Unterstützung des Hans-Peter-Hauschild-Hauses als **regionales LGBTIQA+-Kompetenzzentrum** für den gesamten Landkreis

Best Practices

- **Hessisches Landesamt für Gesundheit und Pflege** (Schulung von 200 Verwaltungsmitarbeitende zu geschlechtlicher Vielfalt)
- **Rainbow Cities Network Bern** (Einbindung von LGBTIQA+-Verbänden in die Stadtplanung)
- **Stadt Köln** (LSBTIQ-Koordinierungsstelle)

Soziales

Migration und Integration

Welcome Center als gemeinsame Anlaufstelle etablieren

Integration · Migration · Vielfalt · Willkommenskultur · Beratung

Herausforderung

Der Landkreis Gießen ist mit seiner kulturellen Vielfalt und als Standort der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) besonders von Migrationsbewegungen geprägt. Die **Ausländerbehörde ist Landkreisaufgabe**, ebenso das Jobcenter und Teile der Sozialverwaltung. Für Zugewanderte – ob EU-Bürgerschaft, Drittstaatsangehörige oder internationale Studierende – fehlt jedoch eine zentrale, koordinierte Anlaufstelle, die alle relevanten Dienste bündelt. Das WIR-Vielfaltzentrum in der Stadt Gießen bietet gute Ansätze, aber eine kreisweite Struktur fehlt.

Ziel

Etablierung eines **Welcome Centers als gemeinsame Anlaufstelle von Landkreis Gießen und Stadt Gießen** für alle Zugewanderten mit umfassender Beratung zu allen Integrationsbelangen.

Maßnahmen

- **Welcome Center Landkreis Gießen:** Gemeinsame Trägerschaft von Landkreis Gießen, Stadt Gießen, JLU Gießen, BAMF und Jobcenter
- Ansiedlung an zentralem Standort mit guter ÖPNV-Anbindung
- **Zwei spezialisierte Welcome Desks:**
 - Für EU-Bürgerschaft und internationale Studierende
 - Für Drittstaatsangehörige und Geflüchtete
- Umfassende Beratung zu: Wohnungssuche, Jobvermittlung, Sprachkurse, Anerkennung von Abschlüssen, Kinderbetreuung, Gesundheitsversorgung
- **Mehrsprachiges Personal** (mindestens Deutsch, Englisch, Arabisch, Ukrainisch, Rumänisch)
- Dolmetscherpool für weitere Sprachen
- **Integration der Ausländerbehörde des Landkreises** in das Welcome Center für serviceorientierte statt kontrollbehördliche Ausrichtung
- **Online-Informationsplattform** mit mehrsprachigen Materialien
- Dezentrale Sprechstunden in den größeren Gemeinden des Landkreises

Best Practices

- **Landkreis Dahme-Spreewald** (Amt für Migration und Integration mit Welcome Center)
- **Toronto Welcome Centre** (umfassende Erstberatung für alle Zugewanderten)
- **Wien StartWien** (zentrale Anlaufstelle mit mehrsprachigem Personal)
- **Essen** (Modell Willkommensbehörde – serviceorientierter Ansatz)

Dezentrale Unterbringung von Geflüchteten im gesamten Landkreis

Integration & Diversität • Soziale Gerechtigkeit • Wohnen & Stadtentwicklung • Partizipation

Herausforderung

Die **Unterbringung von Geflüchteten ist Landkreisaufgabe**. Der Landkreis Gießen beherbergt die Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) mit bis zu 1.000 Plätzen. Zentrale Massenunterkünfte fördern jedoch Isolation und erschweren Integration. Die dezentrale Unterbringung in Wohnungen über alle 18 Gemeinden des Landkreises muss systematisch beschleunigt werden, um Integration zu ermöglichen und Housing-First-Prinzipien umzusetzen.

Ziel

Mindestens 50% aller anerkannten Geflüchteten innerhalb von 4-6 Wochen dezentral in Wohnungen in allen Gemeinden des Landkreises unterbringen und Housing-First-Prinzipien konsequent anwenden.

Maßnahmen

- **Dezentralisierungsoffensive des Landkreises:** Systematische Vermittlung anerkannter Geflüchteter aus der EAEH in Wohnungen in allen 18 Kreisgemeinden
- **Kreisweite Wohnraumakquise:** Kooperation mit allen Gemeinden, Wohnungsgenossenschaften im Landkreis, privaten Vermietenden und Wohnbau Gießen GmbH
- Kommunale Anmietung bei Bedarf durch den Landkreis
- **Integration in kommunale Planungsprozesse:** Flexible, multifunktionale Einrichtungen mit Nachnutzungskonzepten bei sinkenden Zahlen
- **Umstellung von Sach- auf Geldleistungen** zur Förderung von Selbstbestimmung und eigenverantwortlicher Wohnungssuche
- Einführung der **elektronischen Gesundheitskarte** für alle Geflüchteten zur Gleichstellung im Gesundheitssystem
- Regelmäßiges Monitoring der Unterbringungssituation mit Evaluation der Integrationseffekte
- Unterstützung der Gemeinden bei sozialer Integration (Sprachkurse, Beratung, Kinderbetreuung)

Best Practices

- **Dezentrale Unterbringung in Bonn, Düsseldorf, Köln** (Wohnungen statt Massenunterkünfte)
- **Housing-First-Ansätze** für Geflüchtete in Frankfurt und Berlin
- **Landkreis-Modelle in Nordrhein-Westfalen** (systematische Verteilung auf alle Gemeinden)

Welcome to Ausbildung – Brücke in den Arbeitsmarkt

Integration & Diversität • Bildung • Wirtschaftsförderung • Soziale Gerechtigkeit

Herausforderung

Viele zugewanderte Menschen verfügen über Qualifikationen und Motivation, finden aber schwer Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Gleichzeitig klagen Betriebe im Landkreis Gießen über Fachkräftemangel – von Handwerk über Pflege bis zu technischen Berufen. Der Landkreis mit seiner Wirtschaftsstruktur, dem Jobcenter und zahlreichen KMU-Betrieben hat das Potenzial, diese Lücke zu schließen.

Ziel

100 zusätzliche Ausbildungsplätze für Menschen mit Migrationshintergrund in den nächsten 3 Jahren im gesamten Landkreis und systematische Brücke zwischen Zugewanderten und der regionalen Wirtschaft.

Maßnahmen

- **Initiative "Welcome to Ausbildung"**: Kampagne zur Gewinnung von Unternehmen im gesamten Landkreis für Ausbildung von Menschen mit Migrationshintergrund
- **Beratung für Betriebe** zu Fördermöglichkeiten (z. B. Assistierte Ausbildung, ESF-Förderung, Integration Points)
- **Matching-Plattform** zwischen Bewerber*innen und Unternehmen über Welcome Center, Jobcenter und IHK/HWK
- **Sprachkurse mit Fachvokabular** in Kooperation mit VHS, Bildungsträgern und Berufsschulen
- **Beschleunigte Anerkennung ausländischer Abschlüsse** durch zentrale Beratung im Welcome Center
- **Mentoring-Programm**: Auszubildende mit Migrationshintergrund werden im Betrieb durch ein Mentoring-Programm begleitet
- Kooperation mit IHK, HWK, Kreishandwerkerschaft, Agentur für Arbeit und allen Berufsschulen im Landkreis
- Zielgruppenspezifische Ansprache in Erstaufnahmeeinrichtung und Integrationskursen

Best Practices

- **Refugee Career Jumpstart Toronto** (gezielte Vermittlung in Ausbildung mit 70% Erfolgsquote)
- IHK-Projekte "**Integration durch Ausbildung**" bundesweit
- **Matching-Plattformen** in mehreren hessischen Landkreisen

Kultur

Kultur · Kulturförderung · Kulturelle Bildung · Regionale Identität · Teilhabe

Kultur ist kein Luxus, sondern Grundbedürfnis und Motor für eine zukunftsähnige, sozial gerechte und lebendige Gesellschaft. Der Landkreis Gießen mit seinen 18 Gemeinden – von der Universitätsstadt bis zum kleinen Dorf – braucht eine gemeinsame Kulturstrategie von Stadt und Land, die kulturelle Grundversorgung sichert, vielfältige Kulturräume stärkt und Vereine sowie Ehrenamt gezielt unterstützt.

Volt versteht Kulturpolitik im Landkreis als Querschnittsaufgabe: Sie verknüpft Dorfentwicklung, Mobilität, Bildung, Demokratieförderung, Integration und EU-Fördermittelmanagement. Die Stadt Gießen ist kultureller Motor, darf den ländlichen Raum aber nicht überstrahlen. „Kulturregion Gießen“ heißt: Angebote werden gemeinsam gedacht, vor Ort verankert und sind kreisweit zugänglich.

Kulturelle Bildung für alle Kinder und Jugendlichen im Landkreis

Kultur & Kreativität · Bildung · Generationengerechtigkeit · Soziale Gerechtigkeit

Herausforderung

Kulturelle Bildung ist essentiell für Persönlichkeitsentwicklung, Kreativität und demokratische Teilhabe. Im ländlichen Raum fehlen jedoch oft niedrigschwellige Angebote, passende Räume und verlässliche Strukturen, um Kooperationen zwischen Schulen, Jugendarbeit, Vereinen und Kultureinrichtungen dauerhaft zu verankern. Gleichzeitig bietet die Stadt Gießen mit Theatern, Museen, freien Initiativen und Festivals ein reiches kulturelles Ökosystem – von dem Kinder und Jugendliche aus dem Landkreis aufgrund fehlender Mobilität, Information und Koordination bislang nur begrenzt profitieren.

Ziel

Alle Kinder und Jugendlichen im Landkreis Gießen erhalten verlässlichen Zugang zu kultureller Bildung, unabhängig von Herkunft, sozialem Hintergrund oder Wohnort.

Stadt und Landkreis entwickeln eine gemeinsame Kultur- und Bildungsregion, in der:

- Schulen, Kitas, Jugendzentren und Vereine systematisch als Kulturpartner agieren,

- städtische Kultureinrichtungen gezielt in den Landkreis ausstrahlen und
- ländliche Kulturorte (Dorfgemeinschaftshäuser, Bibliotheken, Jugendräume) als dezentrale Lern- und Begegnungsorte genutzt werden.

Maßnahmen

- „**Bildungspartner Landkreis Gießen – Stadt & Land gemeinsam**“
Aufbau eines Kooperationsprogramms nach NRW-Vorbild, das alle Schulen im Landkreis mit Kultureinrichtungen und Vereinen vernetzt – ausdrücklich inklusive der Einrichtungen der Stadt Gießen (Theater, Museen, freie Szene) und der ländlichen Kulturorte (Dorfgemeinschaftshäuser, Heimatmuseen, Bibliotheken, Musikvereine).
- **Verbindliche Kulturpartnerschaften pro Schule**
Jede Schule im Landkreis (inkl. Berufsschulen) entwickelt mindestens drei feste Kulturpartnerschaften (z. B. Theatergruppe, Musikschule, Kunstverein, Dorfverein). Der Landkreis unterstützt durch:
 - zentrale Koordination,
 - Finanzierung von Fahrtkosten Stadt–Land,
 - Honorare für Kunstschaffende und kulturpädagogische Fachkräfte
- **Kulturelle Bildung als Standard in Schul-, Jugendhilfe- und Präventionsplanung**
Kulturelle Bildung wird als verbindlicher Baustein in Schulentwicklungsplanung, Jugendhilfeplanung und Präventionsarbeit verankert, z. B. mit Kulturprojekten zu Demokratiebildung, Diversität, Antidiskriminierung und Teilhabe.
- „**Kulturrucksack Landkreis Gießen**“
Aufbau eines kreisweiten Programms für 10- bis 14-Jährige:
 - kostenfreie oder stark vergünstigte Angebote in Ferien und an Wochenenden,
 - wechselnd in Stadtquartieren und Dörfern,
 - inkl. Mobiltickets, damit Kinder und Jugendliche aus ländlichen Gemeinden Kultur in der Stadt erreichen – und umgekehrt.
- **Mobile Kulturformate für ländliche Räume**
Förderung von:
 - mobilen Theater- und Konzertformaten,
 - Kunst- und Medienwerkstätten,
 - Lesebussen und „fahrenden Bibliotheken“, die gezielt Dorfgemeinschaftshäuser, Jugendräume und Vereinsheime im Landkreis ansteuern.
- **Koordinierungsstelle „Kulturelle Bildung & Jugendkultur“**
Einrichtung einer Stelle beim Landkreis (in enger Abstimmung mit der Stadt Gießen), die:
 - Kooperationen zwischen Schulen, Kitas, Vereinen und Kultureinrichtungen vermittelt,
 - Fördermittel (Land, Bund, EU) akquiriert,
 - Bildungs- und Kunstschaffende vernetzt und

- Formate speziell für den ländlichen Raum mitentwickelt.

Best Practices

- **Bildungspartner NRW** (seit 2005, über 1.300 Schulen und 350 außerschulische Partner)
- Kommunales Gesamtkonzept Kulturelle Bildung Wuppertal
- **Kulturrucksack NRW** (kostenfreie Angebote für 10-14-Jährige)
- **Landkreis-Kulturbüros** in mehreren Bundesländern

Regionale Kulturentwicklung und interkommunale Kooperationen

Kultur & Kreativität • Innovation • Partizipation • Ländlicher Raum

Herausforderung

Die kulturelle Infrastruktur im Landkreis ist ungleich verteilt: In der Stadt Gießen besteht eine dichte Kulturszene mit Spielstätten, Festivals und Projekträumen. Im ländlichen Raum sichern vor allem Dorfgemeinschaftshäuser, Chöre, Musik- und Sportvereine, Feuerwehren, Kirchengemeinden und Initiativen die kulturelle Grundversorgung – oft mit schmaler Personaldecke und zunehmendem organisatorischen Druck.

Viele Dorfgemeinschaftshäuser sind baulich in die Jahre gekommen oder werden zu wenig genutzt. Vereinen fehlt es an Zeit und Know-how für Fördermittelanträge, Kooperationen und die Ansprache neuer Zielgruppen. Eine regionale Kulturentwicklung, die Stadt und Land gemeinsam denkt, steckt noch in den Anfängen – obwohl im Programm bereits starke Bausteine zu Dorfentwicklung, Fördermittelmanagement und Smart Region vorhanden sind.

Ziel

Der Landkreis etabliert sich als Kulturregion Stadt–Land, in der:

- Dorfgemeinschaftshäuser und lokale Orte als moderne Kultur- und Begegnungsräume belebt werden,
- Vereine und Ehrenamt systematisch gestärkt und professionell unterstützt werden,
- eine gemeinsame Fördermittel- und Beratungsstruktur für Kulturprojekte im gesamten Kreisgebiet entsteht und
- Stadt Gießen und Landkreis ein gemeinsames Kulturraumkonzept entwickeln, das an Dorfentwicklung, Stadtentwicklung, Mobilität, Digitalisierung und Europapolitik anknüpft.

Maßnahmen

1. Dorfgemeinschaftshäuser und ländliche Kulturräume beleben

- **Dorfgemeinschaftshäuser als Mehrzweck-Kulturzentren**

Neuprofilierung als:

- Kultur- und Begegnungsorte (Lesungen, Kleinkunst, Kinoabende, Workshops),
 - Orte der Jugendkultur (Bandproben, Gaming, Medienprojekte),
 - Treffpunkte für Nachbarschaft, Vereine und Selbsthilfegruppen,
 - Andockpunkte für mobile Kultur- und Bildungsangebote.
- Verknüpfung mit Dorfentwicklungsprogrammen, LEADER und kreiseigenen Förderprogrammen zur Sanierung und Umnutzung.

- **Vernetzung Stadt–Land**

Der Landkreis vernetzt Dorfgemeinschaftshäuser gezielt mit den Nachbarschaftszentren und Kulturoren der Stadt Gießen, um gemeinsame Programme, Gastspiele und Austauschprojekte zu ermöglichen.

- **Modellprojekte „Offenes Dorfgemeinschaftshaus“**

Pilotprojekte in ausgewählten Gemeinden, in denen:

- verlängerte Öffnungszeiten,
 - niedrigschwellige Nutzung ohne Vereinsmitgliedschaft,
 - Co-Working-Elemente und digitale Ausstattung
- erprobt werden – in enger Abstimmung mit Vereinen und Ortsbeiräten.

- **Kulturräum-Netzwerk**

Aufbau eines Netzwerks, das Dorfgemeinschaftshäuser, Bürgerhäuser, Bibliotheken, Jugendzentren und städtische Kulturore verbindet und gemeinsame Programmreihen („Landkreis liest“, „Musik im Dorf“, „Kunst im Bus“) organisiert – verknüpft mit Mobility-Hubs und On-Demand-Verkehren.

2. Vereine und Ehrenamt in Stadt und Land stärken

- **Servicestelle „Vereine & Kultur“ beim Landkreis**

Zentrale Anlaufstelle für:

- Beratung zu Satzung, Finanzen, Digitalisierung, Mitgliedergewinnung,
- Unterstützung bei Vereinsgründungen und Nachfolgeregelungen,
- Moderation von Kooperationen zwischen Vereinen, Gemeinden und Stadt Gießen.

Enge Zusammenarbeit mit Ehrenamtsbörsen, LEADER-Management, Integrations- und Jugendförderung.

- **Fortbildungsprogramm „Fit für Verein & Kulturprojekt“**

Regelmäßige, kostenfreie oder stark vergünstigte Schulungen u.a. zu:

- Fördermittelanträgen und Projektcalculation,
 - Öffentlichkeitsarbeit und Social Media,
 - inklusiver und diversitätssensibler Kulturarbeit,
 - Konfliktmanagement und Vorstandsarbeit,
- mit besonderem Fokus auf kleine Dorfvereine und Kulturinitiativen.

- **Jugend, Integration und Inklusion über Vereine fördern**

Förderung von Vereinen, die:

- jugendgerechte Angebote (z. B. Musik, Sport, Gaming, Tanz) aufbauen,
- Menschen mit Migrationserfahrung aktiv einbinden,
- barrierearme und inklusive Kulturformate entwickeln.
Verknüpfung mit den Kapiteln Migration & Integration, Plurale Gesellschaft, Menschen mit Behinderung und Jugendbeteiligung.

3. Fördermittelberatung und Kulturförderung professionalisieren

- **Fördermittelberatungsstelle Kultur & Ehrenamt**
Spezialisierte Beratungsstruktur als Teil des zentralen Fördermittelmanagements und der EU-Koordinationsstelle:
 - Identifikation passender Programme (Land Hessen, Bund, EU, Stiftungen),
 - Unterstützung bei Antragstellung, Abrechnung und Evaluation,
 - Entwicklung von Sammelanträgen und Dachprojekten (z. B. gemeinsame Technikpools, mobile Bühnen, Fortbildungen).
- **Niedrigschwellige Mikroförderung**
Einrichtung eines unkomplizierten Mikroförderfonds für:
 - kleine Kulturprojekte in Dörfern und Quartieren,
 - spontane Aktionen (Sommerkino, Nachbarschaftsfeste, Kunstaktionen),
 - Projekte neuer Initiativen ohne etablierte Struktur.
Anträge max. 2 Seiten, digitale Einreichung, schnelle Entscheidungen.
- **Gemeinsame Kulturentwicklungsplanung Stadt–Land**
Erarbeitung eines „Kulturentwicklungsplans Region Gießen“ gemeinsam mit der Stadt:
 - Bestandsaufnahme der Kulturräume in Stadt und Landkreis,
 - Definition von Schwerpunktorten, Kulturachsen und Mobilitätsanbindungen,
 - Festlegung gemeinsamer Ziele (z. B. Mindestangebote je Gemeinde, regionale Festivals, Kultur im öffentlichen Raum),
 - Verzahnung mit Dorfentwicklung, Stadtentwicklung, Smart Region, Mobilität und Klimaanpassung (z. B. Nutzung von Kühlachsen als Kulturachsen im Sommer).

4. Digitale und analoge Vernetzung von Kultur

- **Digitale Kulturplattform Region Gießen**
Gemeinsame Plattform von Stadt und Landkreis mit:
 - Veranstaltungskalender für Stadtviertel und Dörfer,
 - Kartenansicht aller Kulturräume (Dorfgemeinschaftshäuser, Jugendzentren, Bühnen, Proberäume),
 - Self-Service-Einträgen für Vereine und Initiativen,
 - Verknüpfung zu Mobilitätsangeboten (ÖPNV, On-Demand-Verkehre, Radwege).

Integration in die Smart-Region-Strategie, offene Schnittstellen (Open Data).

- **Kultur in der Bürgerbeteiligung verankern**

Einbindung von Kulturräumen und -projekten in die digitale Beteiligungsplattform des Landkreises:

Bürger:innen können Nutzungsideen für Dorfgemeinschaftshäuser einbringen, Kulturprojekte vorschlagen und über Schwerpunkte der Kulturförderung mitdiskutieren.

Best Practices

- **Landkreis-Kulturbüros in Nordrhein-Westfalen** (systematische Vernetzung und Koordination)
- **Kommunale Kulturarbeit in Landkreisen** (Difu-Studie zu erfolgreichen Modellen)
- **Kulturrumgesetz Sachsen** (strukturelle Förderung in ländlich geprägten Regionen)

Erinnerungskultur im Landkreis neu denken

Kultur & Kreativität • Bildung • Partizipation • Integration & Diversität

Herausforderung

Erinnerungskultur im Landkreis Gießen darf sich nicht auf Gedenktafeln und zentrale Denkmäler in der Stadt beschränken. Eine zeitgemäße Geschichtsvermittlung muss pluralistisch, gendersensibel, postmigrantisch und partizipativ sein – in der Stadt ebenso wie in Dörfern und kleineren Gemeinden.

Viele historische Orte im Landkreis – ehemalige Synagogenstandorte, Zwangsarbeiterlager, Orte von Flucht und Vertreibung, Schauplätze rechtsextremer Gewalt, aber auch positive Geschichten von Solidarität und demokratischem Aufbruch – sind wenig sichtbar. Digitale Möglichkeiten und partizipative Formate werden bislang nur punktuell genutzt. Es fehlen kreisweite Strukturen, die lokale Initiativen, Schulen, Gedenkprojekte und wissenschaftliche Expertise (z. B. JLU, Geschichtsvereine) systematisch verbinden.

Ziel

Die Geschichte des Landkreises Gießen wird lebendig, zugänglich und multiperspektivisch vermittelt – in Stadt und Dörfern. Historische Orte werden mit digitalen Angeboten verbunden, partizipative Geschichtswerkstätten ermöglichen der Bürgerschaft die Aufarbeitung lokaler Geschichte, und Erinnerungskultur wird als kontinuierlicher Dialog verstanden – nicht als abgeschlossene Erzählung.

Maßnahmen

- **Digitale Geschichtsvermittlung im gesamten Landkreis**

Einführung von QR-Codes an historischen Orten (in Stadt und Gemeinden), die zu multimedialen Erläuterungen führen: Texte, historische Fotos, Zeitzeug:innen-Interviews, Audiobeiträge, Videos – mehrsprachig und barrierearm aufbereitet.

- **„Region Gießen History“-Plattform**

Aufbau einer digitalen Plattform (Web/App) nach Vorbildern wie der Frankfurt History App:

- Verknüpfung von Orten im Landkreis mit persönlichen Geschichten, historischen Aufnahmen und Audio-Rundgängen,
- Möglichkeit für Schulen, Vereine und Initiativen, eigene Inhalte und Rundgänge beizusteuern,
- spezielle Formate in Leichter Sprache und für Menschen mit Behinderung.

- **Kommunale Geschichtswerkstätten und Erinnerungsrouten**

Unterstützung von:

- lokalen Geschichtswerkstätten in Gemeinden (z. B. zu NS-Zeit, Migration, Arbeitskämpfen, feministischer Geschichte),
- Aufbau thematischer Erinnerungsrouten (z. B. „Jüdisches Leben im Landkreis“, „Widerstand und Verfolgung“, „Demokratiegeschichte in Mittelhessen“), in Kooperation mit Schulen, Archiven, Geschichtsvereinen und Gedenkstätten.

- **Info-Stelen und Erinnerungsorte im öffentlichen Raum**

An zentralen Plätzen in Stadt und Land (z. B. Marktplätze, Bahnhöfe, ehemalige Lagerstandorte, Plätze mit kolonialer oder NS-Vergangenheit) werden Info-Stelen installiert, die historische Bebauung, Biografien und Ereignisse sichtbar machen – mit klarem Bezug zu heutigen Fragen von Demokratie, Vielfalt und Menschenrechten.

- **Pluralistische und partizipative Erinnerungskultur**

Bei Straßenumbenennungen, Denkmalsetzungen und Gedenkveranstaltungen werden systematisch marginalisierte Perspektiven berücksichtigt – etwa Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Opfer von Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit und anderer Formen von Gewalt.

Der Landkreis koordiniert Austauschformate zwischen Gemeinden, Schulen, migrantischen Selbstorganisationen, Gedenkinitiativen und Wissenschaft.

Best Practices

- **Frankfurt History App:** Digitale Stadt- und Regionsgeschichte mit Karten, Audio-Rundgängen und Beteiligungsmöglichkeit für Schulen und Initiativen.
- **QR-Codes in Wuppertal:** Niedrigschwellige Infos zu historischen Orten direkt im öffentlichen Raum, mehrsprachig und digital vertieft.
- **„Erinnern vor Ort“ (Anne Frank Zentrum):** Begleitet ländliche Initiativen beim Aufbau eigener Erinnerungsprojekte und historisch-politischer Bildungsangebote.

Gießen steht vor der Herausforderung, eine **Kulturlandschaft von der Universitätsstadt bis zum Dorf** zusammenzuhalten

... und das nicht mit Einzelaktionen, sondern mit einer Kulturstrategie, die Stadt und Land wirklich gemeinsam denkt:

Dorfgemeinschaftshäuser als moderne Kultur- und Begegnungsorte, kreisweite kulturelle Bildung für alle Kinder und Jugendlichen, digitale Kulturplattform und mobile Angebote, regionale Vernetzung von Vereinen, Initiativen und Kulturoren, Erinnerungskultur in Stadt und Dörfern mit vielen Perspektiven.

Kulturelle Grundversorgung statt Zufall, Ehrenamtsstärkung statt Überforderung, mobile Formate statt kultureller Wüsten, Kooperation mit der Stadt statt Konkurrenz – das sind die Prinzipien einer Kulturpolitik für den Landkreis. So kann Gießen zur Kulturregion werden, in der die Stadt ihre Strahlkraft teilt und der ländliche Raum seine eigenen Stärken einbringt.

Die kulturelle Zukunft des Landkreises entsteht in Chören und Bands, Jugendzentren und Dorfgemeinschaftshäusern, Geschichtswerkstätten und Festivals – **durch eine Kulturregion Gießen, in der Stadt und Land Verantwortung teilen, damit Kultur überall zugänglich bleibt.**

Europa

Europa ist keine ferne Idee, sondern prägt längst den Alltag in Gießen und im Landkreis. **EU-Fördermittel** unterstützen Schulen, digitale Infrastruktur, Klimaschutz und wirtschaftliche Entwicklung. **Europäische Programme** stärken Mobilität, Bildung, Forschung und die Ansiedlung neuer Unternehmen. Die Zukunft des Landkreises wird in enger Zusammenarbeit mit Europa gestaltet.

Volt macht diese Verbindungen sichtbar, nutzt europäische Chancen aktiv und stärkt die europäische Identität vor Ort. Nur gemeinsam können wir Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit finden – pragmatisch, progressiv und europäisch.

EU-Fördermittel aktiv nutzen und europäische Partnerschaften ausbauen

EU-Förderung · EU Partnerschaften · Bürgerbeteiligung · Internationale Zusammenarbeit

Herausforderung

Der Landkreis Gießen schöpft das Potenzial europäischer Förderprogramme noch nicht systematisch aus. Während einzelne Projekte EU-Mittel nutzen, fehlt eine **koordinierte Strategie zur Fördermittelakquise**. Gleichzeitig sind europäische

Beteiligungsinstrumente wie die EU Citizens' Engagement Platform oder die Europäische Bürgerinitiative in der Bevölkerung kaum bekannt. Europa wirkt für Teile der Bürgerschaft abstrakt und fern – dabei bietet es konkrete Chancen für Kommunen, Schulen, Betriebe und die Bürgerschaft selbst.

Ziel

Der Landkreis Gießen nutzt EU-Fördermittel systematisch, baut europäische Partnerschaften aus und macht europäische Beteiligungsmöglichkeiten für die ganze Bürgerschaft zugänglich. "**Europa fängt hier an**" wird mit konkreten Projekten, Fördermitteln und Austauschprogrammen hinterlegt.

Maßnahmen

1. EU-Fördermittel systematisch erschließen:

- Einrichtung einer **EU-Koordinationsstelle** in der Kreisverwaltung zur Fördermittelakquise und Projektberatung
- Systematische Nutzung von **LEADER-Mitteln** für ländliche Entwicklung in allen Gemeinden
- **Erasmus+** für Schulaustausche, Lehrkräftefortbildung und Berufsbildung
- **Interreg-Programme** für grenzüberschreitende Kooperationen
- **Horizon Europe** für Forschungskooperationen mit der JLU Gießen
- **URBACT** und **Smart Cities**-Programme für innovative Stadtentwicklung
- **European Social Fund (ESF)** für Arbeitsmarktintegration und Bildungsprojekte
- Beratungsangebote für Gemeinden, Schulen und Betriebe zur EU-Fördermittelnutzung

2. Europäische Partnerschaften ausbauen:

- **Formalisierung von Schulpartnerschaften** in allen weiterführenden Schulen des Landkreises mit europäischen Partnern
- **Städtepartnerschaften** für alle Gemeinden fördern und mit Austauschprogrammen beleben
- **Betriebliche Austauschprogramme** für Auszubildende und Fachkräfte (Erasmus+ Berufsbildung)
- **Europäisches Freiwilligenjahr** für Jugendliche aus dem Landkreis
- Kooperation mit europäischen Regionen zu gemeinsamen Herausforderungen (Klimaschutz, ÖPNV, Digitalisierung)

3. Europäische Bürgerbeteiligung bekannt machen:

- **Informationskampagne** zu europäischen Beteiligungsinstrumenten:
 - **EU Citizens' Engagement Platform** (barrierearm, digital, transparent)
 - **Europäische Bürgerinitiative (EBI)** – eigene Themen auf EU-Agenda setzen
- Regelmäßige Informationsveranstaltungen zu europäischen Programmen
- "**Europa-Bürgerdialog**" mit Europaabgeordneten und Fachleuten zweimal jährlich
- Mehrsprachige Informationsmaterialien auf lkgi.de

4. "Landkreis Gießen als Europäische Region" sichtbar machen:

- Öffentlichkeitskampagne zu EU-geförderten Projekten im Landkreis
- **Europaflagge** und -hinweise bei allen EU-geförderten Projekten

- Jährlicher **EU-Projektbericht** für den Kreistag mit Übersicht über genutzte Fördermittel
- **Europa-Preis** des Landkreises für besonders engagierte Schulen, Vereine oder Betriebe

Best Practices

- **Landkreise in Baden-Württemberg** mit systematischer EU-Fördermittelstrategie
- **Erasmus+** Berufsbildung in mehreren hessischen Landkreisen
- **LEADER-Regionen** mit hoher Fördermittelausschöpfung
- **Städtepartnerschaften** mit aktiven Austauschprogrammen (z. B. Landkreis Tübingen)

Volt Gießen – für einen Landkreis, der europäisch denkt und lokal handelt.